

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Berausgeber und Chefredakteur:**  
**J. A. F. Klühs.**  
Schriftredakteur: Emil Diefenbach 4298/4299



**Adresse für Briefe und Bestellungen:**  
Berlin O 25 61, Delft-Strasse, Post 6  
Druckverlag: Copeland

Die Befreiung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abnahme höherer als 4 Bogen vor dem Druckverlag, wenn nicht anders verordnet. Druckort für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 13. III 1930

Die Unterzeichnung.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Reichspräsident von Hindenburg hat die Gesetze über den Youngplan unterzeichnet. Schlag auf Schlag ist der Annahme im Reichstag und der Erklärung der Dringlichkeit der Beschluss des Reichsrats gefolgt, der die Dringlichkeit der Gesetze feststellt, unmittelbar nach dem Beschluss des Reichsrats hat der Reichspräsident von Hindenburg seinen Namen unter den Youngplan gesetzt. Deutschland nimmt den Youngplan an, Deutschland ratifiziert - nun ist es an den Vertragsgegnern, ihrerseits in rascher Folge die Ratifizierung vorzunehmen, damit das Vertragswerk in Kraft gesetzt und seinen Folgen Raum gegeben werden kann.

Aus der raschen Verabschiedung und Unterzeichnung spricht der energische Wille des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, nunmehr den langen Kampf abzuschliessen, die Notwendigkeit zu vollziehen, um allen Störungsversuchen der Gegner des Vertragswerkes der Politik und Wirtschaft ein Ende zu machen. Die Programmklärung Hermann Müllers im Reichstag wie die Begründung, die der Reichspräsident für seine Unterschrift in der Öffentlichkeit gegeben hat, zeigen das gleiche Ziel: Beendigung der politischen Krisenmomente in der deutschen Wirtschaft, Fortsetzung des Wiederaufbaus, Arbeit den Arbeitslosen.

Der Reichspräsident hat in seiner öffentlichen Kundgebung erklärt, dass er dies Ziel der Reichsregierung zur Aufgabe gestellt habe. Darin liegt ein Hinweis darauf, wie er sich bei einem Scheitern der Sanierung der Reichsfinanzen, die als nächste Aufgabe zu lösen ist, zu verhalten gedenkt. Man könnte unter streng staatsrechtlichem Gesichtspunkt gegen diese Kundgebung einwenden, dass der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, aber über das Staatsrechtliche hinweg liegt hier nicht nur eine Übereinstimmung der Zielrichtung von Regierung und Reichspräsident, sondern darüber hinaus noch eine Übereinstimmung dieser Zielrichtung mit dem selbstverständlichen Willen einer überwältigenden Mehrheit des Volkes vor: genug von den künstlichen Krisen, genug von Zweckpessimismus, vom gewissenlosen Spiel mit der politischen und wirtschaftlichen Katastrophe, Raum frei für die Existenznotwendigkeiten des Volkes in seiner Wirtschaft!

Diese schnelle Unterzeichnung der Younggesetze durch den Reichspräsidenten ist ein letzter schwerer Schlag gegen die Front der sogenannten nationalen Opposition. Sie hatte in den letzten Tagen ihre letzte Hoffnung auf eine Nichtunterzeichnung der vom Reichstag verabschiedeten Gesetze durch den Reichspräsidenten gesetzt, und ihr Führer Hugenberg hat noch am Morgen des 13. März an dem Tage, an dem Hindenburg seine Unterschrift unter den Youngplan setzte, dieser Hoffnung Ausdruck verliehen.

War es wirklich eine Hoffnung? Nein, es war nur ein letzter Versuch, die Verantwortung auf den Reichspräsidenten zu überwälzen. Auf ihn haben sich die letzten Angriffe der sogenannten nationalen Front, der moralische Druck, mit dem sie Politik zu treiben versuchte, konzentriert. Der Reichspräsident hat

auf diesen letzten Versuch eine würdige und einfache, aber in ihrer Einfachheit um so zerschmetterndere Antwort gegeben. Er hat festgestellt, dass er gewohnt sei, ohne Rücksicht auf die eigene Person seine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun, und dass er darum nicht den Weg gewählt habe, die Verantwortung persönlich von sich abzuschieben. In diesen einfachen Sätzen liegt eingeschlossen die moralische Verurteilung des Treibens der sogenannten nationalen Opposition, die alle zu diffamieren sucht, die Verantwortung für das Ganze übernehmen, während sie selbst sich von der Verantwortung drückt und sich in dem Gefühle sonnt, dass die anderen die Verantwortung auf sich laden müssen!

Diese Feststellung des Reichspräsidenten ist eine entschlossene Absage an Hugenberg und seine Front. Man wird nicht verkennen, dass man eingeschlossen in dieser Kundgebung des Reichspräsidenten zugleich eine Mahnung an die Deutsche nationale Volkspartei sehen kann, die Position der intransigenten Opposition zu verlassen, um ihre Koalitionsfähigkeit wieder herzustellen!

Die Front der nationalen Opposition hat die Bedeutung der Hindenburgschen Unterschrift unter den Youngplan wohl begriffen! Sie erkennt, dass sie ihre letzte verzweifelte Schlacht verloren hat - aber sie ist nicht gewillt, der Mahnung des Reichspräsidenten zu folgen. Herr Selate, der Führer des Stahlhelms hat in einer Rede in Dessau als Folge der Annahme der Younggesetze gewaltige Kämpfe im Inneren proklamiert, er hat von der marsch- und kampfbereiten Minderheit gesprochen, die das Schwert nicht aus der Hand lassen wolle. Die "Deutsche Zeitung" als Sprachrohr der Alldeutschen erklärt, dass trotz Annahme der Younggesetze, trotz Unterzeichnung durch Hindenburg die Younggesetze nicht rechtsverbindlich seien. Sie zieht die Schlussfolgerung, indem sie Hindenburg offen den Krieg erklärt. Mit schwarzem Trauerrand umrahmt, veröffentlicht sie einen Aufsatz: "Abschied!" Abschied von Hindenburg. Sie erklärt, dass die nationale Opposition von Hindenburg scheidet, da er zum Vollstrecker marxistischer Erfüllungspolitik geworden sei. Sein Verhalten stehe in der Geschichte ohne Beispiel da. Er habe in allen Einzelheiten versagt. Seine Präsidentschaft sei ein einziges, sich immer mehr verschlimmerndes Martyrium für seine Getreuen und Verehrer geworden. Ihre Absage an Hindenburg gipfelt in den hasserfüllten Worten :

"Wir meinen, kein Verdienst ist so gross, dass es nicht durch Schuld aufgehoben werden kann. Dieser Fall liegt bei dem Reichspräsidenten vor. Heute hat er den schier unerschöpflichen Schatz an Vertrauen, soweit Deutsche mit unverdorbenem Nationalgefühl in Betracht kommen, restlos verspielt. Wir müssen erklären, dass wir in dem Reichspräsidenten Hindenburg den politischen Gegner erblicken, dem zur Abwendung weiteren Unheils der Kampf derer gilt, die an Deutschland auch jetzt nicht verzweifeln. In diesem Sinne nehmen wir Abschied von dem Sieger von Tannenberg."

In der Form gemässigter, aber ähnlich in der Sache äussert sich die "Kreuz-Zeitung" unter der Überschrift: "Der letzte Gang, das Spiel ist aus." Sie erklärt, dass die Opposition sich mit der nunmehr endgültig vollzogenen Tatsache der Annahme der Younggesetze niemals abfinden werde. Sie ruft mit deutlicher Spitze gegen den Reichspräsidenten nach neuen Wegen und neuen Männern und lässt erkennen, dass die nationale Demagogie sich nun auf die Ostfragen stürzen werde.

Das ist die Antwort der sogenannten nationalen Opposition auf den Ruf Hindenburgs, den zersetzenden Kampf einzustellen! Sie können ihm nicht folgen, weil sie sich nicht selbst aufgeben wollen.

Die Unterschrift Hindenburgs unter dem Youngplan hat ihre historische Bedeutung. Der Weg zur Befreiung durch Erfüllung, der Abweisung aller Katastrophenpolitiker, aller Illusionen und Experimente hat sich durchgesetzt. Einst ist ihm gegenüber Stresemann aus einem Saulus ein Paulus geworden. Heute legt Hindenburg in einfachen Worten des gesunden Menschenverstandes billigend das Programm dieser Politik dar. Er bekennt sich zu dem, was nationale Demagogen den Sieg gewöhnlicher Nützlichkeitsbetrachtungen über die gesunden Grund-

forderungen der nationalen Opposition nennt. Ein Abschluss ist erreicht. Die Front der nationalen Opposition hat ihre letzte verzweifelte Schlacht verloren. Die Hoffnungen der Putschisten, das Zusammenspiel von Rechtsputschisten und Kommunisten, die Versuche der Rechtsputschisten, in die Reichswehr einzudringen und einen neuen Staatsstreich vorzubereiten, die durch den langandauernden Kampf und die damit verbundene Krise bestärkt wurden, sind völlig sinnlos geworden. Mit einem letzten Aufbäumen richten diese Kräfte noch einmal ihr ganzes propagandistisches Arsenal der Schmähungen und Infamierungen gegen die verantwortlichen Träger der Politik, gegen die Absicht, im Republikenschutzgesetz der Republik eine brauchbare Waffe gegen alle Anschläge in die Hand zu geben. Es ist ein letztes Aufbäumen.

Am 13. März 1930, zehn Jahre nach dem Tage des Kapp-Putsches, hat Reichspräsident von Hindenburg seinen Namen unter den Youngplan gesetzt. Das Spiel der Putschisten ist verloren, die Bahn ist frei für den Wiederaufbau!

-----

SPD. Friedland, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Staatsanwaltschaft in Neustrelitz hat soeben nach Abschluss der gerichtlichen Voruntersuchung gegen 20 Kommunisten Anklage wegen schweren und einfachen Landfriedensbruches erhoben. Als Rädelsführer im strafverschärfenden Sinne ist der Führer des kommunistischen Arbeiter-Schutzbundes, der Schmied Wilhelm Redel aus Friedland, angeklagt. Der Anklage liegt kurz folgender Tatbestand zugrunde:

Am 11. Januar wollten 8 Friedländer Stahlhelmlaute mit Fahrrädern zu einer Stahlhelmlveranstaltung nach einem benachbarten Dorfe fahren. Unterwegs wurden sie von 20 Kommunisten aufgelauert und aus dem Strassengraben heraus mit Steinen beworfen. Bei der darauf entstehenden Schlägerei wurden mehrere Stahlhelmer teils leicht, teils schwer verletzt. 7 Kommunisten haben sich wegen schweren, die übrigen wegen einfachen Landfriedensbruchs zu verantworten.

-----

SPD. Weimar, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Erklärung, die der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Dr. Frick zum Youngplan im Reichstag am Mittwoch abgegeben hat, hat zu schweren inneren Differenzen der Regierungskoalition geführt. Wie zuverlässig verlautet, ist diese, vom Staatsminister Frick abgegebene Erklärung keine solche des Gesamtkabinetts. Die abgegebene Erklärung stützt sich nicht auf einen Beschluss des Gesamtkabinetts, weswegen am Donnerstag sowohl interfraktionelle Besprechungen zwischen den Regierungsparteien als auch innerhalb des Kabinetts selbst stattfanden. Die im Kabinett und im Parteiausschuss vertretenen volksparteiliche Abgeordneten sind zu diesen Besprechungen nicht erschienen, woraus zu schließen ist, dass Unstimmigkeiten bestehen. Dazu wird weiter gemeldet: Die Verhandlungen, die zwischen den Fraktionen des Landtags über den Haushaltsplan des Jahres 1930 gepflogen wurden, erfuhren am Donnerstag vormittag nach einer kurzen Sitzung eine jähe Unterbrechung. Grund dafür war die von Dr. Frick am Mittwoch nachmittag in seiner Eigenschaft als Reichsratsbevollmächtigter im Reichstage gegen die Annahme der Younggesetze gegebene ausserordentlich scharfe Erklärung. Die Sitzung wurde deshalb vertagt und sofort eine Kabinetts-sitzung einberufen. Ferner wird gemeldet, dass die Volkspartei folgende Erklärung abgegeben hat:

"Der der Nationalsozialistischen Partei angehörende thüringische Innenminister Dr. Frick hat gestern im Reichstag bei der dritten Lesung des Youngplanes eine Erklärung abgegeben, die sich in schärfster Weise gegen die Annahme des Youngplanes richtet und nach Inhalt und Wortlaut geradezu einen Affront gegen die Reichsregierung und ihre auswärtige Politik darstellt. Nun

wird die Aussenpolitik des Reiches vorwiegend gestützt auch von der Deutschen Volkspartei, mit der die Nationalsozialisten gegenwärtig in Thüringen in Koalition stehen. Bei der thüringischen Regierungsbildung waren der Deutschen Volkspartei bestimmte Zusicherungen gegeben worden, aussenpolitische Fragen in den Hintergrund treten zu lassen, um ein Zusammenarbeiten in der Landespolitik zu ermöglichen. Staatsminister Frick hat, wie festgestellt wurde, seine Erklärung ausdrücklich als Reichsratsbevollmächtigter im Namen der thüringischen Regierung abgegeben. Wir sind zu der Mitteilung ermächtigt, dass die von Frick vorgelesene Erklärung ohne Billigung, ja ohne Kenntnis der thüringischen Regierung abgegeben worden ist. Diese ist vielmehr durch das Vorgehen Fricks völlig überrascht worden.

Dass die eigenmächtige, in der politischen Geschichte unerhörte Handlungsweise des Ministers Frick nicht ohne Folgen für die gegenwärtige Regierungskoalition bleiben kann, ist in Thüringen selbstverständlich."

-----

SPD. Genf, 13. März (Eig. Drahtb.)

Frankreich und Japan haben beim Völkerbund beantragt, das zum 24. März angesetzte Zusammentreten der Sicherheitskommission solange zu vertagen, bis das Ergebnis der Londoner Seeabrüstungskonferenz feststeht und die Konferenz beendet ist. Der Antrag ist dem Präsidenten der Kommission, dem tschechischen Aussenminister Benesch, zur Entscheidung zugeleitet worden. Man nimmt in Genf an, dass man die Tagung um einen Monat verschieben werde. Die Sicherheitskommission sollte diesmal den englischen Antrag, die deutschen Kriegsvoranschläge zu einem allgemeinen Abkommen auszugestalten, behandeln und nochmals die politische und rechtliche Tragweite des Abkommens über die finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten nachprüfen.

-----

SPD. Im Siedlungsausschuss des Reichstages wurde am Mittwoch mit den Stimmen sämtlicher Parteien ein Gesetzentwurf verabschiedet, der die Bezuschussung von Landarbeitersiedlungen aus Reichsmitteln vorsieht. Zweck des Gesetzes ist, den Landarbeitern, vor allem denen in den Ostgebieten, die Errichtung eines Eigenheims, verbunden mit einem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, zu erleichtern. Dadurch soll der Landflucht entgegengewirkt und die Unabhängigkeit des Arbeiters vom Grossgrundbesitz gestärkt werden.

Der Entwurf sieht vor, dass Land- und Forstarbeitern sowie ländlichen Handwerkerkern, die für die Begründung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe Darlehen aufnehmen müssen, aus Reichsmitteln für eine Zeit bis zu zehn Jahren Zuschüsse zu den Zins- und Tilgungsleistungen gewährt werden können. Die Zuschüsse sollen in der Regel in den ersten sechs Jahren 5 Prozent der Darlehensschuld nicht übersteigen und dann fortlaufend sinken.

Es gelang der Sozialdemokratie, gewisse Verbesserungen in das Gesetz hineinzuwirken. Jäcker (Soz) beantragte, die Rückzahlungsfrist für die Baudarlehen allgemein auf 30 Jahre festzulegen. Tempel (Soz) forderte, dass die Siedlungsausgeber zur Rücknahme der Stellen verpflichtet werden müssten, falls der Arbeiter seine Stelle aufzugeben genötigt sei, da sonst eine unerträgliche Bindung des Arbeiters an seinen örtlichen Arbeitgeber entstehe. Schmidt-Köpenick (Soz) brachte eine Entschliessung auf Bereitstellung entsprechender Mittel ein. Alle Anträge wurden, teilweise gegen die Rechte, angenommen.

-----

SPD. Leipzig, 13. März (Eig. Drahtb.)

Am 28. Februar 1929 veranstaltete der "Werwolf" in Dornau eine Gefallenen-Gedenkfeier, in deren Verlauf der Landwirt Heinrich von Gottberg auf dem Marktplatz eine Ansprache hielt. Er führte u. a. aus, er wolle die Republik nicht mit einem Haufen Kuhdreck, der oben schon verkrustet ist, aber innen noch brodele, vergleichen. Die republikanischen Farben hätten für ihn die Bedeutung: Gold war die Vergangenheit, rot sei die Gegenwart und schwarz die Zukunft. Wegen dieser Ansprache wurde von Gottberg vom Schöffengericht Wartenstein wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu 50 Tagen Gefängnis oder 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Am 22. Oktober 1929 wurde von der Strafkammer des Landgerichts Wartenstein die Strafe auf 30 Tage Gefängnis oder 600 Mark Geldstrafe herabgesetzt. Dagegen hatte der Angeklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt, die am Donnerstag vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts verworfen wurde.

SPD. Paris, 13. März (Eig. Drahtb.)

Am vergangenen Sonnabend ist in Villefranche in der Nähe von Nizza der syrische Archimandrit, der höchste Kirchenfürst des orthodoxen Glaubens in Damaskus, verhaftet worden. Die brasilianische Regierung hatte gegen ihn einen Steckbrief undein Auslieferungsverfahren erlassen, da er bei einer Missionsreise in Bahia Schmuckstücke von hohem Wert gekauft aber nicht bezahlt haben soll. Der syrische Kirchenfürst scheint mit diesem Schwindel nicht den ersten seines Lebens begangen zu haben. Kaum war er in Nizza ins Gefängnis eingeliefert worden, als auch von Damaskus und Beirut mehrere Anzeigen einliefen.

SPD. Das Schankstättengesetz wurde am Donnerstag im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags in zweiter Beratung angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die Kommunisten und die Wirtschaftspartei, während der Demokrat Sparrer sich enthielt. Abgesehen von der Relation, die gefallen ist, wurden im wesentlichen die Verbesserungen aus erster Beratung aufrecht erhalten. Gestrichen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Abg. Mumm (Volkskonservativ) der § 31, der ein Verbot der Reklame für alkoholhaltige Getränke in öffentlichen Verkehrsanstalten bringen wollte. Dagegen wurde auf Antrag der Abgg. Diez (Z), Frau Fuchs (Z), Limbertz (Soz), Sollmann (Soz) und Strathmann (Dtl) ein neuer § 31 mit grosser Mehrheit angenommen, der einen neuen Gedanken in die Gesetzgebung bringt:

"Forderungen eines Gast- oder Schankwirtes aus dem Ausschank von Branntwein können weder eingeklagt, noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden, wenn sie Personen gestundet worden sind, die dem Gast- oder Schankwirt eine frühere Schuld gleicher Art noch nicht bezahlt haben. Dasselbe gilt für Forderungen aus der Abgabe von Branntwein im Kleinhandel, sofern nicht die Lieferung mit Bezug auf den Geschäftsbetrieb des Empfängers erfolgt.

Als Stundung im Sinne des Abs. 1 gilt nur die Befristung der Zahlung über den Zeitpunkt hinaus, in dem der Gast die Gast- oder Schankwirtschaft verlässt.

Die Vorschrift des Abs. 1 findet auf Forderungen aus dem Ausschank in einer Gastwirtschaft an die zur Beherbergung aufgenommenen Gäste und auf Forderungen aus dem Ausschank von Branntwein die üblicherweise als Zubehör zu Mahlzeiten verabfolgt werden, keine Anwendung."

Der Kommunist Schumann griff die Sozialdemokratie an, weil diese ihre ursprüngliche Absicht, die Verabreichung von geistigen Getränken auf Borg unter Strafe zu stellen, preisgegeben habe. Sollmann (Soz) erwiderte ihm, dass

es sehr schwer gewesen sei, mit der Regierung eine juristische Fassung zu finden und ebenso schwer, die Mehrheit für eine zusagende Formulierung zu gewinnen. Die Sozialdemokratie streite mit den Kommunisten nicht um die Priorität. Es genüge ihr, wenn der Paragraph Gesetz werde.

---

SPD. In den letzten Tagen sind immer wieder Nachrichten über Verkauf der Münchener Lichtspielkunst A.-G. (Emelka) aufgetaucht. Die Emelka wurde im vorigen Jahr vom Reich erworben. Bei dem Aufkauf haben zweifellos politische Gründe mitgespielt. Das Reich benutzte die letzten Abschlüsse im Emelkakonzern, um grössere, bisher vernachlässigte Abschreibungen vorzunehmen. Die Emelka schloss deshalb für das mit dem 30. Juni 1929 zu Ende gegangene Zwischengeschäftsjahr mit einem grösseren Verlust ab. Das gilt auch für die Emelka-Theater A.-G., die frühere Phoebus. Mit Hilfe der erwähnten Abschreibungen und sonstigen Massnahmen ist der Emelkakonzern auf eine gesunde Grundlage gestellt worden.

Von den Gerüchten über einen Verkauf der Emelka trifft zu, dass man an das Reich von verschiedenen Seiten mit Verkaufsvorschlägen herangetreten ist. Unter anderem interessiert sich ein Mitglied des Aufsichtsrats der Emelka, der Berliner Rechtsanwalt Wolff für das Objekt. Das Angebot Wollfs verdient, dass es in der breiten Öffentlichkeit bekannt wird: Wolff will die Emelka übernehmen. Das Objekt aber, das einschliesslich der Phoebus nach dem letzten Abschluss eine Bilanzsumme von 16 Millionen Mark repräsentiert, will Wolff aus Reingewinnen des Unternehmens bezahlen. Arbeitet also die Emelka mit Verlust, dann kann das Reich auf den Kaufpreis warten. Stellen sich Gewinne ein, dann wird Wolff die Freundlichkeit haben, das Reich aus einem Teil dieses Gewinnes zu bezahlen.

Was Wolff dem Reich mit diesem Angebot zumutet, ist schon ein ziemlich starkes Stück. Aber man darf nicht vergessen, dass Wolff in Berlin ein einflussreicher Mann ist. Hoffentlich wird das Reichsfinanzministerium, das wirklich nichts zu verschleiern hat, darauf achten, dass das Reich nicht über den Löffel balbiert wird.

---

SPD. Köln, 13. März (Eig. Drahtb.)

Wie der "Rheinischen Zeitung" geschrieben wird, hat der Rittergutsbesitzer von Bodelschwing zu Kassel-Wilhelmshöhe an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet :

"Euer Exzellenz wollen mir gestatten, auf eine Stelle aus einem Flugblatt für das Volksbegehren hinzuweisen, die ernsteste Beachtung aller Deutschen verdient. Es heisst dort, Hermann Müller, der derzeitige Reichskanzler, habe im Juli 1914 auf dem Internationalen Sozialisten-Kongress erklärt, er könne die Versicherung geben, dass die deutsche Sozialdemokratie im Kriegs-falle unter allen Umständen für die Verweigerung der Militärkredite stimmen werde. Wenn Euer Exzellenz Youngplan und Polenabkommen unterzeichnen sollten, so wird der Name eines königlich-preussischen Generalfeldmarschalls neben dem Namen dieses Mannes stehen."

Die Unterzeichnung des Youngplanes durch den Reichspräsidenten Hindenburg ist wohl die beste Antwort auf diese dummdreiste Taktik eines deutschnationalen Rittergutsbesitzers.

---

SPD. Paris, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die 25 Stunden dauernde, fast ununterbrochene Rekordsitzung der Kammer, die erst am Donnerstag vormittag um zehn Uhr zu Ende ging, hat das Finanzgesetz für 1930/31 zu Ende gebracht.

Das Budget sieht Ausgaben in der Höhe von 50,4 Milliarden und Einnahmen in der Höhe von 50,2 Milliarden Franken, somit einen Überschuss von 200 000 Franken vor. Soweit die offiziellen Ziffern, in Wirklichkeit ist der französische Etat auch in diesem Jahre einer recht gründlichen "Frisur" unterworfen worden; die Ausgabenseite übersteigt, wie der ehemalige Ministerpräsident Caillaux nachweist, in zahlreichen Posten den tatsächlichen Bedarf. So wurde z.B. allein bei den Posten der Veteranen-Pensionen und der Kriegsinvalidentfürsorge eine Ziffer aufs Ausgabenkonto gebucht, die die tatsächlichen Bedürfnisse um etwa zwei Milliarden überschreitet. Die Überschüsse aus dem Budgetbedarf gegenüber dem Voranschlag kommen aber selbstverständlich wieder dem Tresor zugute. Die unsinnige Thesaurierungs-Politik Chéron's, die zu seinem Sturz und dem des ersten Kabinetts Tardieu geführt hat, ist somit auch von dem zweiten Kabinetts Tardieu fast unverändert beibehalten worden. Wenn bei der Schlussabstimmung über das Finanzgesetz am Mittwoch die bürgerliche Linke trotzdem für das Budget gestimmt hat, so geschah dies aus einer demonstrativen Absicht heraus, um zu betonen, dass alle positiven Vorschläge, alle Reformen, die es enthält, dem Programm der Linken entnommen waren. Tatsächlich hatte sich ja Tardieu gezwungen gesehen, in allen Fragen, die den Konflikt zwischen seinem früheren Finanzminister und dem Kabinetts hervorriefen, restlos zu kapitulieren.

Die Linke hat in diesem Parlament in der Tat einen schweren Stand; es ist nicht leicht, das für die Opposition erforderliche Kampf-Pathos gegen ein Regime aufzubringen, das in grotesker Komit seinesgleichen sucht; gegen einen Führer, der mit grösstem Gleichmut heute das Gegenteil von dem tut, was er gestern feierlichst versprochen und täglich eine moralische Ohrfeige sowohl in den Kommissionen wie im Senat einsteckt; gegen einen Finanzminister, der es sich bereits in den ersten Wochen seiner Kabinettszeit gefallen lassen musste, dass man ihn des Missbrauchs seiner Macht zu unlauteren Zwecken brandmarkte.

Die Nachtsitzung der Kammer bildete wieder einen neuen Beweis für die paradoxe Lage des Ministeriums Tardieu. Zur Diskussion stand die Frage des Gratis-Unterrichts in den mittleren Regierungsschulen. Die Linke hatte beantragt, dass der Unterricht in sämtlichen Mittelschulklassen im Prinzip gratis sein soll. Für die unterste Mittelschulklasse sollte der freie Unterricht praktisch bereits in diesem Budget-Jahr in Erscheinung treten. Tardieu hatte sich wiederholt von der Kammertribüne gegen den prinzipiellen Beschluss der Ausdehnung der Schulgeldfreiheit für sämtliche Mittelschulklassen ausgesprochen; trotzdem wurde der Beschluss mit Majorität angenommen. Tardieu vermied es dabei vorsorglich, die Vertrauensfrage zu stellen, da er offenbar sehr genau wusste, auf wie schwankender Basis seine Majorität steht.

---

SPD. In der Zeit vom 15. bis 25. Juni 1930 wird in Berlin die 2. Weltkraftkonferenz abgehalten werden. Die Einrichtung ist von England ins Leben gerufen worden, um durch internationale Zusammenarbeit die Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Energie in jeder Form wissenschaftlich und industriell zu fördern. Die erste Vollkonferenz fand im Jahre 1924 in London statt. Seitdem wurden Teilkonferenzen abgehalten (1926 in Basel, 1928 in London, 1929 in Tokio).

Als auf der Konferenz in Tokio der Antrag an Deutschland erging, die zweite Vollkonferenz in Berlin abzuhalten, sagten die in Frage kommenden deutschen Kreise sofort zu. Das Deutsche Komitee der Weltkraftkonferenz, in dem 42 Organisationen mit etwa 300 Fachleuten vertreten sind, hat alle Vorbereitungen dafür getroffen, dass im Juni die Veranstaltung würdig durchgeführt werden kann. Die Konferenz wird sich vor allem mit Fragen der Verbesserung des Energieabsatzes befassen. Vorgesehen sind über 400 Vorträge. Diese werden natürlich nicht alle mündlich erstattet, sondern gedruckt vorgelegt. Mündlich erstattet werden nur die Generalberichte.

Auf der Konferenz werden 47 Staaten vertreten sein. Um die Tagung durchzuführen, hat man die grossen Säle Berlins für die Zeit der Veranstaltung mit Beschlag belegt. Der Vorsitzende der 2. Weltkraftkonferenz ist Generaldirektor Köttgen vom Siemenskonzern, Ehrenvorsitzender Dr. Oskar von Müller, der Nestor der deutschen Technik und der Schöpfer des deutschen Museums in München.

SPD. Reichspräsident von Hindenburg, der am Donnerstag bald nach der Stellungnahme des Reichsrats die Younggesetze unterzeichnet hat, gibt dazu folgendes bekannt :

Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hunderte von Zuschriften zugegangen, die, von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten baten, das Zustandekommen des Young-Planes durch die Verweigerung meiner Unterschrift unter die Gesetze und Ratifikationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege:

Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Young-Gesetze mit meinem Namen unterschrieben. Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass trotz der schweren Belastung, die der neue Plan dem deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der grossen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Young-Plan im Vergleich zum Dawes-Plan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet.

Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschliessen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabsehbar seien und schwere Krisen mit allen ihren Gefahren für unser Vaterland bringen würden. Ich bin mir durchaus bewusst, dass auch die Annahme des Young-Planes uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, dass der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem besetzten deutschen Gebiet die langersehnte Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren Heerführers Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verdunkeln, dass ich mit ihm diese Gesetze decke. Hierauf erwidere ich: Ich habe mein Leben in der grossen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt die Verantwortung von mir abzuschieben, bei mir nicht Boden fassen.

Der parlamentarische Kampf um die Young-Gesetze ist mit deren Verkündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muss nun auch im deutschen Volke der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegensätze hervorgerufen und die von mir von jeher so schmerzlich empfundene Zerrissenheit in unserem schwer geprüften Vaterlande stark erweitert hat.

Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die ernste Mahnung, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewusst zu sein und sich nun endlich unter Überwindung des Trennenden und Gegensätzlichen zusammenzufinden in gemeinsamem Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, gesundes und starkes deutsches Volk geben soll.

Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen

nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Gesundung unserer Finanzen, die Belebung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt der Linderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muss.

Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler von heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich über die Grenze der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen.

Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung beseelte; ich kann mir nicht denken, dass dieser Geist dahingeschwunden ist und dauernder innerpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat.

Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles!

gez. von Hindenburg.

---

SPD. Da nach der Annahme der Younggesetze die Erledigung der Finanzfragen in den Vordergrund tritt und für die Verabschiedung der gegenwärtig dem Reichsrat vorliegenden Gesetzentwürfe nur kurze Zeit zur Verfügung stehen wird, sind am Donnerstag die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien wieder aufgenommen worden. Für die Deutsche Volkspartei, die sich jetzt wieder an den Verhandlungen beteiligt, war der Abg. Dr. Cremer erschienen. In der Besprechung wurden nochmals die Vorschläge erörtert, die die Weimarer Parteien in den letzten Tagen der Regierung gemacht haben. Gegen die Umwandlung der Biersteuer in eine Ländersteuer wurden vom Abg. Dr. Cremer verfassungsrechtliche und sachliche Bedenken geäußert. Er äusserte ferner Bedenken gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Besteuerung der Einfuhr. Die Verhandlungen sollen am Freitag nachmittag fortgesetzt werden.

---

SPD. Paris, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Überschwemmungsgefahr für die französischen Südpervenzen ist immer noch nicht vorüber. Einige kleine Pyrenäen-Flüsse in der Umgebung der Stadt Bayonne, sind am Mittwoch wieder über ihre Ufer getreten. Desgleichen ist in der Gironde ein neuer Hochwasserstand zu verzeichnen. Die Garonne, die kurz hinter Bordeaux ins Meer mündet, ist seit Mittwoch in konstantem Steigen begriffen. Die Stadt Pau, ein wichtiger Eisenbahn-Knotenpunkt zwischen Paris und Toulon, ist vollständig vom Verkehr abgeschnitten; eine zweite Eisenbahnlinie, die nach Tarbes führt, ist gleichfalls unterbrochen. Menschenopfer sind wegen der umfassenden Vorkehrungsmassnahmen nicht zu beklagen. Auch in der Gegend von Perpignan sind wieder einige kleinere Ortschaften unter Wasser gesetzt

---

SPD. Köln, 13. März (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Köln verurteilte von 6 Mitgliedern eines Arbeiter-Tambour- und Schalmeyen-Vereins "Freiheit" in Köln den Führer und ein älteres Mitglied zu je zwei Monaten Gefängnis. Die übrigen vier Angeklagten erhielten je einen Monat Gefängnis. Das Gericht nahm an, dass die Verurteilten in ihrem Verein eine Nachfolge-Organisation des "Rotfront-Kämpferbundes" gebildet hatten.

SPD. London, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Schwierigkeiten der Flottenkonferenz haben sich in den letzten 24 Stunden zur offenen Krise entwickelt. Wenn die gesamten Arbeiten der Konferenz nicht zum Stillstand gekommen sind, so ist das in erster Linie MacDonald persönlich zu danken, der trotz der schwierigen parlamentarischen Situation und trotz deutlicher Zeichen physischer Erschöpfung alles eingesetzt hat, um die Konferenz über den toten Punkt hinwegzubringen, den sie in der Mittwoch Nacht erreicht hat. Da die geplante Aussprache sämtlicher Delegationsführer völlig nutzlos gewesen wäre, hat MacDonald im Laufe des Donnerstag längere Einzelbesprechungen mit dem japanischen Delegationsführer Wakatsuki, dem Führer der italienischen Delegation Grandi und eine eineinhalbstündige Besprechung mit Briand gehabt. In den späten Abendstunden kam hierzu noch eine Aussprache zwischen MacDonald und Stimson. Sämtliche Gerüchte über eine bevorstehende Abreise Briands sind falsch. Briand wird, wie er am Donnerstag ausdrücklich betont hat, bis zum Ende der Konferenz auf seinem Posten bleiben. Tardieu wird am Freitag abend oder Sonnabend früh in London erwartet.

Die Schwierigkeit liegt nach wie vor in dem bekannten italienisch-französischen Gegensatz, der nach dem Zusammenbruch der Hoffnungen auf ein politisches Abkommen zwischen den fünf Mächten wieder mit voller Schärfe zutage getreten ist. Im gegenwärtigen Augenblick werden fieberhafte Anstrengungen gemacht, um eine italienisch-französische Teilverständigung herbeizuführen. Die Versuche bewegen sich in der Richtung auf den Abschluss eines Schiedsgerichts- und Versöhnungsvertrages zwischen Frankreich und Italien. Ein solcher Vertrag könnte, so hofft man, Italien veranlassen, seinen Anspruch auf Parität mit Frankreich aufzugeben, was den französischen Ministern ermöglichen würde, Konzessionen hinsichtlich der französischen Tonnageziffer zu machen, die der augenblicklichen Krise im eigentlichen Sinne zugrunde liegen. Die Stimmung in Konferenzkreisen ist ausgesprochen pessimistisch, wenn auch die Lage im Augenblick nicht so hoffnungslos beurteilt wird wie in der Mittwoch Nacht. Hierzu hat insbesondere die Tatsache beigetragen, dass es MacDonald überhaupt am Donnerstag noch gelungen ist, die Besprechungen wieder in Gang zu bringen. MacDonald selbst soll das Resultat des Donnerstag als "ermutigend" bezeichnet haben.

-----  
SPD. London, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Kronjuristen haben die Regierung vor einigen Tagen dahin verständigt, dass die unter dem Druck des Oberhauses vorgenommene Beschränkung der Lauffrist der Ergänzungsgesetze zur Arbeitslosenversicherung alle Änderungen und insbesondere die von der Arbeiterregierung beabsichtigte Gesamtreform der Arbeitslosenversicherung bis Juni 1933 unmöglich machten. Falls dieses juristische Gutachten eine endgültige Entscheidung dargestellt hätte, wäre jede Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, die der Arbeiterregierung besonders am Herzen liegt, bis auf weiteres unmöglich geworden. Wie verlautet ist am Donnerstag von hochstehender juristischer Seite diese Auffassung der Kronjuristen autoritativ bestritten worden und es scheint, dass der Arbeitsminister die unterbrochene Vorbereitung der Gesamtreform der Arbeitslosenversicherung wieder aufnehmen kann.

-----  
SPD. Wien, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte hat in Durchführung des Beschlusses des Arbeiterkammertages Besprechungen der freigewerkschaftlichen, der christlichen und der deutsch-völkischen Spitzenorganisationen eingeleitet, um zu dem Anti-Terrorgesetz Stellung zu nehmen. Bei diesen Besprechungen, die

am Mittwoch und Donnerstag stattfanden, wurde, wie die Arbeiterkammer mitteilt, der einmütigen Auffassung Ausdruck gegeben, dass die in parlamentarischer Beratung stehende Vorlage in der gegenwärtigen Fassung abgelehnt werden müsse. Die Beratungen über die vom Standpunkt der Gewerkschaften erforderlichen Abänderungsvorschläge konnten jedoch bisher noch nicht abgeschlossen werden. Die Kammer hat einen unverbindlichen Vorschlag eines Gesetzentwurfes den drei Spitzenorganisationen zu internen Beratungen vorgelegt. Diese werden danach selbst ihre Vorschläge bekanntgeben. Die Beratungen sollen am Dienstag kommenden Woche abgeschlossen werden.

---

SPD. Genf, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der Redaktionsausschuss, dem der französische Vorschlag über die Verlängerung der Handelsverträge überwiesen war, arbeitete am Donnerstag bis in die späte Nacht hinein, zeitweise in neue Unterausschüsse geteilt. Es ist ihm gelungen, zwischen den englischen und französischen Wünschen eine Brücke zu finden, dagegen macht Italien immer neue Schwierigkeiten. Es verwarf u.a. eine von der Mehrheit des Ausschusses gewünschte Möglichkeit, auch die Zölle, die als Ausnahmen von der Bindung durch das Abkommen befreit sein sollten, zum mindestens verhandlungsmässigen Bindungen zu unterstellen. Zu Freitag vormittag wurde auf Wunsch der englischen Delegation eine Vollsitzung der Konferenz einberufen, in der der englische Handelsminister Graham zur jetzigen Situation der Konferenz Stellung nehmen wird. Auch der deutsche Reichswirtschaftsminister Schmidt ist wieder in Genf eingetroffen, um an den entscheidenden Schlussberatungen teilzunehmen.

---

SPD. London, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der konservative Führer Baldwin brachte am Donnerstag im Unterhaus das konservative Misstrauensvotum gegen die Regierung ein. Dieses Misstrauensvotum ist jedoch nicht gegen die Gesamtpolitik der Regierung, sondern nur gegen ihre Haltung in der Frage der Schutzzölle und der Industriesicherung gerichtet. Es kann daher wegen seines schutzzöllnerischen Charakters von den freihändlerischen Liberalen nicht unterstützt werden. Baldwin griff in seiner die Debatte eröffnenden Rede die freihändlerische Basis der Politik der Arbeiterpartei an. Die Weltwirtschaft bewege sich in der Richtung auf Hochschutzzölle. Seiner Meinung nach wären hohe Zollschranken schlecht und die Nationen Europas hätten erkannt, dass sie schlecht seien. Aber sie dächten nicht daran die bestehenden Schranken tatsächlich abzubauen.

---

SPD. Genf, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der Verkehrsausschuss des Völkerbundes, der zurzeit tagt, sollte in dieser Tagung den Bericht eines Unterausschusses entgegennehmen, der die polnisch-litauischen Grenzverhältnisse daraufhin untersucht hat, wie weit es möglich sei den polnisch-litauischen Grenzverkehr wieder herzustellen, ohne die Frage der politischen Grenzziehung und damit die Wilnafrage zu berühren. Im Einverständnis mit Litauen und Polen vertagte der Verkehrsausschuss die Entgegennahme des Berichtes bis zum 4. September. Es verlautet mit Bestimmtheit, dass Polen und Litauen die lange Vertagung benutzen wollen, um noch einmal einen direkten Ausgleich zu suchen.

---

SPD. London, 13. März (Eig. Drahtb.)

Wie aus Bombay gemeldet wird, haben Arbeiter der von Bombay südlich führenden Eisenbahnlinie als Zeichen der Sympathie für Gandhi die passive Resistent aufgenommen. 50 Mann umlagerten am Donnerstag den Eingang zum Hauptbüro des Stationsvorstandes in Bombay und mussten gewaltsam entfernt werden. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem zahlreiche Polizisten und Streikende verletzt wurden. Auch in anderen Teilen Bombays kam es zu kleineren Zwischenfällen, in deren Verlauf vier führende Gewerkschaftler verhaftet wurden.

Gandhi selbst hat am Donnerstag beim Morgengrauen seinen Marsch wieder aufgenommen. Die englischen Agenturen, die sich sichtlich bemühen, den Zug Gandhis zu verkleinern und lächerlich zu machen, melden, dass der heutige Aufbruch Gandhis unter völliger Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung erfolgt ist. Gandhi und seine Anhänger beabsichtigten nach Erreichung der Salzlager von Jalalpur selbst Salz zu fördern und unter Umgehung der britischen Salzsteuer an die Bevölkerung abzugeben. Die Regierung ist entschlossen, jedes derartige unautorisierte Salz zu konfiszieren, falls es, wie es in einer halbamtlichen britischen Meldung vielsagend heisst, Gandhi und seinen Anhängern tatsächlich gelingen sollte, die Salzlager zu erreichen.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags- Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 13. März (Sig. Bericht).

Der Reichstag erlebte am Donnerstag eine stürmische Sitzung. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens versetzte die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten in eine gewaltige Aufregung. Die drei Fraktionen schlossen geradezu ein Schutz- und Trutzbündnis nicht nur gegen die Regierungsparteien, sondern auch gegen den Reichstagspräsidenten. Offensichtlich legten sie es darauf an, den Reichstagspräsidenten Paul Löbe in die schwierigsten Situationen zu bringen. Der gewandteste Präsident, der je dem Reichstage vorsass, hat auch diese Anstürme gemeistert. Zwar musste er mehrere kommunistische und nationalsozialistische Flegel wegen schwerer Rüpeleien aus dem Saale weisen; zwar musste er dem nationalsozialistischen Redner Dr. Goebbels, dem eine schwere Nervenerkrankung aus den flatternden Augen leuchtet, das Wort entziehen, weil dieser Abgeordnete jede Selbstbeherrschung vermissen liess, aber es gelang dem Reichstagspräsidenten, die Sitzung zu Ende zu führen.

Sämtliche Oppositionsredner verzerrten den Entwurf als ein unerhörtes Ausnahmegesetz. Wer die Bestimmungen kennt, weiss, dass diese Behauptungen frei erfunden sind. Das neue Republikenschutzgesetz ist viel schwächer, als der Gesetzentwurf, der unter dem deutschnationalen Reichsjustizminister Hergt im Jahre 1927 auch von den Deutschnationalen angenommen worden ist. Der neue Gesetzentwurf lässt jeden geistigen politischen Kampf, auch den der schärfsten Art, vollkommen unberührt. Er bestraft: Organisationen, die Angriffe auf das Leben von Politikern bezwecken; er bestraft: Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten und Gewalttätigkeiten selbst, soweit sie sich gegen den Reichspräsidenten oder Mitglieder deutscher Regierungen richten; er bestraft: Beschimpfungen (also noch nicht einmal Beleidigungen) der Staatsform und schwere Beschimpfungen oder Verleumdungen von verstorbenen Mitgliedern der Regierung, und er bestraft endlich die Beschimpfung der Reichs- und Landesfarben. Auch in einem Reich mit grösster politischer Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit muss natürlich politischen Gewalttättern, Schimpfbolden und Verleumdern das Handwerk gelegt werden.

Reichsinnenminister Severing begründete in einer längeren Rede, die rechts und links im Hause Stürme des Widerspruchs hervorrief, das Gesetz. Er verwies u. a. darauf, dass allein in Preussen im letzten Jahre 300 Polizeibeamte verletzt und 14 getötet worden sind. Mit Recht sagte Severing, dass das Gesetz vorbeugen wolle. Jeder wünsche er, dass die Polizei Zivilisten tötet, noch wünsche er, dass die Zivilisten sich mit Polizeibeamten herumschlagen. Der geistige Kampf solle fortgeführt werden, die jetzt vielfach üblichen rohen Ausartungen aber seien zu unterdrücken. Die Kommunisten leisteten sich während der Severingrede die einfältigsten Zwischenrufe. Einen gewaltigen Heiterkeitserfolg, der minutenlang das Haus belustigte, erzielte der Kommunist Miller, als er in trefflicher Einschätzung seiner Fraktion dem Minister zurief: "Sie schiessen mit Kanonen auf Spatzen!"

Mit gewaltiger Selbstüberschätzung ging, wie immer, der geistloseste und darum frechste Redner der Deutschnationalen auf die Tribüne, Herr Dr. Everling. Weil Severing es nicht für notwendig hielt, diesen Herrn anzuhören, über dessen juristische Inferiorität alle Juristen einig sind, verlangte er, dass das Haus sofort den Reichsinnenminister herbeirufe. Das Haus beschloss aber gegen den deutschnationalen Antrag. Es gab ein langes Hin und Her. Immer wieder zierte sich Herr Everling, seine Rede zu halten, bis schliesslich Severing mit dringenden Arbeiten ausserhalb des Sitzungssaales fertig war und, von den Deutschnationalen stürmisch begrüsst, seinen Platz am Ministertische wieder einnahm. Everling suchte den Nachweis zu führen, dass das Gesetz überflüssig sei. Es sei überhaupt ein Gesetz, das der Opposition nur Fallen zu stellen beabsichtige. Eine sonderbare Logik! Denn drei Jahre vorher hat die Fraktion dieses Everling dieses Fallenstellen selber mitgemacht. Der Kommunist Münzenberg behauptete, dass

der Gesetzentwurf lediglich ein Schutzgesetz für das Finanzkapital gegen die Arbeiter sei. Kommunisten und Nationalsozialisten, die während der ganzen Sitzung einträchtig schimpfend und tobend zusammenarbeiteten, waren auch darin einig, der Gesetzentwurf sei lediglich dazu bestimmt, um die "Youngausbeutung" des Volkes sicherzustellen.

Am späten Nachmittag nahm der sozialdemokrat Landsberg das Wort. Im Augenblick füllte sich das Haus. Dichte Scharen von Abgeordneten umdrängten die Rednertribüne, um den hervorragenden Juristen und glänzenden Sprecher zu hören. Landsberg machte die Bemerkung, das Gesetz richte sich nicht gegen die Politiker, die den Stossdegen führten, sondern nur gegen diejenigen, die die Mistgabel als Kampfmittel benutzen. Vernichtend war sein Nachweis, dass die entscheidenden Bestimmungen des Republikschutzgesetzes auch im Strafgesetzbuch der Sowjetunion stehen. Allerdings werden dort die Taten viel härter bestraft als in Deutschland, sind doch im russischen Strafgesetzbuch nicht weniger als 36 Delikte unter Todesstrafe gestellt. Jedesmal, wenn Landsberg die Todesstrafe in Sowjetrußland erwähnte, brachen die Kommunisten in frenetisches Beifallklatschen aus. Das veranlasste Landsberg zu der bitteren Bemerkung, er hätte denn doch nicht geglaubt, dass so viele Leute mit Henkerinstinkten im Deutschen Reichstage sitzen. Der Kommunist Münzenberg hatte gemeint, wie schwach müsse die Deutsche Republik sein, wenn sie ein solches Gesetz mache. Wie schlecht aber muss es erst mit der Sowjetrepublik bestellt sein, wenn sie nur mit der Todesstrafe regieren kann!

Die vollendete Geistesverwandtschaft der Nationalsozialisten mit den Kommunisten äusserte sich auch in einem zum Republikschutzgesetz vorliegenden Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion. Dieser Antrag stellte einen ganzen Katalog von Todesstrafen gegen die inner- und aussenpolitische Meinungsfreiheit fest. Wird in Russland schon derjenige eingesperrt, der auch nur Misstrauen gegen die Behörden hegt, so wird nach diesem nationalsozialistischen Antrag in dem Zukunftsstaat der Frick und seiner Spiessgesellen jeder geköpft und erschossen werden, der eine andere Meinung vertritt als die nationalsozialistischen Machthaber. Freilich fehlt es auch diesem blutdürstigen Antrag an der bescheidensten Verstandeskraft. Landsberg holte sich aus diesen sadistischen Naturen nur ein Bürschchen heraus, den Herrn Dr. Goebbels. Dieses Männlein hat auch den nationalsozialistischen Antrag mit unterzeichnet, u. a. die Bestimmung, dass derjenige mit Zuchthaus und mit körperlicher Züchtigung bestraft werde, der einen lebenden oder toten deutschen Nationalhelden missachtet. Herr Goebbels machte grosse Augen, als Landsberg ihm gütig und mitleidig sagte, die Sozialdemokratie stimme im Interesse des Herrn Goebbels gegen den nationalsozialistischen Antrag. Bekanntlich werde dieser Goebbels wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verfolgt. Die Sozialdemokratie könne nicht verantworten, dass Herr Dr. Goebbels wegen seiner Straftaten nach seinem eigenen Antrag ins Zuchthaus wandern müsse und vielleicht auch noch körperlich gezüchtigt werde. Das Haus brach in minutenlanges Gelächter aus. Landsbergs scharfsinniger Witz hatte den nationalsozialistischen, hirnlosen Schwätzer erledigt.

Landsbergs meisterhafte Dialektik hatte die Sitzung zu einem Höhepunkt geführt. Aber auch der Zentrumsabgeordnete Bell und der Demokrat Ehlermann wussten die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln. Insbesondere Ehlermann stäupte die Deutschnationalen kräftig. Er hielt ihnen und den Nationalsozialisten die unsagbare Roheit ihrer Kampfweise gegen verstorbene oder ermordete Minister vor. In diesem Zusammenhang bedauerte er, dass die Deutsche Volkspartei die Beschimpfung Verstorbener frei lassen wollte.

Nach Ehlermanns Rede beantragten die Nationalsozialisten Vertagung und bezweifelten gleichzeitig die Beschlussfähigkeit des Hauses. Gesinnungstreu, oppositionsbewusst und zum Kampf entschlossen verliessen Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten gemeinsam den Saal. Kaum waren sie draussen, als die Sirenen heulten, weil der Vizepräsident Esser Auszahlung angeordnet hatte, um festzustellen, ob das Haus beschlussfähig sei oder nicht. In dem Augenblick, als die zur schärfsten Opposition entschlossene Rechte ihre 25 Mark Tagesdiäten in Gefahr sah, erwachte bei ihr ihre Liebe zur Republik und ihre Furcht vor dem Republikenschutzgesetz verblasste. Unter brausendem Gelächter der Regierungsparteien

zogen Deutschnationale und Nationalsozialisten wieder in den Saal, um ihre 25 Mark und damit zugleich die Weiterberatung des Republikenschutzgesetzes zu retten. Indes war dieses edle Bemühen für diesen Tag umsonst. Die Kommunisten blieben draussen, die Auszählung ergab die Anwesenheit von nur 236 Abgeordneten; es fehlten 10 Stimmen an der Beschlussfähigkeit. Die Beratungen mussten auf Freitag vertagt werden.

-----  
SPD. Amsterdam, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der britische Ministerpräsident Henderson beauftragte die englische Delegation zur Haager Kodifizierungskonferenz, in der Frage der Nationalität der verheirateten Frau den Standpunkt zu vertreten, den MacDonalld bereits in einer programmatischen Rede an eine Deputation englischer Frauenvereinigungen im April vorigen Jahres eingenommen habe, dass nämlich eine verheiratete Frau in dieser Frage nicht länger den Minderjährigen und Geistesschwachen gleichgestellt werden dürfe.

-----  
SPD. Köln, 13. März (Eig. Drahtb.)

Zu dem neuesten Streich des thüringischen Staatsministers Dr. Frick gelegentlich der dritten Beratung der Younggesetze im Reichstag am Mittwoch schreibt die "Kölnische Zeitung" in ihrer Donnerstag-Abendausgabe, dass dieser Streich nicht allein die Deutsche Volkspartei, sondern auch die gesamte thüringische Regierung in die peinlichste Verlegenheit bringt. Es dürfte für eine staatsbewusste und liberale Partei die höchste Zeit sein, die längst notwendigen Folgerungen zu ziehen. Niemand hatte Herrn Frick, das steht fest, zu seinen Aeusserungen im Reichstag beauftragt, mehr noch, niemand vom thüringischen Kabinett hatte überhaupt davon gewusst. Die Deutsche Volkspartei wird also nicht umhin können, Herrn Frick Gelegenheit zu geben, den angekündigten "fanatischen Widerstand" von einer anderen Plattform aus zu besorgen.

-----  
SPD. Wien, 13. März (Eig. Drahtb.)

Im Dezember hatte die bürgerliche Presse sich darüber entsetzt, dass in dem Industrieort Fohnsdorf im Steiermark zehn Schutzbündler und zwei Gemeindevachtleute verhaftet werden konnten, weil sie versucht hätten, Waffen der Heimwehr zu stehlen. Tatsächlich erhob die Staatsanwaltschaft auch gegen diese 12 Leute Anklage wegen Diebstahls. Das Schöffengericht Leoben sprach nun am Donnerstag alle Angeklagten mit der Begründung frei, dass auf die Aussagen des Spitzels der Gendarmerie, auf dessen Angaben hin die 12 verhaftet wurden, ein Schuldbruch nicht aufgebaut werden könne. Es sei den Angeklagten also kein Diebstahl nachgewiesen, wohl aber sei ihre Verantwortung nicht widerlegt, dass sie eine Verschiebung der Heimwehr mit Waffen verhindern und die Gendarmerie verständigen wollten.

-----  
SPD. Amsterdam, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Haager Konferenz zur Kodifizierung des internationalen Rechtes wurde am Donnerstag von dem niederländischen Minister des Auswärtigen, Beelaerts van Blokland, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Das Präsidium übernahm sodann der frühere niederländische Minister Heemskerk, der in einer längeren Rede eine historische Uebersicht über die Kodifizierung des internationalen Rechtes gab. Auch der Generalsekretär des Völkerbundes Drummond richtete einige kurze Worte an die Konferenz. Anwesend waren die Vertreter von 44 Staaten, von denen 7 nicht dem Völkerbund angehören. In den Nachmittagsstunden trat die Konferenz zu einer konstituierenden Plenarsitzung zusammen, während die Ausschüsse mit ihrer Arbeit erst am Montag beginnen werden.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Pfui, Volksschullehrer!

---

SPD. Die Vertreter der sogenannten "Geistigkeit" haben in der letzten Zeit der Aera Becker in Preussen einen wütenden und gehässigen Kampf gegen den Sozialdemokraten König geführt und sie haben es glücklich verhindert, dass der Volksschullehrer König preussischer Kultusminister wurde. Bildungsdünkel und Kastengeist haben einen Triumph gefeiert und haben zugleich den Unfug des Be-  
rechtigungswesens neu gestärkt. Hinter der sogenannten "Geistigkeit" verbirgt sich nichts anderes als muffigste Oberlehrereinbildung, der lächerliche Hochmut, mit dem der Gymnasiallehrer der alten Schule auf den Kollegen von der Volksschule herabblickt. Der hat es mit dem Volke zu tun, der Kollege von der höheren Schule aber eben mit den höheren Schichten, die sich vom Volke zu distanzieren wünschen.

Diese bornierte Überheblichkeit hat Schule gemacht. Der badische Unterrichtsminister, ein Sozialdemokrat, hat angeordnet, dass künftig die Aufnahmeprüfung für die höheren Schulen von einem Ausschuss abgenommen werden muss, dem ein Volksschullehrer mit beratender Stimme beizuwohnen habe. Diese Verfügung hat bei verknöcherten Philologen in Baden, bei den Hütern der sogenannten Geistigkeit Wutkrämpfe hervorgerufen. Ein Volksschullehrer soll neben Gymnasiallehrern mit beratender Stimme im Prüfungsausschuss sitzen? Die Herren Philologen erblicken darin "eine Verletzung ihrer Standesehre", sie empfinden sich mit einem "Makel beladen", der ihnen durch "ministerielle Diktatur", - eine abrupte Massregel" des Unterrichtsministers auferlegt wird. "Revolutionäre Massnahme, Handstreich!" so rufen sie empört.

Es ist ein klägliches Bild! Die Herren Gymnasiallehrer fühlen sich entehrt, wenn sie neben einem Volksschullehrer sitzen, sie empfinden den Geruch des Volkes, der ihnen durch die Anwesenheit eines Volksschullehrers vermittelt wird, als Makel auf ihrer Standesehre! Und das in Baden, dem Musterland demokratischen Denkens! Braucht man sich zu wundern, wenn dieser Kastengeist immer wieder zur Quelle der Überschätzung der höheren Schulen, der Verachtung der Volksschulbildung, der Zurücksetzung der Volksschulen wird? Die Offenbarung der reaktionären Wesensart dieser badischen höheren Schulmeister stellt sich würdig dem gehässigen Kampf der preussischen Geistigkeit gegen den Volksschullehrer König zur Seite. Es riecht dumpf und muffig in der sogenannten Geistigkeit im Schulwesen von heute!

Die besseren Leute.

---

Die Hakenkreuzler bestehen aus den Führern, das sind die sogenannten besseren Leute, die Spitzen der Gesellschaft, und den Geführten, den gemeinen Soldaten, das sind die Proleten. Die Proleten sind für die Führer da, denn ohne sie könnten die Herrschaften nicht Führer spielen und den Beweis für die wahre Volksgemeinschaft im Zeichen des Hakenkreuzes liefern. Die Proleten dürfen strammstehen bei Paraden, aber mehr dürfen sie nicht. Die Herrn Hakenkreuzführer von Amberg in Bayern haben ein Faschingsfest veranstaltet, natürlich im Zeichen der Volksgemeinschaft und siehe da, es wurden auch aus den gemeinen Soldaten des Hakenkreuzes drei Arbeiter ausgewählt, die der hohen Ehre teilhaftig wurden, mit den Spitzen der Gesellschaft teilzunehmen. Versteht sich, mit einer gewissen Distanzierung! Sie wurden an einen abgesonderten eigenen

Tisch gesetzt, damit ihnen der Hochmut nicht zu Kopfe steige. Darob grosse Empörung bei den gemeinen Hakenkreuzsoldaten - aber sie bleiben natürlich bei der hakenkreuzlerischen Volksgemeinschaft. Ein ganz kleiner Ausschnitt, aber bezeichnend: wenn die Führer feiern, darf eine Deputation der Geführten am Katzentisch zusehen. Daher der Name "Nationalsozialistische Arbeiterpartei"!

### Die Spekulation auf Hindenburgs Tod.

Es gibt Leute, die es nicht erwarten können, dass Reichspräsident von Hindenburg aus dem Amte scheidet. Sie sind dicht gesät in den Reihen des Rechtsradikalismus, weil man dort bei einer neuen Reichspräsidentenwahl eine Gelegenheit zu putschistischen Treibereien erwartet. Wer der neue Retter sein soll, das wissen diese Spekulanten selbst nicht. Sie wissen nur, dass es nicht Hindenburg sein soll. Diese Hoffnungen haben sich so tief eingefressen, dass sie zu einer unwürdigen und frivolen Spekulation auf das hohe Alter Hindenburgs geführt haben.

Zu diesen Leuten gehört ein Herr Schmalix, einst Leuchte des Rechtsradikalismus in Erfurt, jetzt Skandalpolitiker auf eigene Faust. Der hat diese Spekulation von seinen früheren Freunden gelernt und wandelt sie nun für seinen persönlichen Gebrauch ab. Er weiss, was der neue Retter retten soll! Jüngst wurde er wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters von Erfurt verurteilt, was für ihn schon fast zum täglichen Brot gehört. Er macht sich nicht viel daraus, denn in einer Beratungspause gab er öffentlich der Hoffnung Ausdruck, dass der zu erwartende baldige Tod des Reichspräsidenten und die aus diesem Anlass zu erwartende Amnestie ihm die Strafe wieder wie in seinen früheren Fällen abnehmen werde.

Hindenburg soll sterben, damit ein Verleumder von der Strafe befreit wird! Eine feine Frucht rechtsradikaler Erziehung, ein sauberes Beispiel für die Achtung, die man in diesen Kreisen dem Reichspräsidenten entgegenbringt!

### Was ist die Komintern?

Hören wir die Antwort, die Trotzki auf diese Frage gibt! Für Trotzki ist Stalin der Vertreter der Theorie des Sozialismus in einem Lande, ein russischer "Nationalsozialist", und was die Komintern betrifft, so sagt er: "Die Komintern wird durch die Theorie des nationalen Sozialismus zu einer Hilfswaffe herabgewürdigt, die zum Kampf gegen eine militärische Intervention nützlich ist. Die heutige Politik der Komintern, ihr Regime und die Auswahl ihrer leitenden Persönlichkeiten entsprechen ganz und gar der Herabwürdigung der Komintern zu einer Hilfstruppe, die für die Lösung selbständiger Aufgaben nicht bestimmt ist." Ein treffendes Urteil, wobei nur noch hinzuzufügen ist, dass die Komintern niemals etwas anderes gewesen ist.

### Gereinigte Geschichte.

Schillers "Jungfrau von Orleans" wird von den Nationalsozialisten auf den Index gesetzt, so dass Hakenkreuzreinigungskolonnen künftig Aufführungen des Schillerschen Dramas mit Stinkbomben bedrohen. Warum? Nun, es ist eine Verherrlichung einer französischen Nationalheldin, bei der französische Fahnen und Uniformen gezeigt werden. Das darf sich kein Deutscher bieten lassen! Das Reinigungsbedürfnis der Hakenkreuzler ist löblich. Wir würden empfehlen, es weiter fortzusetzen. Wie wäre es mit Karl dem Grossen? Den müsste man aus deutschen Geschichtsbüchern streichen, was hat ein König der Franken darin zu suchen?

# „Aus aller Welt“

## Das Verhältnis mit der Tochter.

Bauwächter Schulz vor Gericht.- Licht über dem Mordgeheimnis um Hilde Zäpernick.

SPD. Im vergangenen Sommer waren die Berliner durch einen unter besonders bestialischen Umständen verübten Lustmord an einem elfjährigen Schulkind, Hilde Zäpernick, in Aufregung versetzt worden. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf den Wächter des Bauplatzes in Westend, auf dem die Leiche des Kindes gefunden wurde, einen gewissen Richard Schultz. Aber von allen Seiten wurde ihm ein so gutes Leumundszeugnis ausgestellt, dass er aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste. Kurz darauf wurde Schultz aufs neue verhaftet. Die eigene Gattin hatte ihn wegen Blutschande, begangen an seiner ältesten Tochter, angezeigt. Damit wurden die günstigen Aussagen hinfällig und der Verdacht des Lustmordes erhob sich gegen ihn on verstärktem Masse.

Vorderhand kommt nur vor dem erweiterten Schöffengericht Lichtenberg diese neue interne Tragödie zur Verhandlung. Das Gericht trennt diesen Fall scharf von dem anderen. Ein überaus trübes Bild entrollt sich vor den wenigen Zuhörern - die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen worden.

Der Angeklagte, noch nicht 40 Jahre alt, ist schon leicht ergraut, klein, schwächlich, von schlaffen Gesichtszügen. Das linke Auge ist ihm gleich zu Anfang des Krieges ausgeschossen worden. Er gilt seitdem für zu 50 Prozent arbeitsunfähig, klagte häufig über Schwindelanfälle, Schlaflosigkeit und Asthma. Er war an 15 verschiedenen Orten als Maler tätig, nachdem er sich, vom Militär entlassen, blutjung verheiratet hatte. Seine Arbeitgeber rühmten ihm Tüchtigkeit und Fleiss im Beruf nach. Von seiner pommerschen Heimat, wo er in dem Dorfe Stecklin mit Frau und fünf Kindern eine Stube, eine Kammer und Küche bewohnte, siedelte er 1929 nach Berlin über, weil seine Frau am Wohnort ihrer Eltern zu sein wünschte, und kroch hier in der Laubenkolonie "Blumenfreunde" dürftig unter. Ein einziger Raum von zwölf Quadratmetern Umfang stand der siebenköpfigen Familie zur Verfügung.

Schultz hat einen unversöhnlichen Feind, der vor Gericht "auspackt": den eigenen Schwiegervater. Schon im Jahre 1911, nicht lange nach der Verheiratung hat er ihn einmal verprügelt, dass er sich acht Tage ins Bett legen musste. Der Angeklagte hatte seine Schwiegermutter, die ihm wegen seiner Betrunkenheit Vorwürfe machte, vor die Brust gestossen; sehr abstinent war er wohl auch nicht gerade. Der Arbeitslohn von 160 Mark monatlich, zu dem noch 90 Mark Invalidenrente kamen - das war sein Verdienst als Bauwächter in Berlin - reichte nicht hin und nicht her. Schultz, sagt der Schwiegervater, habe wiederholt die Sachen, die ihm die Schwiegereltern für die Familie schickten, verkauft und den Erlös für sich verbraucht. Frau und Kinder seien dadurch in Not geraten. Einmal, als er betrunken nach Hause kam, habe er Frau und Kinder gesperrt, bis er seinen Rausch ausgeschlafen hätte.

Dass er seine Frau und seine Kinder misshandelt hat, gibt Schultz zu, desgleichen den intimen Verkehr mit seiner Tochter Erika, einem kleinen blonden Mädchen, das jetzt 14 Jahre alt ist und ebensowenig wie das elfjährige Brüderchen und die Kutter, eine verhärmte Frau von 46 Jahren, gegen den Vater aussagen will. Schon im Jahre 1925, als Erika erst neun Jahre zählte, und die Mutter einmal verzweifelt davongelaufen war, hatte die Tragödie angefangen. Der Angeklagte stellt sie so dar, als ob das Kind ihn verführt habe.

Er habe dieser Verlockung nicht widerstehen können. Demgegenüber wird von Zeugen mit Bestimmtheit bekundet, dass das Kind von ihm einmal mit dem Küchenmesser genötigt wurde, seinen Willen zu tun; dass sie ausserdem, von den Grosseltern vorübergehend aufgenommen, sich gestäubt habe, in die Wohnung des Vaters zurückzukehren.

Magnus Hirschfeld, der als Sachverständiger gehört wird, erblickt in dem Angeklagten einen schwer degenerierten, auf infantiler Stufe zurückgebliebenen Menschen, der unter den Folgen eines Kopfschusses, ferner unter der entsetzlichen Wohnungsnot und unter den Folgen des Alkoholismus schwer zu leiden hatte. Die freie Willensbestimmung im Augenblick der Tat - die verbrecherische Betätigung des Angeklagten hat sich über mehr als drei Jahre erstreckt - sei zwar nicht ausgeschaltet, aber stark herabgesetzt gewesen.

+ + +  
Schwerer Autounfall Brolats. Der Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft Friedrich Brolat ist bei einem Autounfall in Berlin-Lichtenberg erheblich verletzt worden. Er erlitt einen Unterarmbruch und wurde ausserdem durch Schnittwunden schwer verletzt. Auch sein Begleiter, Dr. Lademann, trug schwere Verletzungen davon.

+ + +  
Schwerer Unfall beim Ankerlichten. Als das in dem hinterpommerschen Hafen Stolpmünde liegende Motorschiff "Hedwig" der Hamburger Ippenlinie am Donnerstag morgen seine Anker lichtete, brach die Winde, wodurch der Anker in die Tiefe sauste. Der Matrose Garzke aus Stettin wurde getötet, zwei andere Matrosen sind schwer verletzt worden.

+ + +  
Ueberfall auf Postauto. In der Nähe von Kreuzburg in Oberschlesien wurde ein nach Konstanz fahrendes Postauto von Banditen überfallen und ausgeraubt. Im Wagen sass als Reisende nur eine Krankenschwester. Der Chauffeur fuhr in ziemlich schnellem Tempo, als er plötzlich einen Baum quer über die Strasse liegen sah. Der Fahrer stoppte, um das Hindernis beiseite zu räumen, stellte aber fest, dass der Baum nicht vom Sturm auf die Strasse geschleudert worden war, sondern offenbar absichtlich dorthin gelegt. Plötzlich stürzte ein Mann aus dem Dunkel des Waldes, der den Chauffeur mit vorgehaltenem Gewehr zwang, sich vom Wagen zu entfernen und das Gesicht vom Schauplatz abzuwenden. Ein zweiter Mann entriss dem Fahrer die Schlüssel und öffnete ein Fach des Postautos, dem er fünf Briefbeutel, die im ganzen 1425 Mark bares Gold enthielten, entnahm. Die Krankenschwester wurde nicht belästigt. Nach gelungenem Raub flohen die Wegelagerer und entkamen im Wald. Als durch den schleunigst nach Kreuzburg zurückgefahrenen Chauffeur Postamt und Polizei benachrichtigt worden waren, wurde durch ein grosses Aufgebot von Landjägern die Verfolgung, die aber bis jetzt ergebnislos verlief, aufgenommen.

+ + +  
Eine Maizenafabrik niedergebrannt. Die grosse Maizen- und Stärkefabrik der Firma Honig in Nijmegen brannte aus noch ungeklärter Ursache völlig nieder. Die gewaltigen aufgestapelten Maismengen boten dem Brand gute Nahrung. Obwohl selbst die Feuerwehr aus dem nahen Kleve zu Hilfe kam, war an Rettung nicht zu denken. Ein grosser Teil der Belegschaft ist arbeitslos geworden.

+ + +  
Gutbezahltes Lächeln. In England starb die vor dem Krieg sehr gefeierte Soubrette Mary Studholme im Alter von 54 Jahren, die so süss lächeln konnte, dass ihr Porträt massenweise auf Ansichtspostkarten verbreitet worden war. Mary Studholme war lange Zeit die am meisten photographierte Künstlerin Gross-Britanniens. Sie verdiente mit ihrem Lächeln in der Hochblüte dieser Mode im Jahre etwa 6000 Mark allein damit, dass sie sich photographieren liess.

Gefängnis für Bankdirektoren. Wegen Betruges, Untreue und Bilanzverschlei-  
erung wurde der frühere Leiter der Kieler Bank, Direktor Glahn, zu zwei einhalb  
Jahren Gefängnis verurteilt und der Direktor Jacobsen zu einem Jahr neun Mona-  
ten Gefängnis. Die ausserdem verhängten Geldstrafen von 3000 und 1500 Mark wur-  
den auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

+ + +  
Fliegerdrama über dem Meer. Ein mit zwei Fliegern besetztes dänisches  
Flugzeug stürzte am Donnerstag in den Grossen Belt. Es dauerte einige Stunden,  
bis das Flugzeug gefunden wurde. Der Apparat war vollkommen zertrümmert, die  
Insassen waren tot. Mit der verunglückten Maschine war vor einigen Jahren ein  
Flug nach Tokio und zurück unternommen worden.

+ + +  
Verfahren gegen den falschen "Mörder". Die Düsseldorfer Kriminalpolizei  
teilt mit, dass der letzte, von der kommunistischen Zeitung "Freiheit" veröf-  
fentlichte Mörderbrief, der nach seiner Beschlagnahme bei Sanitätsrat Dr. Mag-  
nus Hirschfeld von Schriftsachverständigen untersucht wurde, nach amtlicher  
Prüfung nicht mit dem ersten Mörderbrief (Papendeller Spitze) übereinstimmt,  
sondern eine bewusste Fälschung darstellt. Gegen den Urheber des Briefes ist  
ein Verfahren eingeleitet.

+ + +  
Freitod eines Schupomannes. In Recklinghausen hat sich in den Diensträumen  
der Fahrbereitschaft der Schutzpolizei am Donnerstag ein 26 jähriger unverhei-  
rateter Polizeiwachtmeister in Gegenwart eines anderen Beamten mit seiner Diens-  
waffe erschossen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Dienstliche Verfehlungen  
des Beamten liegen nicht vor.

+ + +  
Todesurteil in Landshut. Vom Schwurgericht Landshut wurde der Hilfsarbei-  
ter Georg Oberndorfer zum Tode verurteilt. Der Angeklagte hatte in einem Walde  
bei Kläham seine Frau mit Schlägen und Messerstichen ermordet. Obschon er  
selbst bei der Verhandlung, in der er durch 30 Zeugen schwer belastet wurde,  
nur Totschlag vorgab, da er seine Frau nicht mit Vorsatz sondern im Verlaufe  
eines erregten Sträites getötet haben will.

+ + +  
Numerierte Polizei. Auf Grund eines Vorschlages des Polizeipräsidenten Zör-  
giebel wird vermutlich die Berliner Polizei von ihrem Kommandeur bis zum jüng-  
sten Wachtmeister Nummernschilder bekommen. Der Polizeipräsident ist der Auf-  
fassung, dass das Endziel der wirklichen Volkspolizei um so leichter zu errei-  
chen ist, wenn besonders übereifrige oder besonders schneidige Beamte dadurch  
zur rechten Dienstauffassung erzogen werden können, dass sie durch ihre Dienst-  
nummern für jedermann kenntlich und für ihr Vorgehen persönlich haftbar ge-  
macht werden können.

+ + +  
Abgestürzter Meisterflieger. Ueber dem Flugfeld von Ottawa ist der berühmte  
kanadische Meisterflieger William George Barker bei einem Probeflug mit einem  
neuen Verkehrsflugzeug abgestürzt und sofort getötet worden. Der verunglückte  
Barker hat im Weltkriege 52 deutsche Kampfflugzeuge zu Boden geschossen.

+ + +  
Diner nach der - Postkarte. Ein geschäftstüchtiger Restaurateur in Paris  
hat ein Lokal eröffnet, in dem er den Kundendienst aufs feinste organisiert hat.  
Wer sein Leibgericht nicht auf der Karte findet, erzählt dies dem Wirt, der  
sich die Sorge des Gastes, falls nicht doch noch deren sofortige Beseitigung  
möglich sein sollte, vornotiert und dann am Tage, an dem das Gewünschte bei  
ihm zu haben ist, dem Kunden eine entsprechende Nachricht per Postkarte zuge-  
hen lässt. Die Neuerung soll sich sehr bezahlt machen.

+ + +

Deutsche Eisenbahnen in Afghanistan. Auf Grund eines von Nadir Khan be-  
stätigten Auftrages des Exkönigs Amanullah worden in Kürze deutsche Ingenieu-  
re nach Afghanistan reisen, um dort die erste afghanische Eisenbahn zu bauen,  
die von Kabul nach Jellalabad führt. Später soll die Bahn bis zur indischen  
Grenze verlängert werden.

+ + +  
Kleinbahn rammt Autobus. Ein mit 20 Arbeiterinnen besetzter Autobus sties  
bei dem Kölner Vorort Brück mit einem Kleinbahnzug zusammen; der Autobus wurde  
zertrümmert, von seinen Insassen sind fünf Arbeiterinnen und der Chauffeur  
schwer verletzt worden.

+ + +  
Ein falscher Zeileis-Arzt. Ein gewisser Werner Buch, der sich als Arzt  
Dr. Werner Schubert ausgegeben hatte und auf Grund falscher Zeugnisse als Assi-  
stenzarzt in dem neugegründeten Berliner Zeileis-Institut angestellt worden  
ist, wurde von der Berliner Kriminalpolizei wegen verschiedener Betrügereien,  
die ihm von der Leipziger Staatsanwaltschaft zur Last gelegt werden, verhaftet.  
Bei der Verfolgung von Geldschrankeinbrechern hatte die Berliner Kriminalpoli-  
zei in Erfahrung gebracht, dass einer der gesuchten Verbrecher wiederholt in  
der Gesellschaft eines angeblichen Arztes gesehen wurde. Bald erfuhr auch die  
Polizei, dass dieser angebliche Mediziner der 30 Jahre alte frühere Student  
Werner Buch ist, der aus Waldenburg i. Sachsen stammt. Acht Semester hat Buch  
Medizin studiert, geriet aber dann, bevor er zum Doktor promovierte, in den  
Einfluss einer Verbrecherkolonne, die u.a. im Jahre 1928 in Berlin eine Serie  
von Einbrüchen verübte, bei der ihr Teppiche im Werte von einer halben Million  
Mark in die Hände fielen. An der Veräusserung der Beute war Buch aktiv betei-  
ligt. Einmal auf die schiefe Bahn geraten, verübte er noch mehr Betrügereien,  
zum Teil auch in seiner sächsischen Heimatstadt, in die er mittlerweile zurück-  
gekehrt war.

Als Buch las, dass der leitende Arzt des Berliner Zeileis-Institutes ei-  
nen Assistenzarzt suchte, bewarb er sich mit einem so geschickten Schreiben,  
dass er, zumal er bei einer persönlichen Aussprache einen guten Eindruck mach-  
te, angestellt wurde. Er gab an, dass er in München studiert, auch dort promo-  
viert und eineinhalb Jahre am Elektromedizinischen Institut gearbeitet hätte.  
Tatsächlich ist Buch, wie sich bei dem ersten Verhör ergab, auch schon in mehr  
als zehn deutschen Heilanstalten in der Provinz tätig gewesen, ohne dass,  
von einem einzigen Fall abgesehen, jemals die Vorzeigung seines Doktordiploms  
verlangt worden wäre. In Westdeutschland arbeitete Buch in einer Privatklinik,  
wo man ihm gleichfalls ohne weiteres glaubte, dass er den Doktorgrad besäße.  
Die Klinik stellte dann ein ganz anständiges Zeugnis aus, mit dem Buch dann  
eine zweite Anstellung erhielt, ein Betrugsspiel, das er noch eine ganze Weile  
fortsetzte und bei dem ihm immer wieder seine Tätigkeit auf den Namen Dr. Schu-  
bert bestätigt wurde. Es ist interessant genug, zu wissen, dass er auch bei  
der Berliner Zeileis-Anstellung nicht nach dem Diplom gefragt worden ist, son-  
dern dass nur ein paar Fragen gestellt worden sind, die nach der Aussage des  
Buch von jedem Hörer jeder medizinischen Vorlesung schon nach dem zweiten Seme-  
ster beantwortet werden können.

+ + +  
Gefasste Raubmörder. In Schlesien wurden der 20 Jahre alte Metalldreher  
Radzimanowski und der 26 Jahre alte Arbeiter Pätzold festgenommen, die am Sonn-  
abend auf dem Wege von Hirschberg nach Canna ermordet aufgefundene Arbeiterin  
Lina Trampler getötet haben.



## Springfield gegen Indianapolis.

### Konflikt im amerikanischen Grubenarbeiterverband.

SPD. In der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gärt es. Der Vorstoss der Fortschrittler in der Negerfrage ist ein Zeichen dafür. Die grosse Organisationskampagne im Süden ist ein weiteres Symptom; denn sie zeigt, dass in der amerikanischen Arbeiterbewegung immer stärker das Bedürfnis nach Aktivität sich geltend macht. Der seit langem unterirdisch schwelende Konflikt innerhalb des amerikanischen Grubenarbeiterverbandes ist nunmehr zu einer offenen Revolte gegen unmögliche Führer geworden. Der Organisationskonflikt der Bergleute rührt an die Grundfesten und von seinem Ausgang wird es abhängen, ob die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ein neues Gesicht erhält, ob die vorwärtsdrängenden Elemente sich durchsetzen und der Bewegung neuen Elan und Erfolg bringen.

Im Konflikt des Grubenarbeiterverbandes stehen auf der einen Seite die Kohlenarbeitergewerkschaften des Staates Illinois, auf der anderen Seite steht der Verbandspräsident John L. Lewis. Die Exekutive der Bergleute des Staates Illinois hat sich mit einem Aufruf an die gesamte Grubenarbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Kanadas gewandt, worin eine grundstürzende Reorganisation des Verbandes verlangt wird. Gleichzeitig wurden alle Ortsgruppen aufgefordert, Delegierte zu dem von den Illinoiser Reformern einberufenen nationalen Bergarbeiterkongress in Springfield zu entsenden. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Green hat die Einladung zur Tagung in Springfield abgelehnt, dagegen eine die für Indianapolis, wo die reguläre Zusammenkunft unter Lewis stattfindet, angenommen.

Bei dem Konflikt handelt es sich nicht um eine Kraftprobe zwischen radikalen Draufgängern und Gemässigten. Die Führer der Grubenarbeiter von Illinois sind keine radikalen Heissporne; sie bekleiden in der American Föderation of Labor angesehene Stellungen. Sie betrachten die sozialen und gewerkschaftlichen Fragen mit kühlem Blick, aber eben deswegen sind sie für eine Kursänderung im Grubenarbeiterverband, der in den letzten Jahren anscheinend zu einem Spielball selbstherrlicher Elemente geworden ist. Die Geschichte des Konflikts ist die Geschichte des Verfalls des Verbandes, an dessen Spitze seit 1919 John L. Lewis steht. Als er die Präsidentschaft antrat, verfügte der Verband über mehr als 500 000 Mitglieder. Alle wichtigen amerikanischen und kanadischen Kohlendistrikte standen unter Verbandskontrolle. Die Finanzlage des Verbandes war glänzend - kurz, der Grubenarbeiterverband war der Stolz der Arbeiterbewegung in U.S.A. Und heute? Von den 170 000 Weichkohlenarbeitern des Bockens Pennsylvania sollen nur noch 1300 dem Verband angehören. In Ohio ist die Zahl der Mitglieder von 40 000 auf knapp 1000 heruntergegangen. Die Weichkohlendistrikte von Arkansas, Oklahoma und Texas sind völlig verloren gegangen; Iowa, Kansas, Colorado und die Distrikte im fernen Westen sind organisatorisch bis auf den Grund erschüttert. Die Grubenarbeiterorganisationen in Kentucky, West-Virginia, Alabama und Tennessee sind tot; ihre Arbeiterschaft ist dem Diktat der Kohlenbarone unterworfen. Nur die Organisationen von Indiana und Illinois haben sich behauptet; mit ihren 64 000 Mitgliedern umfassen sie heute etwa zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes in U.S.A. und Kanada.

Woher diese fürchterliche Wandlung? Zweifellos haben hier nicht nur per-

sönliche Fehler sondern auch starke wirtschaftliche Momente mitgespielt. Der amerikanische Weichkohlenbergbau macht seit dem Jahre 1922 eine Krise nach der anderen durch. Die amerikanische Bergbaukrise gibt an Intensität der englischen nicht viel nach. Das alles schafft aber doch nicht die Tatsache aus der Welt, dass eine starke und selbstbewusste Gewerkschaftsbewegung zu Grunde gerichtet worden ist, die lange Zeit für die amerikanische Arbeiterschaft ein Vorbild war. Schwere Fehler der Führung liegen unzweifelhaft vor; denn ganze Gruppen, die sich erlaubten, eine andere Meinung als die der Verbandsleitung zu haben, sind zerstört worden. Den Diktatorallüren wurde nach der Darstellung der Fortschrittler die Krone aufgesetzt, als die Lewis-Leitung daran ging, sich der Organisationen von Illinois zu bemächtigen, sie durch Schikanen und Strafmassnahmen gefügig zu machen, die widerstrebenden Elemente an die Luft zu setzen und Kreaturen in deren Posten zu bringen. Lewis, dem die Autonomie des Distriks, der finanziell noch gesund ist, ein Dorn im Auge gewesen sei, habe versucht, im Widerspruch zu den Verbandsstatuten in Illinois einzudringen. Er habe damit die Existenz des Distriktes und damit auch die des Verbandes aufs Spiel gesetzt. Daher schliesslich die offene Revolte gegen den allmächtigen Verbandspräsidenten.

Wie die Kraftprobe ausgehen wird, ist im Augenblick trotz der Absage Green an Springfield noch ungewiss. Jedenfalls geht es um Leben und Tod des Verbands. Schon liegen die Unternehmer auf der Lauer, um eventuell dem sterbenden Löwen einen Fusstritt zu geben. Dass die Kommunisten sich in den Kampf einzumischen versuchen, versteht sich von selbst. Bezeichnenderweise stehen sie auf der Seite der Lewis-Autokratie und gegen die Fortschrittler, weil sie keine Gesundung wollen.

---

SPD. Die Ruberoid Aktien-Gesellschaft Hamburg - einer der grössten Betriebe, die teerfreie Dachpappe herstellen - steht auf dem Standpunkt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Dachdeckungsbetrieben, die sie in verschiedenen Städten Deutschlands besitzt, entgegen dem Tarifvertrag nach ihren Willen zu diktieren. Die Löhne sind bis zu 14 Pfg. geringer als sonst im Dachdeckergerwerbe. Den Arbeitern werden Kautionen bis zu Hundert Mark einbehalten, um die sehr oft geklagt werden muss. Einerlei wo die Leute beschäftigt sind, ob in Königsberg, Breslau, Frankfurt a.M. oder sonst in einem Orte Deutschlands, die Prozesse müssen in Hamburg ausgetragen werden, weil es die Firma so bestimmt. Bei dieser Firma bestehen noch Arbeitsbedingungen, wie sie vor 30 und 40 Jahren üblich waren. Seit Jahren bemühte sich der Zentralverband der Dachdecker einen Vertrag abzuschliessen, der den Arbeitern menschenwürdige Arbeitsbedingungen sichert. Das gelang, wenn auch nicht ganz, im Jahre 1929. In diesem Jahre ist der Versuch an der provozierenden ablehnenden Haltung der Geschäftsleitung gescheitert.

Die Ruberoidwerke führen sehr viel Dachdeckungsarbeiten für Behörden und Baugenossenschaften aus. Diese Stellen sollten bei Vergebung von Arbeiten an die Gesellschaft fordern, dass in die Verträge die Verpflichtung genommen wird, den Tarifvertrag für das Dachdeckergerwerbe anzuerkennen. Die Bauarbeiter aber müssen darauf achten, dass die bei der Gesellschaft beschäftigten Arbeiter sich der Organisation anschliessen und die achtstündige Arbeitszeit einhalten, die bei der Firma stark durchbrochen wird.

---

SPD. Der Jahreskongress des bulgarischen freien Gewerkschaftsverbandes, der dieser Tage in Sofia stattfand, war im wesentlichen von organisatorischen und taktischen Fragen beherrscht. Der Geschäftsbericht zeigte, dass der Verband im letzten Jahr keinerlei Fortschritte gemacht hat, sondern im Gegenteil noch weiter geschwächt worden ist. Daran ist nach der Auffassung des Kongresses in erster Linie die Zersetzungsarbeit der Kommunisten schuld. Die Helfershelfer Moskaus sind mit reichlichen Geldmitteln ausgestattet. Sie finden aber auch in der durch die grosse Wirtschaftskrise verursachten Not der Arbeiter einen günstigen Boden für ihre Wühlerei. Dazu kommt, dass leider die Leitung des freien Gewerkschaftsverbandes viel zu wünschen übrig liess, wie aus der Kritik des Kongresses deutlich hervorging. Der bisherige Generalsekretär Danow musste seiner Funktionen enthoben und ausgeschlossen werden.

Für verstärkte Agitationsarbeit hat der Kongress Richtlinien festgelegt, ebenso hat er einen Ausbau des Verbandsorgans "Arbeiterfahne" vorgesehen. Angesichts der immer schärfer werdenden Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte will man vor allem die Propaganda unter den zahlreichen Tabak- und Textilarbeiterinnen künftighin mit grosser Energie durchführen, um diese Arbeiterinnen zu organisieren und sozial zu heben.

An dem Kongress nahmen 69 Delegierte von 37 angeschlossenen Organisationen sowie der Sekretär des IGB, Sassenbach, teil. Ferner waren auf der Tagung auch Beobachter der grossen Verbände der Staatsangestellten, der Eisenbahner, der Postbeamten und Postarbeiter sowie der Lehrer anwesend. Diesen Verbänden ist der Anschluss an die Gewerkschaftszentrale durch Gesetz verboten. Dieses Verbot spielte auch in einer Unterredung, die Sassenbach mit dem Ministerpräsidenten Liaptschew und den zuständigen Behörden hatte, eine Rolle. Auf Seiten der Regierung erklärte man sich bereit, einem Anschluss der Staatsarbeiter keine Schwierigkeiten mehr bereiten zu wollen; das Anschlussverbot für die staatlichen Beamten und Angestellten dagegen solle bestehen bleiben.

---

SPD. Die Lügen über die Berliner Bauhütte, die von der kommunistischen Presse aufgebracht und vom "Deutschen" weiter kolportiert worden waren, sind noch immer nicht verstummt. Gegenüber dem albernen Gerede, dass die Bauhütte Berlin ihr 10-jähriges Bestehen in der "Scala" mit einem Kostenaufwand von rund 100 000 Mark gefeiert habe, sei deshalb noch einmal festgestellt, dass der grosse Saal der Scala gewählt wurde, weil weder die Volksbühne noch das Grosse Schauspielhaus noch irgendein anderer grosser Saal für 2000 - 2500 Personen zu erhalten war. Als Miete für den Saal einschliesslich Garderobe und Heizung hatte die Bauhütte 1 650 Mark, für den Sängerkhor, die mitwirkenden Künstler, die Musik sowie sonstige Unkosten die Summe von 2500 Mark zu zahlen, sodass die gesamten Unkosten für die Feier sich auf 4 200 Mark beliefen. Ausser diesen Unkosten hatte die Bauhütte Berlin schon vor der Feier 10 000 Mark der Wohlfahrtskasse des Betriebes, die von dem Betriebsrat verwaltet wird, zur Unterstützung erkrankter und in Not geratener Betriebsangehöriger überwiesen. Vielleicht sind nun die Lastermäuler gestopft.

---

SPD. In der Kopenhagener Eisenindustrie droht ein Streik auszubrechen. Augenblicklich wird von den Schlichtungsstellen der Versuch gemacht, eine Einigung der Parteien vorzubereiten. Kommt es zum offenen Konflikt, dann dürften 3000 weibliche Arbeitskräfte streiken und weitere 3000 Arbeiter infolge des Streiks feiern.

## Zusammenbruch der Metallmärkte.

(Katastrophaler Preisrückgang für fast alle Metalle)

SPD. Das Bild ständig rückläufiger Preise in der Landwirtschaft wird durch einen beispiellosen Preissturz auf den Metallmärkten ergänzt. Lediglich Kupfer konnte seinen Preis behaupten. Nun ist die Absatzlage für Kupfer kaum besser als die für andere Metalle. Allerdings ist man dabei, die Produktion ganz erheblich zu drosseln. So soll in der amerikanischen Bergwerksgewinnung eine 30%ige Einschränkung durchgeführt sein; man rechnet auch damit, dass die Raffineriebestände nicht mehr zunehmen. Die Drosselung scheint aber dem zurückgegangenen Absatz nicht zu entsprechen. Der Kupferpreis wird also lediglich durch die Kapitalkraft des internationalen Kupferkartells gehalten. Trotz der unleugbar grossen Machtmittel des Kartells nimmt man in Fachkreisen an, dass dieses sich auch demnächst mit dem Gedanken einer Preisermässigung vertraut machen muss.

Im Vordergrund des Interesses stand der Sturz der Bleipreise. Es handelt sich wieder mal um einen in Schwierigkeiten geratenen Valorisationsversuch. Eine vornehmlich aus Engländern bestehende Gruppe hat seit Monaten den Bleipreis manipuliert. Um den Preis auf der Höhe zu halten, musste die Spekulationsgruppe immer grössere Bestände aufhäufen, bis sie eines guten Tages von den Baissiers überrannt wurde. Die Bleipreise gaben um rund 15 % nach. Dabei kann die Anpassung der Produktion nur sehr schwer an den Bedarf durchgeführt werden. So wird z.B. die deutsche Bleigewinnung mit über 10 230 Tonnen im Januar als nur sehr wenig gegenüber dem Monat Dezember 1929 verändert angegeben.

Der Zinkpreis nimmt gegenwärtig einen Tiefstand ein, den man seit der Jahrhundertwende, also seit 30 Jahren, noch nicht erlebt hat. Auch hier ist die Preisgestaltung auf eine ungewöhnlich hohe Weltproduktion und auf einen sehr eingeschränkten Bedarf zurückzuführen. Eine wirkliche Drosselung der Produktion scheint nur in den letzten Monaten in Amerika vorgenommen worden zu sein. Die anderen Länder produzieren weiter und zwar scheint die Produktionssteigerung mit den Verhandlungen zusammenzuhängen, die auf Errichtung eines neuen Syndikats hinzielen. Die Produzenten wollen in diesem Syndikat möglichst hohe Quoten haben. Deshalb wird die Produktion gesteigert. Aus diesen ungesunden Verhältnissen erklärt sich der Preistiefstand von selbst.

Am Zinnmarkt hat sich die Abwärtsbewegung der Preise weiter fortgesetzt. Man kann sogar von einem katastrophalen Rückgang der Preise sprechen. Vor allem hat die ungünstige Monatsstatistik für Februar bedenklich auf die Preisbildung eingewirkt. Die Weltvorräte zeigen einen Rekordzuwachs. Allerdings rechnet man mit einer Besserung der ganzen Situation, wenn die Produktionsdrosselung in der nächsten Zeit kräftiger durchgeführt wird.

SPD. Der Gesamtfehlbetrag für das laufende Rechnungsjahr wird bis einschliesslich Januar 1930 vom Reichsfinanzministerium mit 1138,7 Millionen Mark angegeben.

Im ordentlichen Etat ergibt sich für den Monat Januar 1930 ein Überschuss von 132,9 Millionen Mark. Dadurch wird der Fehlbetrag aus dem laufenden Steuerjahr (April 1929 bis Januar 1930) auf 62,2 Millionen Mark heruntergedrückt. Dazu kommt jedoch der Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 154,4 Millionen Mark. Das ergibt insgesamt im ordentlichen Etat bis Ende Januar 1930 einen Fehlbetrag von 216,6 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat liegt für den Monat Januar ein Defizit von 20,9 Millionen Mark vor. Da sich im laufenden Rechnungsjahr ein Überschuss von 3,3 Millionen Mark ergeben hat, macht das Defizit für April 1929 bis einschliesslich Januar 1930 = 17,6 Millionen Mark aus. Dazu kommt ein Fehlbetrag aus dem Vorjahr mit 904,5 Millionen Mark, wodurch sich das Defizit auf 922,1 Millionen Mark erhöht.

Über die Kassenlage des Reiches für Ende Januar 1930 wird folgendes mitgeteilt: Vorhanden waren 1734 Millionen Mark. Davon wurden 1577 Millionen Mark verausgabt. Es verblieb somit ein Bestand von 157 Millionen Mark gegenüber 34 Millionen Mark Ende Dezember. Die Besserung darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Reichskasse am Ende dieses Monats mit grösseren Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Die schwebende Schuld hat sich von 1694,1 Millionen Mark Ende Dezember 1929 auf 1727,6 Millionen Mark Ende Januar 1930 vermehrt. Die Steigerung geht auf vermehrten Umlauf von Schatzanweisungen und Reichswechseln zurück. Ausserdem ist ein Betriebskredit bei der Reichsbank in Höhe von 44 Millionen Mark in Anspruch genommen worden. Die Summe der kurzfristigen Darlehen ging von 327,1 Millionen Mark auf 254,1 Millionen Mark zurück.

SPD. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine gibt einen Überblick über die Entwicklung während des Jahres 1929, dem wir folgendes entnehmen:

	<u>1914</u>	<u>1924</u>	<u>1928</u>	<u>1929</u>
Zahl der angeschlossenen Genossenschaften	1109	1275	1024	991
Zahl der Mitglieder	1 717 519	3 444 218	2 896 756	2 992 278
Eigener Umsatz in Millionen Mark	486,41	548,74	1124,49	1242,30
Durchschnittsumsatz je Mitglied in Mark	283,27	159,32	388,19	415,17
Geschäftsguthaben je Mitglied in Mark	19,41	4,35	18,32	20,42
Geschäftsguthaben in Prozenten des Jahresumsatzes	6,85	2,73	4,72	4,92
Spareinlagen in Millionen Mark	79,10	49,48	297,49	374,01
Spareinlagen je Mitglied in Mark	46,06	14,37	102,70	124,99

Der Rückgang der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften erklärt sich in der Hauptsache durch Verschmelzung. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen wird durch die Beseitigung der bekannten "Papiersoldaten" charakterisiert. Die Veröffentlichung des Zentralverbandes enthält die Aufforderung, die Generalbereinigung der Mitgliederliste überall dort, wo das noch nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit geschehen ist, sofort durchzuführen. Trotz Ausscheidens der "Papiersoldaten" hat sich der Mitgliederbestand im Jahre 1929 erhöht. Die Vermehrung des Umsatzes um 10,5 % steht gegenüber der im Jahre 1928 erzielten Umsatzsteigerung (14,5%) zurück. Die Erhöhung des Durchschnittsumsatzes je Mitglied wird als befriedigend angesprochen.

Die Betriebsmittel der Konsumvereine sind durch das bemerkenswerte Anwachsen der Spareinlagen von 297 Millionen Mark auf 374 Millionen Mark bedeu-

tend gestärkt worden. Die eigenen Betriebsmittel der Konsumgenossenschaften (Anteilguthaben der Mitglieder und Rücklagen aller Art) haben sich bei weitem nicht in dem Masse vermehrt, als der wichtigste Teil der aufgenommenen Betriebsmittel (Spareinlagen). Die Mitgliederguthaben stiegen von 53,1 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 61,1 Millionen Mark im Jahre 1929. Fast die gleiche Entwicklung weisen die Rücklagen aller Art auf.

Die am Jahresschluss ausgewiesenen eigenen Betriebsmittel in der Höhe von 123 Millionen Mark genügen dem jetzigen grossen Umfang der konsumgenossenschaftlichen Güterversorgung nicht. Zur Erzielung eines Umsatzes von 1 1/4 Milliarden Mark soll nach den seit langem geltenden, bewährten Grundsätzen der deutschen Konsumgenossenschaften ein erheblich höherer Betrag an eigenen Betriebsmitteln verfügbar sein. In der Vorkriegszeit war das Verhältnis zwischen den eigenen Betriebsmitteln und dem Umsatze der Konsumgenossenschaften wesentlich günstiger als im Jahre 1929. Der konsumgenossenschaftliche Umsatz des Jahres 1914 in Höhe von 486 Millionen Mark wurde mit einem konsumgenossenschaftlichen Eigenkapital von 58 Millionen Mark erzielt. Während die eigenen Betriebsmittel im Jahre 1914 noch 11,96 % des Jahresumsatzes darstellten, betrug der Verhältnissatz für das Jahr 1929 nur 9,87 %.

Der weiteren Verschlechterung kann vorgebeugt werden durch eine vermehrte Zuweisung an die offenen Rücklagen (für die sich in den letzten Jahren gute Ansätze gezeigt haben) und durch die in der Nachkriegszeit vielfach vernachlässigte Erhöhung des Geschäftsanteils.

Die grundlegende Ursache der in den meisten Konsumgenossenschaften betriebenen Hinauszögerung der längst notwendig gewordenen Geschäftsanteilerhöhung ist in dem Umstand zu suchen, dass in den letzten Jahren in den Verbraucher-genossenschaften trotz der immer grösser werdenden Anforderungen an die konsumgenossenschaftliche Güterversorgung ein Mangel an Betriebsmitteln nicht vorhanden war. Der unaufhörlich fliessende Strom der konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen sorgte stets für eine gewisse Geldfülle. Das ist so geblieben bis auf den heutigen Tag. Doch das "Schwimmen im Gelde", - das den Konsumgenossenschaften von ihren mittelständlerischen "Freunden" nicht ganz ohne Recht "bescheinigt wird", darf nicht dazu führen, dass die seit jeher von den Verbrauchergenossenschaften anerkannten grundsätzlichen Notwendigkeiten unbeachtet bleiben. Zu diesen konsumgenossenschaftlichen Notwendigkeiten gehört die Schaffung eines gesunden Verhältnisses zwischen den eigenen und den fremden Betriebsmitteln. Den verantwortlichen Körperschaften des grössten Teiles der im Zentralverbände vereinigten Konsumvereine erwächst in der kommenden Zeit die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die seit mehreren Jahren ein wenig in den Hintergrund getretene Stärkung der eigenen Betriebsmittel nunmehr mit dem erforderlichen Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein in Angriff genommen und durchgeführt wird.

Der Umsatz der Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG) hat sich von 157,5 Millionen Mark im Jahre 1914 und 444,4 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 501,4 Millionen Mark im Jahre 1929 erhöht. Im Jahre 1914 machte der Umsatz der GEG 31,95 % des Gesamtumsatzes der Konsumgenossenschaften aus; im Jahre 1928 = 39,52 %. Der Prozentsatz ist im Jahre 1929 auf 40,36 % gestiegen. Der Umsatz der GEG-Produktivbetriebe erhöhte sich von 10,44 Millionen Mark im Jahre 1914 und 104,72 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 123 Millionen Mark im Jahre 1929. Im Jahre 1914 machte dieser Umsatz 2,12 % des genossenschaftlichen Umsatzes aus, im Jahre 1928 = 9,31 % und im Jahre 1929 = 9,97%.

#### ----- Amtliche Kartoffelnotierungen. -----

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,60 bis 1,90, Rote 1,70 bis 2,10, gelbfleischig (ausser Nierenkartoffeln) 2,40 bis 2,60 Mark.  
-----

Stetig bei geringen Umsätzen.

(Berliner Getreidebörse vom 13. März)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in stetiger Haltung bei recht geringfügigen Umsätzen. Die Kurse am Markte der Zeitgeschäfte zeigten nur wenig Veränderungen und zwar beim Roggen nach oben, beim Weizen nach unten. Im Handel mit prompter Ware wurden für beide Brotgetreidearten etwa die gleichen Preise wie am Vortag erzielt; das Angebot hat sich dabei keineswegs vergrößert. Vom Auslande, namentlich aus Südamerika, werden wesentlich niedrigere Forderungen gemeldet. Am Mehlmarkt hielt die lustlose Stimmung weiter an. Hafer konnte trotz schwacher Auslandsmeldungen seinen Inlandspreis behaupten.

	<u>12. März</u>	<u>13. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	232 - 235	232 - 235
Roggen	139 - 144	139 - 144
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	119 - 128	118 - 127
loco Mais Berlin	155 - 156	155
Weizenmehl	26,50-34,00	26,50-34,00
Roggenmehl	20,00-23,50	20,00-23,50
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 242 (Vortag-), Mai 251-251 1/4 (251 1/2), Juli 258 1/2 und Brief (259). Roggen März - (-). Mai 161 3/4-161 1/2-162 1/2 (161), Juli 164-165 (164), Hafer März - (-), Mai 130-131 Geld (130), Juli 137 1/2 und Geld (136 1/2).

-----  
Amtliche Eiernotierung.

(13. März)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 11 1/2, Kl.A.60 Gr.10-10 1/2, Kl.B.53 Gr.9-9 1/2, Kl.C.48 Gr.8; frische Eier, Kl.B.53 Gr.8 1/2, aussortierte kleine und Schmutzeier 6 1/2. Auslandseier: Dänen 18er 11 1/2, 17er 11, Holländer, Durchschnittsgewicht 60-62 Gr.10 1/4-11 1/4, Belgier 57 bis 58 Gr.9 3/4, Italiener usw. 57-58 Gr.9 1/4, Ungarn 8, Russen normale 7, Polen normale 7, kleine, Mittel-, Schmutzeier 6-6 1/2. In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 8 1/2, grosse 7 1/2, normale 6-6 1/2, Chinesen und ähnliche 5 1/2-7. Tendenz ruhig.

-----  
Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 13. März: I. 142 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz sehr ruhig.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 20

Berlin, den 13. März 1930.

Das neue Frauenideal der Männer.<sup>x</sup>

SPD. Im Grunde sollte man nicht von einem neuen Frauenideal der Männer schlechthin sprechen, denn das alte ist noch immer bei sehr vielen das Ziel ihrer Sehnsucht. Nicht gerade verwunderlich erscheint uns das, denn zunächst muss ja der Mann von heute auf vieles verzichten, was dem Manne von gestern Liebe und Sehnsucht wünschenswert machten. Er muss von dem Throne herabsteigen, den er sich in seinen Herrschaftsgelüsten selbst bereitet hat, und vor dem er am liebsten die Frau in Demut ersterbend knien sehen möchte. Er muss eine Reihe von Bequemlichkeiten aufgeben, deren Schaffung er als selbstverständlich bei der Frau voraussetzte. Er muss auf eine Reihe Privilegien verzichten, die er genoss, einfach aus der Tatsache heraus, dass er als Mann auf die Welt gekommen war. Selbst Männer, die sich nach aussen als Vorkämpfer der Frauenbewegung gebärden, sehen in ihrer eigenen Häuslichkeit eine Aenderung der alten Zustände nicht gerade begeistert sich vollziehen.

So ist es denn zu begrüßen, dass Fr. M. Hübner im Verlag von E. A. Seemann ein Buch "Die Frau von morgen" herausgegeben hat, in dem zahlreiche namhafte Dichter und Schriftsteller Stellung nehmen zu der Umwandlung des bisherigen Frauenideals. Verschiedene von ihnen begrüßen diese Umwandlung, und es wäre interessant zu wissen, ob ihre schönen theoretischen Ausführungen auch der Praxis des Lebens standhalten. Es wäre wohl auch gut, wenn es einmal unternommen würde, der "Frau von morgen" den "Mann von morgen" gegenüberzustellen, d. h. zu schildern, wie sich die Frau von morgen das künftige Männerideal vorstellt. Heute finden wir nur zu oft noch, dass der Frau von morgen der Mann von gestern gegenübersteht. Das führt zu all den Konflikten, die wir gerade gegenwärtig so oft erleben. Die Entwicklung der Frau zu einem andern Ideal ist so rasch vor sich gegangen, dass eben viele Männer nicht folgen konnten. Eine wahre Harmonie wird erst zu erreichen sein, wenn der Mann begreift, wie viele neue Worte ihm die Frau von morgen bringt, und wenn die Frau versteht, durch diese neuen Werte dem Manne den Verlust alter Vorrechte zu ersetzen.

Alle siebzehn Mitarbeiter des Buches heben durchgängig das seelische Moment hervor. Sie fürchten (meiner Ansicht nach ganz irrtümlich), dass durch die Einstellung der neuen Frau, "die auch in der Liebe die alten männlichen Maßstäbe übernimmt, die nicht mehr umworben zu werden braucht, für die Liebe und Hingabe kein Ereignis mehr ist", der Mann einen schweren Verlust erleidet.

Ist es heute wirklich so, dass der Mann keine Widerstände mehr überwinden muss, dass er ohne Schwierigkeiten zu der ersten Umarmung kommt, dass die seelische Spannung zwischen den Geschlechtern einer unvorstellbaren Zerstörung ausgesetzt ist (Axel Eggebrecht, Alfons Paquet, Otto Flake)? Wenn Flake meint, dass es heute leicht sei, die Frau aus einer bürgerlichen Sphäre in die vitale zu versetzen, wozu früher der Verführer viel Geduld, Taktik und Talent brauchte, so muss er damit doch eine bestimmte Kategorie von Frauen meinen, die keineswegs das sind, was wir unter der Frau von morgen verstehen. Die Weibchen, die Puppen möchten wir ausschließen von diesem Begriff. Die Frau von morgen denkt garnicht daran, "den wichtigsten Akt, den Liebesakt zu banalisieren Gerade weil sie denkt und sich ihrer Verantwortung bewusst ist, wird für sie die Liebesstunde umso weihvoller sein, und sie wird erst recht ihr Weibtum

hochhalten. Die Frau von morgen wird, genau wie ihre Schwestern in der Vergangenheit, Mutter sein. Damit schafft sie Ewigkeitswerte, die nicht untergehen, so sachlich und technisch auch die neue Zeit sich entwickeln wird. Das erkennt Otto Flake, wenn er erklärt: "Die Frau allein verwaltet noch die Lebensmächte. Sie allein kann uns vor der äussersten Versachlichung bewahren."

Wenn Leo Matthias die Frage aufwirft: "Soll die Frau der Zukunft auch tausend Männer lieben und die Daten der Begegnung vergessen" (wie der Mann es tut), so möchte man darauf erwidern, mit welchem Rechte denn der Mann tausend Frauen liebt und schon vierzehn Tage darauf sich nicht mehr an den Tag der Bekanntschaft erinnern kann. Wenn die Männer fürchten, dass sie nicht mehr "werben" müssen, so ist diese Furcht sicher unbegründet. Sie haben im Gegenteil vielleicht mehr Schwierigkeiten als früher zu überwinden, denn die Frau von morgen ist nicht mehr ausschliesslich auf Liebe und Ehe eingestellt: Sie hat viel zu verschenken und fragt sich, ob ihr Geschenk des Gebers wert ist. Das ist der Widerstand in sich, den sie sich schafft, auch wenn sie keinen Widerstand mehr von aussen findet.

Am schönsten formuliert Frank Thiess das Idealbild der Frau von morgen: Nicht mehr Tochter der Hera ist sie ihm, sondern Tochter der Artemis. "Freier und widerstandsfähiger als der alte Frauentyp. In ihr dominiert der Lebensille. Denn diese neuen Frauen sind Töchter der grossen Emanzipation, die von der Frau das Aeusserste an Arbeitshingabe erfordert und dadurch die ethischen Fundamente für ein ausgeprägtes Pflichtbewusstsein legt.... Die Töchter der Artemis, die Amazonen, besitzen ein hohes Mass von Mut und Stolz, das sich auch in der Ehe nicht verliert". Die Frau von morgen will auch in der Ehe nicht sich selbst, nicht ihr Persönlichkeit aufgeben. Das mag für den Mann von gestern unbequem sein, wenn er noch fest wurzelt in dem alten Autoritätsgefühl. Aber wir werden auch Männer von morgen haben. Sie werden Verständnis haben für das neue Frauenideal und wissen, dass, wenn zwei starke Persönlichkeiten zusammenkommen, nur die innere Freiheit, die sie sich gegenseitig gewähren, zu höchsten Glücke führen kann.

Vielleicht findet sich bald eine Frau, die die Ansichten bedeutender Geschlechtsgenossinnen über den Mann von morgen zusammenstellt. Nur in dem Austausch von Meinungen, im Bemühen, sich gegenseitig zu verstehen und sich gemeinschaftlich einzustellen auf die neue Zeit, wird das "Gestern" überwunden werden und die Schaffung neuer Werte an Stelle alter verlorener möglich sein.

Anna Bloss.

---

### Madame Voisins schwarze Messen.<sup>2</sup>

---

SPD. Es war in Paris um die Wende des siebzehnten Jahrhunderts. In dichten Scharen strömte das Volk nach dem städtischen Richtplatz. Gab es doch heute eine ganz besondere Augenweide: Madame Voisin sollte auf direkten Befehl des Königs auf den Scheiterhaufen steigen, und der Henker von Paris, der selber eine ihrer vielen Liebhaber gewesen war, musste die verbrecherische Hexe eigenhändig zur Hinrichtung führen. Kein Wunder, dass man sich in allen Volksschichten für den Fall interessierte und nun schnell lief, um noch einen guten Platz zu bekommen. Einen Platz, von dem aus man bequem würde sehen können, wie dieses in den letzten Tagen vielgenannte Teufelsweib zur Hölle fahren würde.

Wer war Madame Voisin, und was hatte sie verbrochen? Nun, sie war eine der seltsamsten und zugleich satanischsten Frauen, von denen die Verbrecherchronik zu berichten weiss. Von jeher mit geheimen Künsten beschäftigt, hatte sie eines Tages ein Wahrsagekabinett eröffnet. Das war freilich um jene abergläubische Zeit nichts Aussergewöhnliches, doch das mysteriöse Dunkel, das die Voisin um-

schwebte, machte sie im Laufe der Zeit zur gesuchtesten Wahrsagerin von Paris. Arm und Reich schlich sich an den einzelnen Abenden in das zuerst nur den Eingeweihten bekannte Vorstadthaus, in dem die Voisin wohnte und ihren geheimnisvollen Zauber ausübte. Ihre Spezialität waren Liebestränke. Wüsste eine Frau einem Liebhaber zu gefallen, wollte sie ihren Mann los werden, war sie guter Hoffnung: das letzte und vermeintlich sicherste Mittel war die Hilfe der Voisin. Vornehme Frauen vom Hofe irrten nächtlich, tiefverschleiert, zu ihr; hochstehende Persönlichkeiten holten ihren Rat ein. Die Geliebten des Königs, sogar die Marquise de Montespan, kamen und brachten Gold ins Haus, erhielten einen Rat, ein Tränklein und beugten sich vor dem Hokusfokus dieses fürchterlichen Weibes. Selbst aus dem Auslande kamen Bedrängte; war doch der Ruhm ihrer Prophezeiungen, mit denen sie sehr klug und vorsichtig umging, weit über Paris hinausgedrungen.

Nicht zuletzt war es ein gewisser, raffiniert zurechtgemachter Humbug, mit dem diese Frau ihr Gewerbe ausübte. Wenn der Besucher aus dem Wartezimmer in ihren geheimnisvollen Salon gelassen worden war, sah er sich einem Weibe gegenüber, das, in einen roten Samtmantel gehüllt, auf einem Throne sass und den Eintretenden musterte. Dieser musste schliesslich vor dem Throne niederknien, sein Anliegen vorbringen und so die Orakelsprüche der Voisin entgegennehmen. Von diesen Sprüchen hing Wohl und Wehe der Besucherinnen ab. Man zitterte vor den Entscheidungen wie vor dem Urteilspruch eines Gerichts. In der Regel erhielt die Besucherin dann ein Tränklein, das sie, so oder so, um diese oder jene Zeit anwenden sollte. Diese Tränklein waren sehr häufig Gift.

Hatte die Voisin ihre allabendliche Arbeit erledigt, so gab sie sich genussüchtig wüsten Gelagen hin. Sie besass eine ganze Reihe von Liebhabern aus den verschiedensten Kreisen. Vom Henker von Paris bis zum Hofkavalier. Der dämonische Zauber, der sie umgab, lockte den einen, das Perverse ihres Tuns den andern. Tolle Orgien sind, wie historisch erwiesen ist, in ihren Räumen veranstaltet worden. Gewiss war das Treiben der ebenso raffinierten wie brutalen Frau den Behörden nicht unbekannt geblieben, doch da man wusste, dass hochstehende Persönlichkeiten daran teilnahmen, scheute man ein Vorgehen.

Die schlimmsten Sünden der Madame Voisin aber waren ihre sogenannten schwarzen Messen. Die las sie um Mitternacht in einem Keller, der mit schwarzem Tuch ausgeschlagen war. Ein lasterhafter Priester assistierte ihr dabei. Hier vollzogen sich die grauenhaften Verbrechen des Weibes, die ihren Namen berühmter machten und sie schliesslich auf den Scheiterhaufen führten. Die Voisin beschaffte sich regelmässig durch Hebammen oder von armen Dienstmädchen kleine, neugeborene Kinder, tötete sie, entnahm ihnen das Blut und vermischte es mit dem Blute von Maulwürfen und Fledermäusen. Da gewisse Mädchen oder Frauen ein Interesse daran hatten, ihre kleinen, unwillkommenen Kinder los zu werden, war es dem satanischen Weibe nicht schwer, unbemerkt immer neue Opfer zu erhalten. War nun eine in Not befindliche Frau hilfessuchend zur Voisin gekommen, so musste sich diese Frau entkleiden und nackt auf einen in dem spukhaften Raume errichteten Altar legen. Das erwähnte Blut war in einen silbernen Kelch gegossen worden, der nun während der Zeremonie auf den Leib der Patientin gestellt ward. Zu deren Häupten standen zwei brennende Kerzen. Gebete murmeln und Gott um Hilfe anrufend, gingen die Dinge vor sich.

So fürchterlich dieses Treiben der von allen guten Geistern verlassenen Frau war und so viele um die Vorgänge Wissende es auch schon gab: die Behörde kümmerte sich nicht um sie. Ruchbar wurde der böse Zauber erst, als eines Tages eine arme Arbeiterin bei der Ermordung ihres eigenen Kindes erwischt ward und, in die Enge getrieben, gestand, dass sie das Kind für die Zwecke der Voisin bestimmt habe. Die herzlose Mutter wurde verurteilt, und in der Verhandlung kamen Dinge zutage, die man vorher nicht gekannt hatte oder nicht hatte kennen wollen. Von oberster Stelle aus wurde eine scharfe Untersuchung eingeleitet, die zur Folge hatte, dass das ganze unmenschliche und "gotteslästerische" Trei-

ben der "Wahrsagerin" in seiner ganzen Scheusslichkeit enthüllt ward. Jetzt griff der König ein. Ludwig XIV. ordnete strengste Bestrafung der "Hexe" und ihrer Helfer und Helferinnen an und weiter die Vernichtung der Akten aus diesem einen grossen Skandal enthüllenden Prozess. Diese Aktenvernichtung erfolgte schon deshalb, weil ja auch mehrere hochgestellte Persönlichkeiten in Verbindung mit dem Weibe gestanden hatten.

Wie die Chronik berichtet, ist die Voisin mutig auf den Scheiterhaufen gestiegen. Der Henker von Paris führte sie, und ein Priester ging ihr zur Seite. Scherzend soll sie den züngelnden Flammen entgegengesehen haben. Als aber ihre Kleider brannten und das Feuer bereits ihre Füsse versengte, erschallte ein lautes Schreien über den von Massen neugierigen Volkes angefüllten Platz.---

Das ist die Geschichte der "schwarzen Messen", die die Madame Montvoisin oder, wie sie kurz genannt wurde, Voisin um die Wende des siebzehnten Jahrhunderts in Paris las, und die jene verbrecherische Frau auf den Scheiterhaufen brachte

J.K.

### Karin.<sup>x</sup>

SPD. Es regnete, Das Wasser lief in grauen Schnüren vom Himmel hernieder, es troff aus den Dachrinnen in kleinen, plätschernden Bogen auf das holprige Pflaster der Strasse. Seit Tagen regnete es schon, und es sah aus, als sollte es nie wieder aufhören. Die grauen Häuser der kleinen Stadt standen noch niedergeduckter als zuvor da, und der goldene Engel vor der Apotheke am Marktplatz starrte mit trübseligem, verwaschenem Gesicht in das Grau.

An einem Fenster über der Apotheke sass Karin. Sie sass auf einem erhöhten Platz auf einem altertümlichen Armstuhl und sticgte an einer Handarbeit. Karin brannten glutschwarze Augen in einem schmalen, weissen Gesicht, und die Hände waren nervös, als seien sie eigene Wesen und vom Körper, der so starr und unbeweglich sass, losgelöst.

Das Zimmer war mit altmodischen Nussbaummöbeln ausgestattet. In einer Ecke stand auf wackligen Füssen ein altmodisches Klavier, an der anderen Fensterseite ein kleiner Schreibtisch mit gedrechselten Beinen.

Karin seufzte, liess die Handarbeit sinken und starrte in den grauen Tag hinaus. Der Marktplatz war menschenleer, die Häuser starrten mit nassen, kalten Fassaden abweisend vor sich hin. Es war nichts zu hören als von unten das gedämpfte Klingeln der Ladentür, wenn jemand die Apotheke betrat, und von draussen das gleichmässige Rauschen des Regens. Karin zerballte die feine Stickerei in der Hand, zog die Füsse auf den Stuhl hinauf, fuhr fröstelnd zusammen und sah mit brennenden Augen hinaus. Jeder Tropfen hämmerte in ihre Seele, schlug eine schmerzhaft Wunde. Karin hatte Fernweh, Mit tausend heissen Zielen und Abenteuern lockte draussen die Ferne, das Unbekannte. Was sollte sie hier, wo die Menschen in Kleinheit verkamen? - - - Der Apotheker und seine Frau hatten sich schon oft gefragt, wie sie zu so einem Kinde kamen. Durch Generationen niedergehaltener Freiheitsdrang schien sich in Karin verkörpert zu haben und liess sie sich täglich, stündlich an den tausend Ecken, die Kleinstadtenge und Geistesdampfheit boten, die Seele wund scheuern. - - - Irgendetwas riss Karin hoch, sie ging zum Klavier, schlug eine grelle Dissonanz in die Tasten und begann dann frei, ohne Noten, Beethovens "Eroika" zu spielen, nein, zu erleben! Sie war eine selten begabte Spielerin und gestaltete das Werk auf eine seltsam herbe Art. Die Töne wuchsen ihr unter den Fingern heraus, das Feuer ihrer Seele loderte in ungehemmten Fanfaren zum Himmel, um nachher in breiten, triumphgesättigten Akkorden auszuströmen. Unten aber stiess der lange, schwärmerische Provisor den Lehrjungen, dem der rote Schopf wie eine leuchtende Flamme auf dem Breitschädel brannte, in die Seite: "Horch doch, Fräulein Karin spielt!"

Eines Tages war das Unbekannte stärker als Erziehung und Liebe zu den Eltern - Karin floh! Sie stand, mit wenig Geld in der Tasche, vor dem Bahnhof und liess das Neue, Unbekannte, das brausende Leben der Grosstadt, wie eine gigantische Melodie in sich einströmen. Das ging nicht lange, dann kam das "Muss". Karin spielte vor Agenten, Musiklehrern alle bewunderten ihr Spiel-, aber der Edelstein war roh, musste geschliffen werden, und Geld zur Ausbildung besass sie nicht. Wenig später spielte sie in einem zweitklassigen Lokal, in einer Damenkapelle. Vielen, die dort die blasse Klavierspielerin mit den brennenden Augen sahen, brannte das Blut in den Schläfen - aber Karin ging zu keinem. Bald verlor sie denn auch deshalb ihre Stellung.

Karin sank. Sie spielte selten, hungerte oft - - - eines Tages stand sie auf der Strasse. Vor dem ersten, der sie ansprach, floh sie; dem zweiten schüttelte sie nur ein stummes "Nein" ins Gesicht - mit dem dritten ging sie stumm mit. In dieser Stunde zerbrach Karin. Jetzt ist sie ganz unten. Man nennt sie "die tolle Karin". Sie ist der ärgsten eine. Nur, wenn an grauen Herbsttagen der Regen trüb und endlos vom Himmel rinnt, schleicht sie sich in eine Kneipe, setzt sich an das verstimmte Klavier und schlägt ein paar Takte aus der "Erioka" an. Dann trinkt sie, trinkt, bis sie sich im Schmutz der Gasse wälzt. - - tolle Karin - arme Karin!

Walter Schirmeier.

---

### Kinder. <sup>x</sup>

---

#### Stolz.

SPD. Vor einem grossen Spielwarengeschäft steht frierend ein kleines Bublein: die zerrissenen Schuhe sind ihm viel zu gross, das grob ausgebesserte Röcklein ist ihm zu eng, seine Haare sind durch Mutters Nähscere liebevoll und treppenartig verziert, an dem kleinen blauroten Stumpfnäschen baumelt unentwegt ein ansehnliches Tröpfchen. Die ganze Aufmerksamkeit des kleinen Kerlchens klebt andächtig an einem Aluminiumpfeiferl in der Auslage. In beneidensweiter Intensität starrt er diese Kostbarkeit an. Nun hat sich ein Herr dazu gestellt, der den kleinen Knirps anfänglich nicht bemerkt. Dieser äugt verstimmt neben sich, schweigt eine Zeit lang und spricht dann, gerade in dem Augenblick, als der Herr weiter gehen will, in göttlicher Sachlichkeit, die historischen Worte: "Und wann ma' jetzt zehn Groscherln hätt', könnt' ma' sich dös Pfeiferl da kauf'n!"

Als ob ihm die Reaktion auf seine "Selbstbetrachtungen" vollständig gleichgültig wäre, fixiert der Kleine, die Hände in den Hosentaschen, das Pfeiferl weiter. Der Herr schmunzelt, zieht seine Geldtasche und reicht dem Jungen zehn Groschen hin. Dieser stutzt einen Augenblick, ergreift dann das Geldstück und stürmt, ohne ein Wort zu sagen, in glühender Begeisterung den Spielwarenladen. Der alte Herr sieht ihm gütig lächelnd nach und geht dann seiner Wege.

Das "Wiener Journal" von hinten.

Die Mutter schickt den Franzl in die Trafik, das "Wiener Journal" zu holen. "I' bitt' schön, Frau Bacher, i' soll für mei' Muata dös "Wiener Journal" holen."

"Sieh' gst", antwortet die Frau Bacher, "wann' st a bisserl früher kommen wärs, hätt' st nu ans kriagt. Jetzt hob' i' kan's mehr."

Franzl glotzt scheinbar blöde die Frau Bacher an. Scheinbar. Dann stiefelt er aus dem Geschäft, tritt ins Haustor und klopft an der rückwärtigen Türe der Trafik an: "I' bitt' schön, kann i' dös "Wiener Journal" hab'n?"

"Lausbua, verdammter", schreit die Frau, "hab' i' dir net g'sagt, dass i kans mehr hab'?"

Franzl meint, etwas kleinlaut: "I' hab' mir nur gedenkt -- weil i' beim Kaufmann a' immer no' hinten eini kann, wann i' vorn nix mehr kriag...." Ehrgeiz.

Vor dem offenen Fenster einer Schusterwerkstatt bleibt ein kleines Mädel stehen, beobachtet eine Zeit die Schustersleute und streckt auf einmal, unvermittelt, die Zunge weit heraus. Der alte Schuster blickt auf und sagt dann gutmütig-ernsthaft: "Du, dös is no gar nix. I' kenn' an Buabn, der bringt sei' Zungen bis zum Bauch aba."

Das Kind ist sichtlich enttäuscht, überlegt aber gleichzeitig die Worte des Schusters. Dann bemüht es sich allen Ernstes jenen Jungen zu übertrumpfen: mit beiden Händchen zieht es an seinem rosigen Züngelchen, zieht und zerrt, dass ihm die Tränen in die Augen treten. Auf das schallende Gelächter der Schustersleute hin läuft es wütend davon.

#### Gedankensprung.

Peter steht in einem Blumenladen. Während seine Mutter auswählt, nähert sich der Kleine einer Vase mit langstieligen Nelken, betrachtet die Blumen neugierig-vorsichtig und pappelt auf einmal in mannhafter Resignation: "Aba die Seeere (Schere) daf man niit nehmen!!!!"

#### Der Stiefelknecht als Wachung.

Hans und Emma, zwei Geschwister, haben sich gern und vertragen sich gut -- tagsüber. Abends jedoch wird dies anders. Da reitet das Büblein immer der Teufel: kaum liegt sein Schwesterchen im Bett, kommt auch schon der "Drei-Käse-hoch" angetrippelt und zieht die Decke weg, immer wieder, mit infernalischer Konsequenz. Emma brüllt wie am Spiess. Die Mutter erscheint. Hänslin reibt sich gleich darauf weinend seine Rundung.

Dies neckische Spielchen wiederholt sich täglich.

Einmal aber vergisst der Vater seinen Stiefelknecht im Kinderzimmer. Der Stiefelknecht steht vor Emmas Bettchen. An diesem Abend wird die Decke nicht ein einziges Mal weggezogen. Aengstlich späht Hans aus seinem Bette herüber auf das Ungeheuer. Die Eltern lächeln und vergessen seither jeden Abend den Stiefelknecht vor Emmas Bettchen.

Harald Spitzer.

---

SPD. Die erste Monarchin.<sup>x</sup> Die erste Frau, die einen Thron bestieg, soll die ägyptische Königin Hatschepsut gewesen sein, die Tochter des Totmes des Ersten, der etwa um das Jahr 1500 v. Chr. regierte. Sie war vermählt mit einem Bruder, der von einer andern im Range weniger vornehmen Frau des Totmes I. stammte, und dem sie selbst daher im Range verging. Geschwisterchen waren in Aegypten zulässig, wie der griechische Geschichtsschreiber Dieder berichtet. Es sollen sogar Ehen zwischen Vater und Tochter bei den regierenden Familien vorgekommen sein. Hatschepsut soll eine hervorragende und bedeutende Frau gewesen sein. Sie lehnte es ab, Kriege zu führen, und knüpfte grosse neue Handelsverbindungen für ihr Land an, liess vor allem Myrrhenbäume erhandeln in dem als goldreich geltenden Lande Punt am Roten Meer, das etwas an das sagenhafte Thule späterer Zeit erinnert. Von den Myrrhenbäumen wurde Weihrauch gewonnen. Hatschepsut hat auch besonders schöne Bauwerke errichten lassen. Berühmt ist ihr Fel-sentempel, der vor einer riesigen Bergwand eine wunderschöne Säulenreihe zeigt. Ebenso liess sie die grössten Obeliskten errichten in ihrer Hauptstadt Theben. Der eine, der heute noch steht, ist beinahe 30 m hoch und wiegt etwa 350 englische Tonnen.

---

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 13. März 1930.

Eine tüchtige Frau.<sup>x</sup>

Von A. Jean.

SPD. Herr Delormeau betrachtete abwechselnd seine Frau und sein Büfett. Dann sagte er: "Karoline - ich fürchte, Du übertreibst!"

Frau Delormeau war eine Dame von ausladenden Formen und cholericischem Temperament in den vierziger Jahren. Sie duldete absolut keinen Widerspruch. "Lass mich schon in Ruhe, Adrien", sagte sie scharf, "Du hast noch nie eine blasse Ahnung von Geschäften gehabt!" Herr Delormeau senkte schuldbewusst sein Haupt - er war sich über seine Minderwertigkeit vollkommen im klaren.

"Dieses Büfett ist unbedingt tausend Francs wert!" keuchte sie aufgebracht "Ganz meine Meinung, ganz meine Meinung", säuselte er bescheiden, "aber Du verlangst doch zehntausend!"

"Selbstverständlich - wir werden doch auch wohl etwas verdienen wollen - he?"

"Wenn sie uns nun aber anzeigen?"

"Anzeigen?! Sie brauchen es ja nicht zu kaufen, wenn sie den verlangten Preis nicht zahlen wollen! Zwingen wir etwa jemanden?"

"Nein - wir wollen aber die Wohnung nur zusammen mit dem Büfett abtreten".

"Na ja, wenn schon! So michens doch alle!"

"Ja - vielleicht - aber wenn wir einen Wucherpreis verlangen - das ist doch strafbar - ist ungesetzlich."

Frau Delormeau explodierte. "Wucherpreis! Sollte das etwa ein Wucherpreis sein für ein Büfett aus echtem Nussbaum im Stil Heinrich II. und mit Umbau, wovon nur drei Säulen zerbrochen sind! Ausserdem bekommen sie eine glänzende Dreizimmerwohnung mit Fenstern auf eine schmale Gasse hinaus, wo niemals Sonne noch Mond hineinscheinen! Du kannst mir glauben, dass es viele Menschen gibt, die im Sommer froh sein werden, diese Wohnung zu haben, anstatt sich von dem lästigen Sonnenschein und der Hitze plagen zu lassen!"

"Ja - gewiss, wenn es nur nicht gesetzwidrig wäre!"

"Ach, Unsinn - lass mich die Sache nur machen! Habe schon alle Vorbereitungen getroffen. Erst ziehen wir mit allen Sachen aus, nur das Büfett lassen wir stehen; dann lassen wir eine Anzeige los - und wenn sich dann ein Käufer gefunden hat, schliessen wir sofort den Handel ab - dann verschwinden wir - und dann möchte ich mal sehen, was er anfangen will, wenn wir nicht mehr zu erreichen sind."

"Karoline," sagte Herr Delormeau überwältigt, "Du bist ein Prachtexemplar

Frau Delormeau behielt Recht. Wie immer natürlich. Eine Stunde nachdem die Annonce in der Zeitung gestanden hatte, drängten sich die Wohnungssuchenden vor ihrer Tür. Sie empfing sie auf einer Kiste thronend. Alle waren sie mehr oder weniger geneigt, die Wohnung zu übernehmen, aber wenn sie das Büfett erblickten, wechselten sie die Gesichtsfarbe, und wenn sie dann erst gar den Preis hörten, verschwanden sie schleunigst.

Währenddessen wartete Herr Delormeau mit Herzklopfen in einem benachbarten Café. Sein Herz klopfte stark.....

Endlich - es war schon Nachmittag geworden, kam seine Frau hereingestürmt. "Alles in Ordnung!" rief sie triumphierend. "Fast hatte ich schon die Hoffnung

aufgegeben. Es ist ja einfach ein Skandal, diesen Andrang von Menschen zu sehen, die mieten wollen, aber nicht mal lumpige 10 000 Francs besitzen, um ein Büfett im historischen Stil zu kaufen. Aber endlich erschien ein wirklicher Gentleman. Kaum, dass er dem Büfett irgendwelche Beachtung schenkte. "Wieviel?" fragte er. "10 000 Francs! - "Lächerlich billig", meinte der Gentleman, nahm sein Scheckbuch und schrieb den Scheck aus. 10000 Francs! Ich gab ihm die Schlüssel zur Wohnung und die Adresse des Hauswirts und bat ihn, ihm mitzuteilen, dass wir ausgezogen seien. Wir gingen ins Ausland, bemerkte ich, um Ungelegenheiten zu vermeiden!"

"Karoline!" sagte der demütige Ehemann voller Bewunderung, "Du denkst auch wirklich an alles - fabelhaft!"

"Ja - sei froh, dass Du eine so tüchtige Frau hast!" meinte Frau Delormeau sich ihres Wertes voll auf bewusst. - -

Da der Scheck auf ihren Namen lautete, ging sie am nächsten Tage auf die Bank, um ihn einzulösen.

Da erlebte die tüchtige Frau die weniger erfreuliche Ueberraschung, dass leider keine Deckung vorhanden war! - - -

---

### Volksbildungsarbeit der Museen.

---

SPD. Hat auch - vor allem unter dem Druck der wirtschaftlichen und sozialen Nöte - die nach der Staatsumwälzung so verheissungsvoll begonnene Volksbildungsbewegung unserer öffentlichen Sammlungen die Hoffnungen, die man auf sie setzte, nur zu einem geringen Teil erfüllt, ja, glaubt man sogar eine zunehmende "Museumsmüdigkeit" der breiten Massen beobachten zu können, so darf uns diese Wahrnehmung doch nicht in der Weiterarbeit entmutigen. Zahlreiche Erscheinungen deuten darauf hin, dass die Zeit der Depression dazu dient, die Bewegung bei uns und in anderen Ländern mit neuen Impulsen zu erfüllen. Das neugeschaffene "Internationale Museumsamt" - eine Art Völkerbundsrat auf dem Gebiete des Museumswesens - hat auch den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiete der Volkserziehung in den Museen unter seine Aufgaben eingereiht.

Es ist beachtenswert, dass das in seinem Museumsbetriebe wie überhaupt in seinem Erziehungssystem so stark in der Tradition verharrende englische Volk seit kurzem unter der Einwirkung des Kabinetts Macdonald beginnt, seine an Schätzen überreichen, aber in der Anordnung erstarrten grossen Museen im Sinne lebendiger Volksbildungsarbeit nach amerikanischem und skandinavischem Muster umzugestalten. Die vor zwei Jahren zu diesem Zweck eingesetzte königliche Kommission in London hat in ihrem zweiten Bericht eine Reihe praktischer Forderungen erhoben, die auch bei uns Beachtung verdienen: möglichst starke Erweckung des öffentlichen Interesses vermittelt von Aufklärungen durch die Presse und durch Plakate, allgemeinverständliche Kataloge mit musterhaften, klaren Beschreibungen, Ausbildung eines Stabes geschulter Führer, weitgehende Erleichterung in der Beschaffung von Abbildungen, in der Genehmigung zum Photographieren, Fühlungnahme mit den Volksschulen, endlich fast völlige Beseitigung des Eintrittsgeldes, dessen Einführung besonders nachteilig auf den Besuch im Ganzen sich ausgewirkt habe. Die Forderungen nach Abendbeleuchtung und Abendführungen allerdings haben sich für unsere Grosstadtverhältnisse - andre Tisch- und Arbeitszeit - als weniger vorteilhaft erwiesen. Sicher ist die geforderte Schaffung eines grossen Gipsabgussmuseums u.E. nicht mehr zeitgemäss, weil diese Aufhäufungen von Gipsabgüssen erwiesenenmassen der Erziehung zur frischen Beobachtung nicht günstig sind. Dagegen liegt ein dem Zeitverlangen entgegenkommender Gedanke im Plan eines Freilichtmuseums nach dem Muster der Schöpfungen in Kopenhagen und Oslo, ein Plan, der dem modernen Heimatschutzgedanken seinen Ursprung verdankt. Für die Lausitz war z.B. ein Museum dieser Art bei Görlitz.

geplant, doch konnte dieser Plan leider unter der Ungunst der Verhältnisse nicht verwirklicht werden. Unter den Aufgaben, die das Londoner Programm erfüllen will, verdient die Veranstaltung von Sonderausstellungen durch die Museen in volkreichen, abgelegenen Vierteln der Weltstadt noch besondere Beachtung.

Jedenfalls ist das Grundbestreben, wie es der Bericht der Londoner Kommission ausspricht, ein sehr gesundes. Die vorhandenen, von Generationen aufgehäuften Schätze gilt es lebendig und fruchtbringend zu gestalten. Daher ist es keineswegs so beklagenswert, wenn die Museen gegenwärtig durch die schwierige finanzielle Lage in ihren Ankäufen beschränkt sind. Wie denn z.B. die Ablehnung der Erwerbung des Welfenschatzes durch die Provinz Hannover oder des grossen Altars des Meisters Bertram für die Hamburger Kunsthalle durch den Senat unter diesem Gesichtspunkt kein so grosses Unglück darstellen.

Die Schlussworte des Berichtes der englischen Museumskommission verdienen alle Beherzigung: "Der Augenblick verlangt gebieterisch eine lebendige Nutzherausmachung der in den Museen aufgehäuften Schätze zum Besten der Nation. Die Kräfte der künstlerischen und wissenschaftlichen Erziehung, die zum grossen Teil in unsern Museen und Galerien schlummern, erstrecken sich auf jedes Gebiet und können fruchtbar gemacht werden für alle Klassen der Volksgemeinschaft. Aber es fehlen dazu heute immer noch ein wenig der rechte Kontakt und Antrieb."

Die hier erhobenen Forderungen beziehen sich keineswegs auf die Müssen der Kunst und des Kunsthandwerks allein, sondern auf die der Volkskunde und Ethnologie, der Technik und der Naturkunde im weitesten Sinne. Welche tiefgehende Wirkung gerade auf dem letztgenannten Gebiet ein modern geleitetes Museum auszuüben imstande ist, beweist die Tätigkeit des Direktors des Naturhistorischen Museums in New York, Henry Fairfield Osborn, dessen Ausstellungen und Schriften (besonders "Schöpferische Erziehung in Schule, höherer Schule, Universität und Museum") befruchtend auf das Naturwissen weitester Kreise in Amerika ausgewirkt haben und z.B. in dem bekannten Streit um die Abstammung und Entwicklung des Menschengeschlechts auch in dem bekannten "Affenprozess" von klärendem Einfluss auf die öffentliche Meinung Amerikas geworden sind.

Professor Dr. Hermann Schmitz.

---

### Die Ratten.<sup>x</sup>

---

SPD. Nur der Strich ihres grauen Rückens und die kleine glänzende Nase sehen aus dem Wasser, wenn die alte Ratte durch den Fluss schwamm nach Adamowitschs Garten. Hier huschte sie unter die Verande des Hauses und verschwand in einem Loch in der Mauer. Das Loch in die Mauer hatte der Regen gewaschen, weil der Besitzer die herabgerissene Dachrinne nicht hatte ausflicken lassen.

Die Not kennt keine Tischgenossen, dachte die Ratte, obwohl sie selbst daheim in ihrem Wurzelneste sieben nimmersatte, hungrige Rattenmünder ernähren musste. Und dann war es auch gut in dem Hause des alten Wucherers, der aus Geiz keinen Hund und keine Katze hielt. Auf dem Wege aber nahm sie jeden Maulwurf und jeden toten Vogel mit, der aus dem Neste gefallen war. Es fielen viele tote Vögel aus den Nestern in Adamowitschs Garten.

Im Hause kannte sie schon jeden Winkel, jedes Versteck. Sie knabberte von den Brotstücken, die der Alte sich in der Stadt erbettelte, von den Resten seines kärglichen Mahls, das er selbst zubereitete. Sie schrotete die Erbsen und nagte zur Not auch an zerrissenen Stiefeln, die in irgend einer Ecke moderten. Oder, wenn sie sehr hungrig war, nagte sie an den kleinen Bündeln Papieren, die Adamowitsch unter seiner Diele im Wohnraum versteckt hielt, bunten braunen Papieren, denen ein starker Geruch von Schweiss, aus der Angst der Menschen erpresst, anhaftete.

Eines Tages, als die Jungen gross und kräftig genug waren, schwamm die Alte mit ihnen durch den Fluss. Es war eine einzige Linie, acht kleine graue Striche im Wasser und acht glänzende Näschen, die heraus ragten. Die grosse Ratte zeigte den Jungen den Weg nach Adamowitschs Behausung. Die Jungen folgten hungrig, unternehmend, wie kleine graue Blitze.

Sie fanden den Greis vor der aufgerissenen Diele hingeschlagen. Seine gekrampften Hände hielten noch die geränderten Fetzen und ballten das kleingemahlene Papier der schönen bunten Scheine. Es war sein nach Tausenden zählendes, nun von den Ratten zerfressendes Vermögen.

Weil sie der Hunger plagte und sie allmählich die Scheu vor dem reglosen, toten, alten Manne überwunden hatten, setzten sich die Sieben und die alte Rattemutter an seine Augen, die Schreck und Wut über den Verlust im Tode noch offen hielten, diese Augen, die kein Mitleid mit den Menschen gekannt hatten, wenn sie in des Wucherers Hände gefallen waren. Sie frassen auch an seinen Ohren, die sich vor Jedermanns Bitten verschlossen gehalten hatten. Sie zehrten an seinen Fingern, die nur, von Habgier und Geiz getrieben, Gold und Schätze zusammengerafft, die nie streichelnd eines armen Kindes Scheitel berührt hatten.

So fanden nach langer Zeit Nachbarn den Geizhals Adamowitsch, in Geld erstickt und von den Ratten halb aufgeessen.

Friedrich Natteroth.

---

### Der Dichter und die Peitsche.

---

SPD. Gibt es Gründe, die für die Prügelstrafe als Mittel des Strafvollzugs sprechen? Jawohl, es gibt welche. Wie es Gründe gibt, die für die Todesstrafe, für Folterungen, für die Schwedentrünke des dreissigjährigen Krieges, für die mittelalterliche Inquisition sprechen. Trotzdem lässt sich nicht sagen, dass die Prügelstrafe ein Problem wäre, für das es sich lohnte, eine Diskussion zu entfesseln. Die Standpunkte sind fixiert. Von Interesse sind kaum mehr die Argumente, deren sich die Anhänger der Prügelstrafe bedienen: von Interesse sind allenfalls ihre Personalien.

Als Anhänger und Freund der Prügelstrafe hat sich dieser Tage in einem Berliner Montagsblatt Edgar Wallace vorgestellt: Herunterdiktierer Dutzender von Kriminalromane, aufgebügelter Conan Doyle, Erfinder der Kunst, die kriminalprophetischen Ahnungen seiner Leser um jeden Preis ins Unrecht zu setzen. Edgar Wallace also billigt die neunschwänzige Peitsche, die "Katze", die in England bis auf den heutigen Tag gegen gewalttätige Räuber und rückfällige Zuhälter angewendet wird, und nennt ihre Missbilliger sentimentale Menschen, auf deren Empfindlichkeiten man keine Rücksicht nehmen sollte. Schön; die Neigung, komplizierte Sachverhalte durch Gewaltmassnahmen zu lösen, ist weit verbreitet, denn sie kommt so schön den Bequemlichkeitsinstinkten entgegen. Sie ist bei gewissen Müzzern heimisch, die, wenn sie mit ihrer Erziehungskunst nicht weiter können, in die rettenden "paar hinten drauf" flüchten, bei Rowdies, die mit den berühmten "paar in die Fresse" auch die heikelste Diskussion in ihrem Sinne zu beenden verstehen, bei Nationalisten, die "die Truppen marschieren lassen", wenn ihr Diplomategeschick Schiffbruch erleidet. Warum soll der Herr Wallace sich in diesem Sinne nicht zu Auspeitschungen bekennen dürfen?

Aber eines stimmt nachdenklich: Da hat jetzt in Deutschland ein Mann viel von sich reden gemacht, der, weit davon entfernt, die Einführung der englischen Prügelstrafe zu empfehlen, auch den humaneren deutschen Strafvollzug noch viel zu inhuman findet und nach Reformen ruft. Aha, möchte man im ersten Augenblick denken, so ein schmalziger Aussenseiter, der nicht entfernt so viel von Verbrechern und Verbrechen versteht wie der sachverständige Wallace. Aber nein, der

Rufer nach Milde ist ja gerade in höchstem Masse Fachmann, denn er heisst Finkelburg und ist der Oberkerkermeister von Preussen. Der Literat ist also für die Grausamkeit, der Praktiker für die Humanität....Merkwürdig, merkwürdig..... Gefühlsmässig meint man, dass es umgekehrt sein müsste. Aber dieses Gefühl trägt in letzter Zeit des öfteren, und beispielsweise hatte Finkelburg lange vor Wallace ja auch schon in Arnolt Bronnen, diesem aus verschmähter Liebe zur Poesie abgeschwenkten Skribenten, einen wild gestikulierenden Kritiker gefunden. Noch ist es keineswegs Regel, dass in den Verwaltungsstellen die Fahnen-träger des Fortschritts sitzen und in den Schreihütten die altmodischen Hinterberhinker, aber immerhin, immerhin: das gibt es jetzt schon, dass Beamter nicht mehr gleichbedeutend ist mit Verknöchertes, und dass in einem Kerkermeister dutzendmal mehr Feuer, Schwung, Empörung, Neuerungssehnsucht, Erbarmen und Güte wohnen als in einem Romancier, der sich wunder was auf seine Fähigkeit zugute tut, sich in die Psyche des Rechtsbrechers hineinversetzen zu können.

Wallace für die neunschwänzige Katze, Finkelburg für Modernisierung, Reformierung, Humanisierung des Strafvollzugs! Das, das, das ist die neue Zeit!  
Drago.

---

### Die Stadt.

---

Die Trauerweiden sind schon grün  
Und grüssen eine Stadt aus Steinen,  
In der so viele Menschen weinen,  
Die täglich mehr und mehr verblühen.

Sie hasten auf erlahmten Beinen  
Durch asphaltierte Strassen hin,  
Sie suchen nichts als den Gewinn,  
Um dadurch grösser zu erscheinen.

Noch immer reizt ein Hermelin  
Sowie der Glanz von Edelsteinen  
Die Eitelkeit von Gross' und Kleinen,  
Und glänzend gehn die Lotterien.

Man lebt zu schlecht im allgemeinen  
Und fühlt sich gar nicht wohl darin,  
Man wär' gern Graf und Königin  
Mit Bankkredit und Anteilscheinen.

Für Schlankheit nimmt man Medizin  
Und sportelt wild in den Vereinen,  
Rat gegen Hochmut gibt es keinen,  
Nur eine Lehre: der Ruin.

So steht die Stadt mit ihren Steinen,  
In der die Trauerweiden blühen,  
Sie sehen eine Welt sich mühen  
Und tragen Tränen an den tiefgesenkten Leinen.

Kurt Reiss.

---

## Amerikanische Reklame.<sup>x</sup>

---

SPD. Inserat in einer Neu Yorker Zeitung:

"Was ist fashionable?"

Fashionable ist es, im Winter nach der Schweiz zu fahren!

Was ist unmöglich?"

Unmöglich ist es, dass Sie sich das leisten können!

Warum ist es unmöglich?"

Weil Sie, wie jeder anständige Mensch, bei der letzten Baisse ein Vermögen verloren haben!

Ist das eine Schande?"

Nein, das ist keine Schande!

Ist es aber schädlich?"

Ja, es ist schädlich!

Warum?"

Weil es Ihren Kredit schmälert, wenn Sie nicht fashionable auftreten!

Müssen Sie also nach der Schweiz fahren?"

Eigentlich ja!

Da Sie das nicht können - müssen Sie doch wenigstens den Anschein erwecken, als wären Sie dagewesen?"

Wenn das geht, ja! Aber wie ist das denn möglich?"

Sehen Sie! Jetzt ist Ihr Interesse erweckt! Lassen Sie sich noch heute probeweise unsern Höhensonnenapparat "Browner and Browner" kommen. Bequeme Ratenzahlungen! Schon nach kurzer Benutzung sind Sie so braun, als ob Sie ein paar Monate in Davos Wintersport getrieben hätten! Versäumen Sie nicht, sich unsern "Browner and Browner" zugehen zu lassen! Wir liefern als Extravergrütung dazu die Hotelzettel der vornehmsten Hotels in den bedeutendsten Schweizer Winterkurorten, die Sie sich in reicher Auswahl auf Ihre Koffer kleben können! Jedermann wird Ihnen glauben, dass Sie in der Schweiz gewesen sind! Ihr Kredit wird ins Ungemessene steigen! Schreiben Sie noch heute! "Browner and Browner" rettet Ihre Existenz.....!"

Kurt Mietke.

---

SPD. Sonnenfinsternis und Erdenleben.<sup>x</sup> Bei den Chinesen herrschte bis in die neuere Zeit hinein der Glaube, dass bei Sonnenfinsternissen ein böser Drache kommt, der auf die Sonne zu eilt, um sie zu verschlingen. Das Volk eilte dann mit allen möglichen Lärminstrumenten, mit Trommeln, hohlen Gefäßen usw. auf die Straße, um durch einen Höllenspektakel den Drachen, der die geliebte Sonne verschlingen wollte, zu verscheuchen. Eine uralte Weisheit scheint in diesem alten chinesischen Volksglauben enthalten zu sein, nämlich das unbewusste Empfinden, dass die Sonne, die Spenderin von Licht und Wärme, die Quelle und Erhalterin alles Lebens ist. Man hat bei totalen Sonnenfinsternissen den Eindruck, als wenn der Pulsschlag der Natur stocke. Die Rinder auf der Weide beginnen angstvoll zu brüllen, die Hunde suchen sich zu verstecken, die ganze Tierwelt überhaupt wird von einer seltsamen Unruhe gepackt. Aber nicht nur auf Menschen und Tiere, auch auf die Pflanzenwelt übt die Verfinsterung der Sonne eine Wirkung aus. Der Forscher German hat bei der totalen Sonnenfinsternis am 17. April 1912 interessante Beobachtungen über den Einfluss der Verfinsterung auf das Blühen der Blumen gemacht. Sein Untersuchungsobjekt war eine Gartentulpe. Die im Aufblühen befindliche Tulpe war vor dem Beginn und auch während des Verlaufes der Finsternis gemessen worden. Es ergab sich hierbei, dass das Aufblühen der Tulpe durch die mit der Finsternis verbundene Abnahme der Temperatur und des Lichtes eine Zeit lang aufgehalten worden war.

---

## Der Leuchtturm.

Von Paul Reboux.

Deutsche Rechte; Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

18)

SPD. In dem darauffolgenden langen Schweigen hörten sie plötzlich ein Krachen. Sie erbeben. Ihre Nerven waren von Entsetzen geladen wie galvanische Säulen von Elektrizität. Die Einsamkeit, die feindliche Dunkelheit, die Stunde, die geheimnisvollen Ereignissen günstig ist, der leichte Rausch, der ihren Verstand umnebelte - alles trug dazu bei, sie zu verwirren. Obwohl dieses Krachen zweifellos von irgendeiner Täfelung kam, wurden sie von Entsetzen gepackt.

Als sie wieder zu sprechen wagten, sagte Brenellec:

"Möglich, dass du recht hast... Erinnerst du dich an das seltsame Geräusch, als wir die Treppe hinaufkamen? Das klang nicht nach feinem Schuhzeug, das klang wie Hufe..."

"Der Pferdefuss...", murmelte Le Hern ganz leise.

Brenellec fühlte, wie ihm ein eisiger Hauch über den Rücken lief.

"Dann wäre "Er" also bei uns gewesen..."

Le Hern bekreuzigte sich, ohne zu antworten.

"Man darf sein Getränk nicht mehr anrühren!"

Der Alte öffnete das Fenster und warf die Flasche hinaus, wie er vorher das Buch hinausgeworfen hatte. Trotz der geringfügigen Anstrengung war er schweissbedeckt, als er sich wieder hinsetzte.

Den Rest der Nacht wachten sie beide Seite an Seite. Sie hatten Angst; sogar vor ihren Schatten; sie wagten nicht zu sprechen und zögerten eine Bewegung zu machen; unterder übernatürlichen Atmosphäre, die auf ihnen zu lasten schien, machten sie sich ganz klein. Erst in der Dämmerung beruhigten sie sich, und als das Licht erloschen war, fielen sie in tiefen Schlaf.

Als sie erwachten, war der Nebel wiederkommen. Er verbarg den Horizont, tauchte alles in eine Art bleiche Dunkelheit, darin sich die Silhouette der Felsen und da mit weissen Tupfen übergossenen Felsen nur schwach erkennen liess.

Irgend etwas war am Fusse des Leuchttums gestrandet. Zuerst konnten sie die Beschaffenheit des Strandgutes wegen seiner ungewohnten Farbe nicht erkennen. Unten jedoch erkannten sie das Beiboot, das am Tage vorher den Besucher gebracht hatte. Wie kam es dahin? Hatte die Flut es losgerissen? Hatte eine Strömung es gegen den Felsen getrieben? - Das war die logische Erklärung. Daran dachte keiner von ihnen. Furchtsam, und ohne sich zu nähern, betrachteten sie das zierliche Boot, das lackiert war wie ein Möbelstück.

Immerhin beunruhigte sie der Gedanke, dass die Flut diesen ganz neuen Gegenstand, der allerhand wert sein musste, forttragen könnte. Schliesslich hauste der Teufel nicht in Gegenständen aus Holz und Schrauben. Und dann machte der helle Tag sie kühner; sie packten schliesslich das Beiboot, an dem die Flut bereits zerrte, und zogen es an Land.

"Achtung!" kommandierte Brenellec, "He - Ho!"

Sie hatten ihre ganze Kraft angestrengt, um eine schwere Masse zu bewegen. Nun war aber das Gewicht so leicht, dass sie sich im Übermasse ihres Schwunges fast lang hingelegt hätten... Seltsam, das Holz gab einen Klang wie Eiche und wog nicht schwerer als Kork. Ohne jede Schwierigkeit setzten sie das Boot auf den Strand und machten es ganz in der Nähe der Tür mit Tauen fest.

Nicht weit davon lagen zwei Ruder.

Als Le Hern sich bückte, um sie aufzuheben, sah er einen glänzenden Gegenstand, der aus dem Boot gefallen sein mochte: eine Pfeife, ganz ähnlich der, deren sich der geheimnisvolle Fremde bedient hatte. Sie wurden wieder unruhig. Mit aller Gewalt kamen ihnen die Ereignisse des Vorabends wieder ins Gedächtnis zurück. Sie zweifelten nicht mehr daran, dass irgend etwas sich um sie herum abspielte. War diese Pfeife nicht einer von jenen Talismanen, von denen

die Märchen erzählen? Ihre Phantasie arbeitete bereits, als hätten sie einen Schatz gefunden. Vielleicht erschien ein Geist beim schrillen Ton der Pfeife. Schliesslich war bis jetzt das Schicksal ihnen hold geblieben...

Brenellec, der entschlossfähiger war als Le Hern, hatte den Gegenstand aufgehoben und mit in den Leuchtturm genommen, ohne allerdings den Mut aufzubringen, die Pfeife zu benutzen. Sein Kamerad, etwas eifersüchtig, ängstlich, aber auch neugierig, was wohl geschehen möge, war im Grunde nicht böse, dass ein anderer den Versuch wagte.

Nach dem Frühstück, um zehn Uhr, fasste Brenellec endlich einen Entschluss. Während Le Hern in Erwartung des schrillen Tones die Fäuste ballte, blähte Brenellec die Backen und blies mit all seinen Kräften.

Nichts, kein Ton.

Verblüfft sahen sie einander an. Vielleicht war Sand in das Instrument gekommen. Brenellec schüttelte es und wiederholte seinen Versuch.

In diesem Augenblick ertönte ein Schrei - wer weiss, woher, bestimmt jedoch im Innern des Turmes.

Le Hern fiel auf die Knie und schlug sich gegen die Brust. Sein Mund flatterte und vermochte sich nicht zu schliessen.

"Wir sind verflucht!" stammelte er.

Eine Panik ergriff beide Männer. Nervös und überstürzt triumphierte Le Hern:

"Siehst du, ich habe es gleich gesagt!... Er ist noch da... Und er will uns etwas tun! Jesus Maria... Warum habe ich nicht lieber den Abschied genommen als hierher zu kommen!... Siehst du... du wolltest ja nicht glauben..."

Der Alte hatte seine ganze Logik verloren. Vor diesen übernatürlichen Ereignissen fühlte er sich schwächer als ein Kind. Jetzt war er geneigt, alle Äusserungen seines Kameraden leichtgläubig hinzunehmen. Und als Le Hern erklärte, er werde das Dienstzimmer nicht eher verlassen, bis das Lebensmittel-schiff gekommen sei, kam es ihm nicht einmal in den Sinn zu widersprechen, und er folgte seinem Beispiel.

Wenn sie Speck und Brot, die im Dienstzimmer vor Feuchtigkeit geschützt waren, vernünftig einteilten, konnten sie zweifellos auf die Ankunft des Schiffes warten. Um das Licht sorgten sie sich nicht, denn sie hatten den grossen Petroleumbehälter gerade bis an den Rand gefüllt.

Am nächsten Tage, beim Essen, bemerkten sie jedoch, dass ihnen Wasser fehlte. Sie mussten in die Vorratskammer. Da Le Hern sich entschlossen weigerte, opferte sich Brenellec und nahm den Krug. Eine Sekunde später hörte man einen wüsten Lärm, den die Mauern doppelt stark zurückwarfen: es war, als finde ein Kampf statt; Geschirr zerbrach, Schreie ertönten, Türen wurden zugeschlagen und verriegelt; dann hörte man hastige Schritte immer näher kommen, und Brenellec erschien, atemlos, bleich, mit zerzausten Haaren.

"Er ist... Er ist da... Unten..."

"Was?"

"Er ist da!"... Ich habe ihn gesehen... Er hat mich mit seinen Krallen packen wollen... Er fliegt an der Decke... Ich habe ihn gehört... Ach, mein Gott, mein lieber Gott... Ich habe ihn eingesperrt... Er schlug gegen alle Wände... Was soll nur aus uns werden?"

Fortsetzung folgt.

# Deutscher Reichstag

141 Sitzung vom 13. März 1930.

SPD. Der Reichstag begann am Donnerstag nachmittag die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens. Es wirkte wie eine Einleitung dieser Beratung, als nach Eröffnung der Sitzung mitgeteilt wurde, dass der Oberstaatsanwalt in Essen die Genehmigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner wegen § 166 St.G.B. und der Oberstaatsanwalt Berlin die gleiche Genehmigung gegen den Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) wegen Beleidigung durch die Presse in zwei Fällen verlangt.

## Reichsinnenminister Severing

leitet die Beratung ein: Am 13. März 1920 sind Hakenkreuzgeschmückte Soldaten am frühen Morgen in die Wilhelmstrasse zu Berlin eingerückt und haben die Ministerialgebäude besetzt. Der Zweck dieser militärischen Unternehmung war die Einsetzung einer Regierung Kapp=Lüttwitz. Die Arbeiterschaft aller Richtungen antwortete mit dem Generalstreik, und noch am selben Tag hatte diese Regierung nur Aussicht auf kurze Dauer. Aber nicht nur der Generalstreik der Arbeiterschaft, sondern auch die Pflichterfüllung der Beamtenschaft hat der Regierung Kapp=Lüttwitz ein rasches Ende bereitet. Am 14. März 1920 beschlossen die Staatssekretäre der Reichsministerien einstimmig, Weisungen nur von den verfassungsmässigen Ministern entgegen zu nehmen und die laufenden Geschäfte nur im Rahmen des verfassungsmässig beschlossenen Haushalts zu führen. Dieser Beschluss wurde allen Beamten bekannt gegeben. Er war nicht nur platonisch; als vom Reichsfinanzministerium ein grosser Betrag zur Finanzierung des Putsches abgeholt werden sollte, hat Staatssekretär Schröder den Leuten klar gemacht, dass Gelder nur auf Anordnung der verfassungsmässigen Regierung abgegeben werden. An der einmütigen Abwehr der deutschen Arbeiterschaft und der Beamten ist der Kapp=Putsch zusammengebrochen. (Rufe bei den Komm.: Und dieses Gesetz ist der Dank dafür! Warum sprechen Sie nicht von den damals ermordeten Arbeitern?)

Staatliche Machtmittel waren damals so gut wie gar nicht vorhanden. Das Militär ist gegen die von Döberitz heranmarschierenden Putschtruppen nicht eingeschritten, der Einsatz von Sicherheitspolizei war so gering und schwach, dass sie mit einiger Aussicht auf Erfolg nicht Trotz bieten konnte. Nur die Arbeiter und die Beamten haben diesen Anschlag der Kapp und Lüttwitz zuschanden gemacht. (Zurufe der Natsoz.: Und die Minister sind ausgerissen!) Meine verehrten Damen und Herren! (Abg. Stöhr (Nat. Soz.): Wir wollen gar nicht verehrt sein) Die Dinge haben sich geändert. Wir haben ein verfassungstreuues Heer von ausgezeichneter Ausbildung, (Ruf der Komm.: Daher die vielen Selbstmorde in der Reichswehr) und wir haben eine vorzügliche Polizei. Mit diesen Machtmitteln kann im Ernstfalle jedem Anschlag auf die verfassungsmässigen Einrichtungen schon im Keim begegnet werden. (Rufe der Natsoz.: Da brauchen Sie ja kein Republikenschutzgesetz.) Das hat gestern schon Herr Wallraf gesagt. Es kommt aber nicht nur darauf an, Anschläge auf die Republik im Keim zu ersticken, sondern darauf, jenen im Volke, die Neigung zu solchen Unternehmungen hätten, prophylaktisch die Lust dazu auszutreiben. (Zuruf der Natsoz.: Feuerwehr!) Ohne den Kapp=Putsch keine Bewegung im Ruhrrevier, und ohne den Ruhraufstand keine Zerstörung von volkswirtschaftlichen Werten, keine Verschlechterung der deutschen Valuta (Stürmischer Widerspruch rechts), keine weitere Verelendung des deutschen Volkes.

Heute ist die Situation Deutschlands nicht so, dass wir es uns leisten könnten, ähnliche Erhebungen an uns herankommen zu lassen. (Zurufe rechts: Sie haben Angst!) Nein, aber wenn nicht alle Kräfte des Volkes für den Wiederauf-

bau zusammengefasst werden, wenn die Arbeit nicht geschützt wird, dann (Zuruf der Natsoz.: können wir den Youngplan nicht erfüllen!) könnten die heroischen Anstrengungen der nächsten Zeit vergebens sein. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Machtmittel des Reiches nicht vorzeitig abgenützt werden. (Ruf der Natsoz.: Die Gummiknüppel sind schon abgenützt!) Den Deutschenationalen halte ich vor, dass ihr Führer Graf Westarp im Jahre 1927 nicht nur den Antrag auf Verlängerung des Republikschutzgesetzes als erster unterschrieben, sondern auch in der "Kreuz-Zeitung" die Notwendigkeit dieser Verlängerung wegen kommunistischer Umstürzgelüste begründet hat. Bis zum Inkrafttreten des neuen Strafgesetzes ist nun das Republikschutzgesetz nicht zu entbehren. 1927 war ein Jahr wenn nicht gerade der Hochkonjunktur, so doch eines normalen Geschäftsganges. Die Zahl der Arbeitslosen war verhältnismässig gering. Die Arbeitslosen sind aber Rekrutierungsgebiet der Radikalen rechts und links. Heute haben wir 3 Millionen Arbeitslose. (Lärmende Zurufe äusserst rechts und links) Und heute wollen Sie (zu den Deutschenationalen) in der Zeit eines 3 Millionen Arbeitslosen=Heeres der Republik den Schutz versagen? (Andauernde lärmende Zurufe der radikalen Opposition)-Die Kommunisten rufen: Sie müssen nicht so offen Ihre Karten aufdecken! - Zuruf rechts: Schaffen Sie doch Arbeit für die Leute! - Präsident Löbe ersucht wiederholt, den Minister reden zu lassen.)

Es ist gar keine Rede davon, dass die Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit durch das Gesetz unmöglich gemacht werde. (Ruf der Komm.: Versammlungen werden auseinandergetrieben). Das Versammlungsrecht ist durch das Treiben der Extremen rechts und links ein Versammlungsunrecht geworden, und die Pressefreiheit ist - gestatten Sie mir den Ausdruck, ich bin mir seiner Tragweite bewusst - vielfach zur Pressefrechheit geworden. (Zustimmung in der Mitte.-Rufe der Natsoz.: Wie haben Sie früher geschrieben! In Ihrer Partei wurde doch einem Blatt Sauherdenton nachgesagt!) Man führt zur Entschuldigung an, dass viele Kreise des Deutschen Volkes sich in einer Art psychischer Krankheit befinden. Ich bestreite das nicht. Aber man unterscheidet doch zwischen harmlosen und gemeingefährlichen Geisteskranken. Gegen die harmlosen, die in einer Zeit politischer Festigkeit und relativem Wohlstandes unüberlegte Aeusserungen machen, braucht man kein Sondergesetz. Wenn aber in einer Zeit der aussen- und innenpolitischen Spannung die Demagogen landauf landab die Regierung unausgesetzt verleumden und den Staat auf das Schwerte angreifen, dann haben die zum Schutz der Republik berufenen Männer dafür zu sorgen, dass die notwendigen Schutzmassnahmen getroffen werden. Allein in Preussen sind im vergangenen Jahr bei politischen Zusammenstössen 300 Polizeibeamte verletzt und 14 getötet worden. (Lärmende Zurufe der Komm. und Natsoz.: Das ist Ihre Politik! Folgen des Demonstrationsverbots! Wieviel Arbeiter haben Sie erschossen lassen?) Die Länderregierungen wollen und können die Verantwortung nicht übernehmen, wenn diese Dinge noch länger andauern. Wir brauchen das Gesetz, um die Verhetzung einzudämmen und um den Eindruck zu zerstören, als ob es auf der äussersten Rechten und Linken nur noch eines Drucks bedürfe, um diesen Staat zu überrennen. Diesen Eindruck zu zerstören ist der Hauptzweck des Gesetzes.

Die Kommunisten behaupten immerzu, dass das Gesetz gemacht werde, um die kommunistische Partei verbieten zu können, und den Länderregierungen die Handhabe dafür zu geben. (Zuruf der Komm.: Das haben Sie ja selber gesagt). Der Wortlaut und die Absichten des Gesetzes sind Ihnen (zu den Komm.) aus dem Ausschuss bekannt. Der Reichsinnenminister kann nur eingreifen, wenn eine Länderregierung nicht will, er kann nicht die KPD verbieten. (Ruf der Komm.: Aber er kann die Länderregierungen darum ersuchen.) Ich würde es für einen grossen politischen Fehler halten, wenn eine Länderregierung im gegenwärtigen Augenblick die KPD verbieten würde. (Präsident Löbe erteilt einem der andauernd schreienden Kommunisten einen Ordnungsruf und droh schärfere Massnahmen an, wenn seine Mahnungen zur Ruhe nicht befolgt würden.- Ein Kommunist wiederholt die Worte

des Ministers: Im gegenwärtigen Augenblick!) Ja, ich kann nicht für Ihr weiteres Verhalten die Garantie übernehmen. (Grosse Heiterkeit) Eine - geistige Bewegung kann man doch nicht verbieten. (Heiterkeit) Auf Zurufe der Kommunisten wegen des Verbotes des Rotfrontkämpferbundes erwidert der Minister, dass die Kommunisten doch selbst die bewaffnete Organisation der Faschisten nicht dulden wollen, da könne eine unparteiische Regierung nicht das Gleiche auf der andern Seite dulden. Der Minister weist darauf hin, dass die kommunistische Presse gefälschte Erlasse von Ministers veröffentlichte. Er zitiert dann die Artikel der deutschen und russischen Sowjetpressen, in denen die berliner Maitage als Auftakt des Endkampfes hingestellt werden. (Ein Kommunist ruft: Sie wollen doch nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen. - Grosse Heiterkeit und Händeklatschen der Soz.) Aus dem Bericht über den Moskauer Gewerkschaftskongress führt der Minister den Nachweis, dass die Kommunisten nicht die ideelle und materielle Hebung der Arbeitslosen beabsichtigen, sondern die Gewerkschaften für Vorübungen zum späteren Generalangriff missbrauchen wollen. (Abg. Thälmann (Kom) erhält einen zweiten Ordnungsruf mit Ausschlussdrohung, auch andere Kommunisten werden zur Ordnung gerufen.) Die Zitierung der Aufforderungen der "Roten Fahne vom 12. März: Fort mit dem Reichstag, fort mit der Regierung, wird von den Kommunisten durch Händeklatschen und durch den Ruf: Fort mit Severing! unterstrichen.

Der Minister fährt fort: Wenn Sie überhaupt politischen Gründen zugänglich wären, so würde ich mich um den Nachweis bemühen, dass Ihre ganze Tätigkeit nicht dazu angetan ist, den Arbeitslosen zu helfen, sondern nur das Arbeitslosenheer ungeheuer zu steigern. Wenn das Rüsselsheimer Experiment Schule machen sollte, dann wäre die ruhige Entwicklung vorbei, geregelte Produktion nicht mehr möglich, und die Arbeitslosen hätten dann überhaupt keine Aussicht mehr. Das Republikenschutzgesetz will Ruhe schaffen und dadurch das Heer der Arbeitslosen vermindern. (Der Natsoz. Dr. Goebbels erhält den zweiten Ordnungsruf und eine Warnung. Der Kommunist Florin, der diesen Zwischenfall als vereinbart bezeichnet, wird zur Ordnung gerufen.)

Der Minister zitiert dann die Beschimpfungen der Polizei durch die "Rote Fahne", wie "bestialische Polizeimethoden" sowie die Wendung des gleichen Blattes, dass die Arbeiter sich nicht mehr schlagen und nicht mehr auf sich schießen lassen. (Händeklatschen der Kom.) Durch das Republikenschutzgesetz soll dem vorgebeugt werden, dass Arbeiter und Polizei gegen einander kämpfen. Der Machtkitzel der kommunistischen Gewalthaber wird einen empfindlichen Dämpfer erhalten. Gegenüber solchen Hetzereien muss die Polizei so stark sein, dass sie mit Erfolg eingesetzt werden kann.

Der Minister wendet sich nun den Rechtsradikalen Umtrieben zu. Herr Goebbels schrieb am 2. Dezember 1929 in seinem "Angriff", dass man den Widerstand auf die Strasse tragen müsse (Widerspruch der Natsoz.), es steht nicht da: Pflänzt die Fahne des Aufruhrs in zwei Jahren auf, sondern (Abg. Stöhr (Natsoz) Heute! Um Fünfe gehts los!) Herr Strasser hat gestern erklärt, nur Idioten und Verbrecher könnten seiner Partei Putschabsichten zumuten. Ich habe gegen diese Selbstbezeichnung nichts einzuwenden. (Grosse Heiterkeit) Sie behaupten, mit geistigen Waffen zu kämpfen, reden und schreiben aber vom Köpfen und Aufhängen. Die NSAP hat ein schönes Lied, das lautet:

In München war die erste Schlacht,  
mit unserm braunen Heer.  
Wenn uns die zweite Schlacht  
ruft wieder ins Gewehr,  
und wenn die Handgranate kracht,  
das Herz im Leibe lacht.

(Stürmische anhaltende Heiterkeit. Ich nehme diese Tiraden nicht allzu

ernst. Aber wenn erst nach vielen Monaten die Gerichtsverhandlung ist und vielleicht nur mit einer Geldstrafe endet, so entsteht der Eindruck, als ob man nur mit den Nationalsozialisten marschieren brauchte, um die Schuldlüge los zu sein, den Versailler Frieden zu zerreißen und einen frischfröhlichen Krieg zu machen.

Als Rossbach im Herbst 1923 Zellen in der Reichswehr bilden wollte, wurde ihm sehr bald auf die Finger geklopft, und es blieb beim aussichtslosen Versuch. Die gleichen Versuche werden von den Nationalsozialisten unternommen. (Rufe der Natsoz.: um den richtigen Geist hineinzubringen). Jemand, der für diese Bestrebungen gewonnen werden sollte, hat folgendes ausgesagt: (Rufe der Natsoz.: Namen nennen. - Servering: Das würde Ihnen so passen! - Heiterkeit.) Der Abgesandte der NSAP fragte, wie sich die Reichswehr bei einem gewaltsamen Umsturz durch die Nationalsozialisten verhalten würde. (Ruf der Kom.: Darüber ist doch gar kein Zweifel, das haben wir doch schon gehabt!) Der Abgesandte hat gemeint, die Reichswehr werde doch nicht auf nationale Deutsche schiessen, und ob ich (der Zeuge) bereit sei, in diesem Sinne auf meine Kameraden einzuwirken. Demgegenüber machte ich auf unsere strengen Befehle aufmerksam, worauf der Abgesandte erwiderte, das Ziel sei, die jetzige überhaupt nicht nationale Regierung durch eine andere zu ersetzen, den Versailler Vertrag und die Kriegsschuldlüge zu beseitigen und überhaupt Ordnung zu schaffen. (Heiterkeit) Bessere Zustände könnten überhaupt nur eintreten durch einen gewaltsamen Sturz der Regierung. Hinter der Bewegung ständen ordentliche Leute, zum Teil auch Grosskapital. (Hört! Hört! und Heiterkeit links). Ich sollte als Vertrauensmann oder Funktionär in meinem Standort wirken, und durch positive Tätigkeit entstehende Unkosten würden ersetzt.

Der Reichswehrminister hat in den letzten Tagen einen Erlass gegen die Zeretzungsbestrebungen in der Reichswehr herausgegeben. Diese Bestrebungen sind die Hintergründe, die ich noch weiter ausmalen könnte. Sie werden verstehen, das ich das nicht tue, (Zustimmung der Reg. Parteien) Bei dieser Situation muss die Regierung das Mittel haben, das in dem Republikenschutzgesetz liegt. Ich bin überzeugt, dass der Reichstag sich der Verpflichtung nicht entziehen wird, dafür zu sorgen, dass die Machtmittel des Staates nicht vorzeitig abgenutzt werden. Ein Staat, der seinen Schutz aufgibt, gibt sich selbst auf. Zu den Volksvertretern des Deutschen Reiches habe ich das Vertrauen, dass sie diese Unterlassungssünde nicht begehen. (Lebh. anhaltender Beifall der Reg. Parteien, grosser Lärm und Pfuirufe der radikalen Opposition. - Der Hakenkreuzler Strasser wird nach mehreren Ordnungsrufen und Warnungen wegen Weiterschimpfens aus dem Saal gewiesen)

Die Redezeit für die Debatte wird auf 1 Stunde pro Fraktion festgesetzt. Anträge der Kommunisten auf zwei Stunden und der Deutschnationalen auf 1½ Stunden werden unter dem Geschrei der radikalen Opposition abgelehnt.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) Der Verfassungsminister lehnt es nach seiner provozierenden Rede ab, die Gegengründe der Opposition zu hören. Das ist nicht nur eine grobe und ungehörige Missachtung der Opposition, sondern auch das Zeichen einer schlechten Sache. Ich halte es nicht für angebracht und unserer Ehre nicht würdig, zu sprechen, solange der Minister nicht hier ist und beantrage, ihn herbeizurufen. (Lebh. Beifall rechts. Lärm der Kom. - Der Abg. Remmele (Kom.) wird wegen hartnäckiger Ordnungsstörung auf 8 Tage ausgewiesen.)

Im Hammelsprung wird der Herbeirufungsantrag abgelehnt. Inzwischen ist von der Rednertafel der Name Münzenberg verschwunden, was die Kommunisten zu heftigem Protest veranlasst. Abg. Thälmann wird schliesslich wegen beleidigender Rufe gegen den Präsidenten aus dem Saal gewiesen. Der Präsident teilt, als wieder Ruhe eingetreten ist, mit, dass Münzenberg und Dr. Goebbels nicht auf das Wort sondern nur auf ihre Plätze auf der Rednerliste verzichtet haben.

Abg. Stöcker (Kom.): Nach dieser Aufklärung eines Missverständnisses dürfen wir wohl die Zurücknahme der Ausweisung Remmeles erwarten. (Heiterkeit. - Präsident Lobe lehnt das ab.)

Inzwischen hat Minister Severing unter lautem Hallo der Rechten seinen Platz wieder eingenommen. Jetzt kann also

Abg. Dr. Everling (Dnat.) loslegen: Im Schatten der gestrigen Youngabstimmung will man heute den Rest der inneren Freiheit zerschlagen. Die letzte Säule des Rechtsstaates, die Justiz, ist in Gefahr. Das Gesetz ist ein Angriff auf die Opposition. Die oberflächliche Denkschrift des Innenministers ist die Bankrotterklärung des Systems Severing. Das Gesetz ist unklar und vieldeutig, es ist auch verfassungswidrig. (Ruf von den Soz.: Und 1927?) Wir waren damals Koalitionspartei, und Sie wissen selbst aus den letzten Wochen, dass eine Koalitionspartei manchmal unter Druck steht.

Abg. Münzenberg (Kom.) Das Republikerschutzgesetz ist immer nur gegen uns angewendet worden. 7.000 Arbeiter sind unter diesem Gesetz zu insgesamt 5.000 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Nationalsozialisten und Stahlhelmer haben Proletarier massenhaft überfallen und gemordet, aber sie sind nicht verboten, wie der Rotfrontkämpferbund. Hitler hat seinen Frieden mit dem Grosskapital gemacht und eine Programmänderung veranlasst, nach der die Hitler-Partei nur noch das jüdische Grosskapital bekämpft. Zum Schutz des Grosskapitals wird dieses Gesetz zur Niederhaltung der Arbeiterklasse gemacht. Wir kämpfen mit allen Mitteln für die Legalität unserer Partei. Verbietet man uns, so wird unsere Partei weiterleben. Unsere Kampfmethoden werden sich, wie Wilhelm Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozess 1871 gesagt hat, nach den Methoden unserer Gegner und unserer Bekämpfung richten. (Zurufe der Soz.: Moskau!) Moskau ist Diktatur, aber Deutschland nennt Ihr eine Demokratie, in der jeder tun könne, was er will. Die einst verlachte bolschewistische Partei beherrscht heute ein Sechstel der Erdoberfläche (Händeklatschen der Komm.) Das Gesetz ist ein Zeichen der Schwäche und wird uns anspornen, unsere Anstrengungen zu verdoppeln für das Ziel, von dem Ihr (zu den Soz.) abgerückt seid, zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft. (Händeklatschen der Komm.)

Reichsjustizminister v. Guérard beantwortet die Frage Everlings, was der Ausdruck Gesetz bedeute, "verfassungsmässig festgelegte republikanische Staatsform" - natürlich die verfassungsmässige Republik, und macht darüber staatsrechtliche Ausführungen.

Abg. Dr. Goebbels (Natsoz.) erhält bei Beginn seiner Rede die Mitteilung des Präsidenten, dass er heute erst einen Ordnungsruf erhalten hat, das andere war nur eine Mahnung. Der Redner wirft Severing vor, dass er gegen die Nationalsozialisten nur Stimmungsmache betreibt. Solange der Minister seinen Gewährsmann für die Werbearbeit in der Reichswehr nicht nennt, ist auch das nur Stimmungsmache. Dieses Gesetz soll die Protestbewegung gegen den Youngplan knebeln. Das öffentliche Leben in Deutschland wäre schon befriedet, wenn nicht landesverräterische Parteien in der Regierung sässen. (Entrüstungsrufe der Soz. - Ordnungsruf.) Wenn Sie wahr gemacht hätten, was Sie dem Volk 1918 versprochen haben! Statt dessen haben Sie dem Volk das Brot genommen und es mit unerträglichen Tributlasten beschwert. Jetzt wollen Sie die Korruption schützen. (Dritter Ordnungsruf und Mahnung) Das Sozialistengesetz hätte, richtig verstanden, eine sittliche Berechtigung gehabt, denn das deutsche Volkstum war bedroht. Jetzt aber sitzt der Marxismus in der Regierung. (Mitleidige Heiterkeit) Sie haben vor dem Krieg mit unanständigen Mitteln einen anständigen Staat bekämpft, wir bekämpfen mit anständigen Mitteln einen unanständigen Staat! (Rufe raus!)

Präsident Löbe: Da Sie meiner Mahnung nicht Folge leisten, entziehe ich Ihnen das Wort. (Beifall der Mehrheit. - Pfuirufe der Goebbelsmannen.)

Abg. Dr. Wendhausen (Chr. nat. Bp) beginnt gleich mit dem Hochverrat, auf dem die Republik beruhe. Die Nutzniesser der Revolution sollen noch mehr geschützt werden. Ist denn Ruhe und Ordnung seit der Aufhebung des Republik-

Schutzgesetzes ernstlich bedroht gewesen, waren nicht die Länder vollkommen imstande, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten?

Abg. Schlange-Schöningen (Dnat. Arbgen.) führt die gestrige Äusserung des Reichskanzlers von der unerschütterlichen Festigkeit der Republik gegen die Berechtigung einer solchen Vorlage an.

Abg. Landsberg (Soz):

Die Oppositionsredner von rechts und Links waren in allem einmütig, nur darin nicht, dass jeder behauptete, das Gesetz richte sich nur gegen seine Partei. Vielleicht einigen Sie sich noch und teilen uns das in der dritten Lesung mit. (Heiterkeit) Herr Münzenberg hat behauptet, es sei ein Gesetz gegen die Erwerbslosen. (Rufe der Kom.: Das hat Severing selbst gesagt!) Sie haben einer Äusserung Severings geradezu Gewalt antun müssen, um das behaupten zu können. (Gegenrufe des Abg. Florin) Ich habe gestern während Ihrer Rede nicht den Mund aufgemacht, höchstens um zu gähnen (Heiterkeit) Severing hat durchaus nicht von einem Gesetz gegen die Arbeitslosen gesprochen. Er hat gesagt, dass die Not unserer Zeit zu einer Radikalisierung beiträgt, gegen die sich der demokratische Staat sichern muss. (Widerspruch der Kom.) Auch die Worte des Reichskanzlers hat Herr Münzenberg entstellt. Mit keinem Wort hat der Reichskanzler davon gesprochen, dass im Interesse der friedlichen Kapitalbildung Demonstrationen verboten werden müssen. In solchen Entstellungen sind einige von Ihnen (Zu den Kom) Meister. Freilich scheint mir das das einzige Gebiet zu sein, auf dem Sie hervorragendes leisten! (Erregte Rufe der Kom.)

Herr Everling hat damit begonnen, dass in der Rede Severings einige Punkte interessant gewesen seien. Wollte ich die Rede Everlings in derselben Weise prüfen, so müsste ich sofort aufhören, mich mit ihr zu beschäftigen. (Heiterkeit) Im Ausschuss war Herr Everling wenigstens noch originell. Dort hat er offenbar gutgläubig - das ist er ja stets! (Heiterkeit) - behauptet, die Deutsche konservative Partei hätte das Sozialistengesetz abgelehnt, weil sie gegen Ausnahmegesetze gewesen wäre. (Widerspruch Everlings) Ich glaube schon, dass Sie beim Reden nicht wissen, was Sie sagen, und hinterher nicht, was Sie gesagt haben. Den Schlussparagrafen, dass das Gesetz mit dem Inkrafttreten des neuen Reichsstrafgesetzbuches ausser Kraft trete, beantragte Everling im Ausschuss zu streichen. Dann wäre das Republiksschutzgesetz niemals ausser Kraft getreten. (Heiterkeit) Herr Everling hat auch versichert, dass er und seine Freunde Ministerbeleidigungen nicht billigen. Das ist erfreulich. Dieser Tage erst hat Dr. Everling dem Reichsaussenminister den Vorwurf der Gewissenlosigkeit zugerufen. (Dr. Everling: Was haben Sie früher gemacht?) In dieser Weise habe ich nicht polemisiert, aber damals hat ja Herr Everling noch Mädchenkleider getragen. (Stürmische Heiterkeit. - Schimpfrufe rechts. - Ein Hakenkreuzler wird hinausgewiesen.)

Ich habe vor jeder ehrlichen Gesinnung die grösste Hochachtung und vor der Gesinnungstreue. Aber vom Kopf der "Kreuzzeitung" sind nach dem 9. November die Worte "Mit Gott für König und Vaterland" und vom Kopf der "Deutschen Tageszeitung" die Worte "Für Kaiser und Reich" verschwunden. Gesinnungstreue in allen Ehren, auch scharfe Worte sind nicht das Schlimmste. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Der eine kämpft mit dem Stossdegen, der andere nimmt die Mistgabel. (Heiterkeit) Aber es gibt Journalisten und Politiker in Deutschland, deren Ausdrucksweise den Geist und Sinn der heranwachsenden Jugend vergiften und zerrütteln. Wir sehen doch, wie solche Artikelschreiber sich an die Immunität der verhassten Republik klammern. Ich glaube fast, sie lieben die Republik beinahe wegen der Immunität. Man sieht auch, wie Leute, die andere in die Strafanstalten hineinhetzen, sich selbst in Sicherheit halten und nach Amnestie schreien. Die alte Sozialdemokratie hat diesen Ruf niemals erhoben. (Sehr wahr! bei den Soz) Es besteht da ein Mangel an Bekennermut.

Selbstverständlich soll dieses Gesetz kein Allheilmittel sein und der

Staat nicht wie ein Buddha angebetet werden müssen. Das Gesetz richtet sich nur gegen Verbindungen, die Angriffe auf das Leben von Menschen bezwecken, gegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten und gegen Beschimpfungen von Beamten der Republik sowie der Reichs- und Länderfarben. Der Begriff der Beschimpfung erfordert eine besonders rohe Form.

Als Herr Münzenberg hier als Vorkämpfer der Pressefreiheit auftrat, ist er nicht einmal rot geworden. Ich diskutiere mit jedem politischen Gegner gern aber die Kommunisten, die sich als Verkörperung der Prinzipienfestigkeit bezeichnen, verlangen stets, dass man sich nach ihren Worten richte und nicht nach ihren Taten. Der verstorbene Abg. Höllein hat erklärt, Sie seien Gegner der Todesstrafe im kapitalistischen Staat. (Zustimmung der Komm.) Im russischen Strafgesetz sind nicht weniger als 36 Delikte mit Todesstrafe bedroht. Sie fordern absolute Freizügigkeit und weitestens politisches Asylrecht, aber Sowjetrussland lässt keinen hinein, der ihm nicht passt, und keinen heraus, den man festhalten will. Würden die Leute herausgelassen, so würde das Sowjetparadies bald leer sein. )Zustimmung der Mehrheit, andauernder grosser Lärm der Komm.- Einem der Schreier ruft Landsberg zu: Wenn Sie sächsisch sprechen, dann kommen Sie bitte wenigstens etwas näher.-(Heiterkeit). Die Kommunisten nehmen in Deutschland das Recht in Anspruch, ihre politischen Gegner, selbst wenn sie sich die grössten Verdienste um den Sowjet=Staat erworben haben, ins Ausland zu verbannen. Sie lassen bei sich nichts schreiben und nichts sagen, was nicht abgestempelt ist von der obersten Zensurbehörde. (Stürmischer Widerspruch der Komm. Und Pressefreiheit? (Rufe der Komm.: Nur für die Arbeiter, nicht für die Sat-ten!))Die Kommunisten erklären sich für die Diktatur und verlangen von uns, weil wir Demokraten sind, dass wir unsern Staat anzutasten ihnen erlauben. Nein, weil wir Demokraten sind, haben wir das Recht, uns dagegen zu wehren, gegen Menschen, die in ihrer Einschätzung viel bedeutender sind, als in Wirklichkeit. (Sehr gut! bei der Mehrheit) Die Kommunisten können sich aus dem russischen Strafgesetzbuch überzeugen, dass alle Bestimmungen des Republikenschutzgesetzes im Sowjet-Strafgesetz enthalten sind, aber dort zum Teil mit Todesstrafe, zum Teil mit Freiheitsstrafe über 6 Monate bestraft werden. (Der Redner verliert diese Bestimmungen des Sowjet-Strafgesetzbuches unter Hört! Hört!=Rufen der Mehrheit und wiederholtem Händeklatschen der Kommunisten). Münzenberg hat uns gesagt, wie schwach müssen Sie sein, wenn Sie ein solches Gesetz machen. (Grosse Heiterkeit) Ich fürchte, dass die Anwendung dieses Satzes auf die Sowjet=Union ihren Kredit schwer schädigen würde. Wenn Herr Münzenberg schliesslich auf bevorstehende Erfolge der KPA hingewiesen hat, so wünsche ich ihm recht viel Glück. Im Geschäftsleben sagt man manchmal, dass ein Kaufmann nach einem Ausverkauf einer besseren Zukunft entgegengeht. Nun (zu den Komm.), den Ausverkauf machen Sie ja schon! (Heiterkeit.)

Von einem Ausnahmegesetz kann hier nicht die Rede sein, denn es bezeichnet ja genau die Straftaten und richtet sich gegen jeden, der sie begeht, ohne Unterschied der Partei.- Ein Nationalsozialistischer Antrag verlangt für Beschimpfung eines lebenden oder verstorbenen deutschen Nationalhelden Zuchthaus und im Fall besonderer Gemeinheit und Rohheit - körperliche Züchtigung. Gegen Herrn Goebbels schwebt ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten. Da wir nicht möchten, dass Herr Goebbels ins Zuchthaus kommt und womöglich noch körperlich gezüchtigt wird, können wir für diesen Antrag nicht stimmen. (Grosse Heiterkeit).

Dem Gesetz geben wir zwei Wünsche mit: dass es niemals angewendet werden möge, und dass wir recht bald in der Lage wären, es aufzuheben. Die Rohheit und Gewalttätigkeit muss aus dem politischen Kampf verschwinden, die Mittel der Beschimpfung und niederträchtigen Verleumdung, des Appells an die Gewalt müssen ausser Gebrauch kommen, dann wird es bald so weit sein. Der politische

Kampf soll und muss bleiben, denn der Kampf ist der Vater aller Dinge. (Lebh. Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit. - Lärm und Zischen der Opposition)

Abg. Dr. Bell (Z.) : Das Republikerschutzgesetz ist mit den November-Ereignissen nicht in Verbindung zu bringen. Die Republik bestand schon drei Jahre, als das Republikerschutzgesetz notwendig wurde, weil die Minister Erzberger und Rathenau den Nörderbanden verhetzter Republikfeinde zum Opfer gefallen waren. Das Republikerschutzgesetz braucht niemand zu fürchten, der die Grenzen sachlicher Kritik innehält.

Abg. Dr. Wunderlich (DVP.) Das Republikerschutzgesetz ist zweifellos nicht verfassungsändernd. Auch die Anhänger der früheren Staatsreform müssen dem heutigen Staat die nötige Achtung erweisen.

Abg. Dr. Ehlermann (Dem.) bedauert die Langmut, mit der der Staat bisher die Beschimpfungen der Republik geduldet habe. Die Demokratische Partei werde als erste für die Aufhebung des Gesetzes stimmen, wenn die persönliche Verunglimpfung des Gegners, Hetze und Gewalttaten aufhören.

Abg. Stöhr (Natsoz.) beantragt um 20 Uhr Vertagung und bezweifelt gleichzeitig, die Beschlussfähigkeit. Da die Opposition den Saal verlässt, muss die Beschlussfähigkeit durch Auszählung in namentlicher Abstimmung festgestellt werden. - Da nur 236 Karten abgegeben werden, ist das Haus beschlussunfähig.

Die Weiterberatung wird auf Freitag 2 Uhr vertagt. - Schluss 20 $\frac{1}{4}$  Uhr.

---

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 13. März (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag standen am Donnerstag die Gesetzentwürfe betr. die Verlängerung der Geltungsdauer der Grundvermögens-, der Hauszins- und Gewerbesteuer bis zum 31. März 1931 auf der Tagesordnung. Ebenfalls zur Beratung stand ein deutschnationaler Gesetzentwurf über Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrags, ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der sich gegen die Ankündigungssteuern wendet und ein Antrag der Wirtschaftspartei, anstelle der Gewerbesteuer eine allgemeine Berufssteuer einzuführen.

Abg. Sizillat-Rathenow (Soz.): Es ist leider eine unangenehme Tatsache, da in den letzten Jahren die wichtigsten Steuergesetze infolge der Obstruktion der Oppositionsparteien nur durch Notverordnungen verabschiedet werden konnten. Das Recht der Obstruktion kann natürlich keiner Partei bestritten werden. Aber in diesen Fällen sind es gerade die "staaterhaltenen" Parteien gewesen, die hier versucht haben, dem Staat die grössten Schwierigkeiten zu bereiten. Sie haben es sich allerdings leicht gemacht, nach aussen hin die starken Männer zu spielen, weil sie schon vorher wussten, dass auch ohne sie die Steuergesetze verabschiedet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Klagen über die Höhe der Gewerbesteuer sind meistens übertrieben. Namentlich die Wirtschaftspartei hat die allergeringste Ursache dazu, da sich ja ihre Anhänger meist aus den Kleingewerbetreibenden zusammensetzen, von denen nach den uns vorliegenden Unterlagen 42 % Gewerbeertragssteuerfrei sind. Von dem Rest sind wiederum 51 % in der niedrigsten Stufe eingruppiert. (Hört! Hört! bei den Soz.) Auch bei der Gewerbekapitalsteuer sind 74 % steuerfrei und von dem Rest sind wiederum 67 % in der niedrigsten Stufe. Ähnlich liegen die Dinge bei der Gewerbelohnsummensteuer: Hier sind 68 % der Gewerbetreibenden steuerfrei und von dem Rest sind wiederum 73 % in der niedrigsten Stufe. Dazu kommt noch, dass im vergangenen Jahr sowohl Gewerbe- als auch Lohnsummensteuer verbessert worden sind. Was soll da das Gerede von einer unerträglichen Belastung? Unter diesen Umständen sollten doch endlich die Vertreter der kleinen Betriebe einsehen, dass sie eigentlich nur dem zahlungsfähigen Grosskapital Hilfsleistung leisten. (Sehr wahr! bei den Soz.) In dem Augenblick, in dem die Wünsche der Gewerbetreibenden und des Grosskapitals in Erfüllung gehen sollten, würden die Kommunen ausserstande sein, ihre sozialen Aufgaben zu erfüllen.

Der vorliegende Regierungsentwurf über die Verlängerung der Gewerbesteuer enthält ausserdem noch weitere Verbesserungen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird, wie auch in den Vorjahren, den Verlängerungen der Steuergesetze zustimmen.

Die Bemühungen der Rechtsparteien gehen ganz offensichtlich darauf hinaus, aus der Gewerbesteuer als Objektsteuer eine Personalsteuer zu machen, damit sie gegen die Gewerbesteuer als sogenannte zweite Einkommensteuer kämpfen können. Ganz entschieden lehnen wir auch die geforderte Anhörung der Berufsverbände ab, weil wir darin eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden sehen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ebenso lehnen wir den deutschnationalen Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages ab. Wir sehen in diesem Antrag einen Angriff auf die Auswirkungen des allgemeinen Wahlrechts. Er ist unsozial, weil er die rohste Form der Kopfbesteuerung darstellt. Er ist ein Angriff auf diejenigen, die wegen zu niedrigen Einkommens von der Lohnsteuer befreit sind. Insgesamt wären es 10,3 Millionen Menschen, die damit zu den Lasten der Kommunen herangezogen werden sollen. Obwohl in dem Antrag die Klein- und Sozialrentner von dieser Steuer aus-

genommen sein sollen, soll das bezüglich der Erwerbslosen nicht der Fall sein, denn sie sind überhaupt nicht erwähnt. Ausserdem haben wir auch verfassungsrechtliche Bedenken, weil gerade diese Steuer eine zweite Einkommensteuer sein würde. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Rechte fordert sonst immer die Vereinfachung der Verwaltung. Hier hat man offenbar ganz übersehen, dass die Zustellung des Veranlagungsbescheides, die Bearbeitung der Einsprüche, die Eintreibung dieser Steuer in solchem Masse erschweren würde, dass die Gemeinden um diese Mehrarbeit nicht zu beneiden sind. Die Mehrkosten würden das Aufkommen bei weitem übertreffen. Im übrigen sollten die Antragsteller auch daran denken, dass die Summen, die man auf diese Weise den Arbeitenden abnimmt, am Konsum fehlen und damit auch den Geschäfts- und Gewerbetreibenden verloren gehen. Deshalb lehnt die Sozialdemokratische Fraktion eine solche Steuer als in höchstem Masse unsozial mit aller Entschiedenheit ab (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Hecken (Dtn.) wendet sich gegen die Verlängerung der Realsteuern um ein ganzes Jahr. Eine solche Steuerpolitik nähme keine Rücksicht auf die Erfordernisse der Wirtschaft. Der Reichshaushalt für 1929 sei eine grobe Irrführung gewesen. Man könne im Reich mit einem Defizit von  $2\frac{1}{2}$  Milliarden rechnen. Mit der Lohnsteuersenkung des Finanzminister Hilferding 1928 sei man nur einem Wahlversprechen nachgekommen. Das Reformprogramm Müller-Hilferding sei ein jämmerliches Deckungsprogramm geworden. Die Realsteuern müssten gesenkt werden die Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages sei berechtigt und gerecht, Der Änderungsantrag Preussens zu § 35 des Finanzausgleichsgesetzes bedeute eine Schädigung der leistungsschwachen Länder und fordere zu schärfster Kritik heraus.

Finanzminister Dr. Aschoff-Höpke weist die Angriffe des Vorredners gegen die Haltung Preussens in der Frage des Finanzausgleichs zurück. Das Hilferding'sche Finanzprogramm habe zweifellos die Einnahmen überschätzt, das Defizit der Arbeitslosenversicherung nicht eingestellt, die schwebenden Schulden nicht berücksichtigt. Es habe auch zu wenig Rücksicht auf Länder und Gemeinden genommen. Inzwischen liegen zwei Deckungsvorschläge vor: einer von der Reichsregierung, an dem diese festhält, und einer der Parteien, der ein bayerisches Programm ist. Der Vorschlag des Reiches sieht für Länder und Gemeinden ein Anteil an den neuen Steuern vor, der für Preussen erträglich ist. Das bayerische Programm will es den Ländern überlassen, Zuschläge zur Biersteuer zu erheben. Danach müsste Bayern 30 %, Preussen aber 70 % erheben. Dahinter steht die Bayrische Volkspartei. Ihre gestrige Haltung bei der Abstimmung ist darauf zurückzuführen, dass diese Wünsche nicht in Erfüllung gegangen sind. Im übrigen bestände sehr wohl die Möglichkeit, dass sich Preussen und Bayern an einen Tisch setzten und sich über den strittigen § 35 des Finanzausgleichs einigen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass der Staatshaushalt ausgeglichen sein müsse, könne man nicht die Realsteuern senken. Im übrigen ist man keinem Stande steuerlich so weit entgegengekommen wie der Landwirtschaft. Das sei nicht zu bedauern, sondern müsse begrüsst werden, aber man sollte diesen Fortschritt auch anerkennen.

Abg. Schmelzer (Ztr.) setzte sich für die Verlängerung der Steuergesetze ein. Dabei erlaube es die jetzige Situation nicht, die unsoziale Lohnsteuer abzubauen.

Abg. Oberdörster (Komm.) bezeichnet die Steuerpolitik des Reiches und von Preussen als eine Räuberpolitik, die an Schamlosigkeit nicht mehr übertroffen werden könne. Daran seien National- und Sozialfaschisten gleichermassen schuldig.

Abg. Dr. Neumann (DVP.) ist nicht so pessimistisch hinsichtlich der Finanzlage des Reiches wie der deutschnationale Redner. Die Grundsteuer sei im Ausschuss genau zu prüfen. Ob nach dem Vorschlag der Wirtschaftspartei anstel-

le der Gewerbesteuer eine allgemeine Berufssteuer treten kann, sei sehr zu bezweifeln.

Abg. Riedel (Dem.) erklärt, dass bei der unzulänglichen Reichssteuerregelung die preussischen Realsteuern wieder für das nächste Jahr verlängert werden müssten.

Abg. Donners (Wp.) begründet den Antrag, anstatt der Gewerbesteuer eine allgemeine Berufssteuer zu setzen.

Abg. Werdes (Dt. Frakt.) wendet sich gegen die Belastung der Landwirtschaft durch die Grundsteuer und fordert Heranziehung der freien Berufe zur Gewerbesteuer.

Abg. Dr. von Kries (Dtn.) macht für das Finanzelend die verkehrte Wirtschaftspolitik im Reich verantwortlich und fordert einen gerechten Finanzausgleich. Preussen müsse selbständig vorgehen, wenn es sich um Steuerverbesserungen handle.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.): Die Aussprache hat sich zu einer grossen Finanzdebatte ausgewachsen, die sich in der Hauptsache mit dem Reich beschäftigt. Gegenüber den Vorwürfen, dass die Regierung Müller-Hilferding an dem Finanzelend schuld sei, muss aber darauf hingewiesen werden, dass die missliche Finanzlage schon durch die vorhergehenden Reichsregierungen verschuldet wurde, für die die Rechtsparteien die Verantwortung tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die vorliegenden Steuergesetze müssen unbedingt verlängert werden, wenn ab 1. April Staat und Gemeinden nicht in Schwierigkeiten kommen sollen. Die Gegner waren nicht in der Lage, brauchbare andere Vorschläge zu machen. Der Verwaltungskostenbeitrag, der von den Deutschnationalen gefordert wird, ist die unsozialste Steuer, die in der Hauptsache die grosse Masse der Minderbemittelten treffen würde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daneben hat sie den Zweck, die notwendigen sozialen Aufwendungen der Gemeinden unmöglich zu machen. Heute schon tragen die Minderbemittelten in der Hauptsache die Gemeindelasten. Alle Erhöhungen der Grundsteuer und der Tarife werden von den Minderbemittelten aufgebracht. Hier ist der bewegliche Faktor in den Gemeindefinanzen im stärksten Ausmass vorhanden. Gewiss ist die jetzige Höhe der Realsteuern drückend, aber man darf nicht vergessen, dass die Lage der Werktätigen seit Jahren weit ungünstiger ist als die derjenigen, die jetzt über die Höhe der Realsteuern klagen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

An einen Abbau der Hauszinssteuer, wie ihn die Wirtschaftspartei fordert, ist überhaupt nicht zu denken. Diese Kreise denken auch nicht im entferntesten an eine Mietsherabsetzung, sondern sind nur auf die Erhöhung der Mietsrenten bedacht. Angesichts der katastrophalen Lage auf dem Baumarkt ist der Staat zur Förderung des Wohnungsbaus auf die Erträge der Hauszinssteuer angewiesen. (Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Mentz (Wp.), Pohl (Dt. Frakt.) und Kölges (Ztr.) werden die Vorlagen und die Anträge dem Hauptausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Weiterberatung des Etats für Handel und Gewerbe.

---

Landtags=Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 13. März (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Donnerstag in erster Lesung mit den Regierungsvorlagen, die die Grundvermögens-, Hauszins- und Gewerbesteuer um ein Jahr - bis 31.3.1931 - verlängern wollen. Dazu hatte die Wirtschafts-

schaftspartei einen Antrag gestellt, statt der Gewerbesteuer eine allgemeine Berufssteuer einzuführen. Ausserdem forderten die Deutschnationalen eine neue Steuer in Form eines Verwaltungskostenbeitrages.

Als erster Redner sprach der Sozialdemokrat Szillat-Rathenow die Zustimmung seiner Fraktion zu den Regierungsvorlagen aus. Dabei machte er aber darauf aufmerksam, dass leider in den Vorjahren durch das unverantwortliche Spiel der Opposition mit Obstruktion die Verabschiedung dieser Gesetze durch Notverordnungen notwendig gewesen ist. Eine solche Haltung entspricht natürlich ganz der sonstigen Haltung der sogenannten staaterhaltenden Parteien, die, wenn sie für sich einen politischen Vorteil erhoffen können, ganz glatt dazu übergehen, dem Staat und den Kommunen die Mittel zu sperren. Wie unberechtigt insbesondere die Klagen über eine unerträgliche Belastung durch die Gewerbesteuer sind, konnte von dem Redner mit unanfechtbarem Zahlenmaterial belegt werden. Danach zahlen von den kleineren Gewerbetreibenden, die in der Hauptsache die Anhängerschaft der Wirtschaftspartei bilden, 42 % überhaupt keine Gewerbeertragssteuer und von dem verbleibenden Rest sind wiederum 51 % in der niedrigsten Stufe eingruppiert. Auch von der Gewerkekapitalsteuer sind 74 % steuerfrei und von dem Rest 67 % in der niedrigsten Stufe. 68 % der Gewerbetreibenden zahlen überhaupt keine Gewerbelohnsummensteuer und von dem Rest sind wieder 73 % in der untersten Stufe eingruppiert. Ganz unstrittig ist auch der deutschnationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages. Diese Steuer würde so ziemlich die roheste Form einer Kopfsteuer sein und darüber hinaus ein Angriff auf alle diejenigen, die wegen zu niedrigen Einkommens steuerfrei bleiben, also auf insgesamt 10,3 Millionen Menschen. Ganz abgesehen davon, dass die Verwaltungsausgaben für Steuerbescheid, Bearbeitung der Einsprüche und Eintreibung des Aufkommens so ziemlich wett machen würden, eine solche unsoziale Steuer lehnt die Sozialdemokratie selbstverständlich ab.

In der Diskussion forderte der deutschnationale Abg. Hecken, der den Abbau der Realsteuern will und die Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages begründete, den Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff mit einer Kritik des Preussischen Änderungsantrages des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes heraus, der auf eine Schädigung der leistungsschwachen Länder hinauslaufe. Der Minister wies diesen Angriff sofort zurück und äusserte sich dabei über die Auswirkungen der beiden nach der Annahme des Young-Plans dem Reiche vorliegenden Deckungsvorschläge für die Länder. Das Programm des Reiches will den Ländern ein Anteil von neuen Steuern zukommen lassen, der für Preussen erträglich wäre. Dagegen will der Vorschlag der Parteien, es den Ländern überlassen, Zuschläge zur Biersteuer zu erheben. Dahinter stehe Bayern, insbesondere die Bayrische Volkspartei und die Ablehnung dieses Vorschlages sei der Grund für die Haltung der Bayrischen Volkspartei bei der Abstimmung über den Polenvertrag.

In der zweiten Rednerreihe ergänzte Abg. Meyer-Solingen (Soz.) die Ausführungen des Abg. Szillat, ueber die unsoziale Steuer, die die Deutschnationalen mit der Erhebung des Verwaltungskostenbeitrages fordern. An einen Abbau der Hauszinssteuer, den die Wirtschaftspartei fordert, ist schon deshalb nicht zu denken, weil diese Kreise eine Mietssenkung für unmöglich halten. Bei der jetzigen katastrophalen Lage des Baumarktes ist der Staat einfach auf die Erträge aus dieser Steuer angewiesen, um den Wohnungsneubau fördern zu können.

Die Vorlagen und Anträge wurden dem Hauptausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.